Dienstag, 20. März 1984 - D *

Axel Springer Verlag AG. Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1. Tel. 0 20 54 / 10 11
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn (02 28) 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 24 / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 68 - 12.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 36,00 bfr, Dänemark 8,00 dkr, Frankreich 6,50 F, Griechenland 90 Dr. Großbritannien 65 p, Italien 1300 L, Jugoslawien 130,00 Din, Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,00 hfl, Norwegen 7,50 nkr, Österreich 12 öS, Portugal 100 Esc. Schweden 6,50 skr, Schweiz 1,80 sfr, Spanien 125 Pts, Kanarische Inseln 150 Pts.

TAGESSCHAU

POLITIK

Sudan: Nach dem Bombenangriff auf die Stadt Omdurman haben die USA zwei Frühwarnflugzeuge (AWACS) in die Region entsandt. Sudan und Ägypten hatten um eine Stärkung ihrer Luftverteidigung ersucht. (S. 4)

Namibia: Einheiten der angolanischen und südafrikanischen Streitkräfte sind erstmals seit Vereinbarung des Waffenstillstands im Februar gemeinsam gegen die namibische Untergrundorganisation Swapo vorgegangen und haben dabei zwölf Terroristen getötet. (S. 3)

Südafrika: Ab Ende dieses Jahres sollen die USA und Großbritannien nicht länger mit Informationen über die Bewegungen sowjetischer Schiffe am Kap versorgt werden. Wegen der schwierigen Beschaffung von Ersatzteilen und wegen des Waffenboykotts muß Südafrika seine alten Seeaufklärungsflugzeuge aus dem Dienst nehmen.

Libanon: Eine Vertretung der „Vereinigten libanesischen Streitkräfte", in denen die wichtigsten christlichen Milizen zusammengeschlossen sind, soll in Kürze in Jerusalem eröffnen.

Jordanien: König Hussein hat gewarnt, er werde auch in den UdSSR Waffen kaufen, falls das angestrebte Rüstungsgeschäft mit den USA nicht zustande kommt.

Arbeitsmarkt: Die Arbeitslosenquote wird in diesem Monat auf unter zehn Prozent sinken, von 10,2 Prozent im Februar, meldet dpa. Damals waren 2,537 Millionen Menschen arbeitslos.

Europäische Gemeinschaft: Die Opposition in der Bevölkerung gegen die EG-Mitgliedschaft ihrer Länder ist am stärksten in Großbritannien (55 Prozent) und in Dänemark (51 Prozent), ergab eine Umfrage.

Türkei: Knapp eine Woche vor den Kommunalwahlen ist das Kriegsrecht in fünf Provinzen aufgehoben und in acht weiteren gelockert worden.

Aus für „Vorwärts"?: Von 1986 an soll eine neue sozialdemokratische Wochenzeitung die traditionelle Parteizeitung „Vorwärts" und das „sozialdemokrat magazin" ersetzen, schlägt der SPD-Vorstand dem Parteitag vor.

Deutscher Kommandeur: Erstmals seit Bestehen des ständigen NATO-Flottenverbands im Atlantik übernimmt ab April ein deutscher Marineoffizier, Kapitän zur See Klaus Schwabe, das Kommando.

Heute: Fortsetzung des EG-Gipfels in Brüssel. – Vorwahlen der amerikanischen Demokraten im bislang wichtigsten Bundesstaat Illinois.

ZITAT DES TAGES



» Es wird zwar in politischen Kreisen viel über Ausländer gesprochen, aber meines Erachtens zu wenig mit ihnen und zu ihnen. «

Die Ausländerbeauftragte der Bundesregierung, Liselotte Funcke, bei der Vorlage ihres Berichts zur Ausländerpolitik (S. 8)
FOTO: JUPP DARCHINGER

WIRTSCHAFT

Leistungsbilanz: Der Überschuß betrug 1983 rund 10,1 Milliarden DM nach 8,7 Milliarden im Vorjahr, teilte die Bundesbank mit. Bisher war man von 8,4 Milliarden DM für 1983 ausgegangen. (S. 9)

Produktionsunternehmen: Die Bruttoeinkommen lagen im zweiten Halbjahr 1983 um 13 Prozent über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. (S. 9)

Belgien: Mit solider Mehrheit gewann die Regierung eine Vertrauensabstimmung über ihr Sparprogramm. Kernpunkt ist die Reduzierung des Haushaltsdefizits um umgerechnet zwölf Milliarden DM über drei Jahre.

Primärenergie: Der Verbrauch wird sich 1984 um 2,5 bis drei Prozent auf mehr als 370 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten erhöhen, schätzt das Essener Institut RWI. (S. 10)

Börse: Die gute Stimmung des Wochenendes setzte sich am Montag an den Aktienbörsen nicht weiter fort. Der Rentenmarkt war leichter. WELT-Aktienindex 151,1 (152,1). Dollarmittelkurs 2,6365 (2,6068) Mark. Goldpreis pro Feinunze 393,60 (392,75) Dollar.

KULTUR

West Side Story: Ein wenig betulich-tantenhaft ging es zu auf der Bühne, aber das Publikum war dankbar. Mit Riesenapplaus wurde in Leipzig die erste Aufführung des Erfolgsmusicals von Leonard Bernstein in der „DDR" gefeiert – 27 Jahre nach der Premiere am Broadway. (S. 15)

Denkmalschutz: 5,5 Millionen Mark – zehn Prozent mehr als 1982 – will Bonn in diesem Jahr für die Erhaltung von 53 Baudenkmälern ausgeben. Gefördert wird u. a. die Restaurierung der Glasfenster des Kölner Doms und der Steinbildwerke des Kapellenturms in Rottweil (Baden-Württemberg).

SPORT

Motorsport: Der Gießener Autorennfahrer Stefan Bellof (26) unterschrieb einen Formel-1-Vertrag beim englischen Team Tyrrell. Bellof ist neben dem Waiblinger Winkelhock der zweite deutsche Grand-Prix-Fahrer. (S. 7)

Olympia: Die amerikanischen Geheimdienste wollen die Delegation der Sowjetunion bei den Olympischen Sommerspielen in Los Angeles einer genauen Überprüfung unterziehen, meldete die „Los Angeles Times".

AUS ALLER WELT

Industrieller verschleppt: Ein Lösegeld von zwölf Millionen Mark sowie eine Anzahl von Goldbarren verlangen die Entführer des japanischen Industriellen Katsuhisa Ezaki. Er war aus dem Bad seiner Wohnung in Osaka verschleppt und splitternackt in einem Auto abtransportiert worden.

Wetter: Sonnig und leicht unterkühlt mit Temperaturen um zehn Grad beginnt heute um 11.25 Uhr mitteleuropäischer Zeit, wenn die Sonne den Himmelsäquator im sogenannten Frühlingspunkt überquert, der Lenz. Im Südwesten kann es bereits 14 Grad warm werden.

Außerdem lesen Sie in dieser Ausgabe:

Von Frau Thatcher hängt der Erfolg des EG-Gipfels ab

Mitterrand plant neuen Vorschlag zur Lösung der Finanzprobleme

W. HADLER/U. LÜKE, Brüssel

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat am ersten Tag des Brüsseler EG-Gipfels ihre Forderung nach einer langfristigen und weitgehenden Begrenzung des britischen Finanzbeitrags zur Europäischen Gemeinschaft bekräftigt. Wie von den anderen Regierungschefs befürchtet, lehnte sie wesentliche Teile des Kompromißvorschlages für eine gerechtere Lastenverteilung innerhalb der Gemeinschaft ab, der von der französischen Präsidentschaft vorgelegt worden war.

Schon zu Beginn des Gipfels erwies sich damit, daß das „britische Problem" die Schlüsselfrage der zweitägigen Konferenz ist, nachdem alle anderen zentralen Probleme kaum noch Diskussionsstoff bieten. Frankreichs Staatspräsident Mitterrand erbot sich noch am gestrigen Abend, einen neuen Vorschlag auszuarbeiten.

Die von Paris vorgeschlagene Formel für den Beitragsausgleich ging davon aus, daß sich vorübergehende Korrekturen des Nettobeitrags ausschließlich nach den an die Gemeinschaft überwiesenen Mehrwertsteuerzahlungen, nicht aber unter Einbeziehung der Zölle und Agrarabschöpfungen, die auf Einfuhren aus Drittländern erhoben werden, bemessen sollen. Das bedeutet, daß die Präsidentschaft das Haushaltsungleichgewicht von vornherein geringer einschätzte als die Regierung in London.

Frau Thatcher machte, wie schon im Dezember auf dem Athener Gipfel klar, daß sie nur bereit ist, zwischen 900 Millionen und 1,1 Milliarden Mark mehr in die EG-Kasse abzuführen als Großbritannien an Rückflüssen erhält. Bisher betrug der jährliche britische Nettobeitrag nach eigenen Berechnungen rund 4,3 Milliarden Mark, von denen London beim Stuttgarter Gipfel einen „Rabatt" in Höhe von rund 1,7 Milliarden Mark in Aussicht gestellt wurde.

Die einzige Konzession, die die „eiserne Lady" am ersten Konferenztag machte, betrifft die Laufzeit der Beitragsentlastung. Sie erklärte sich mit dem französischen Vorschlag einverstanden, den „Rabatt" so lange vorzusehen, wie das Geld aus der vorgesehenen Aufstockung der Eigenmittel der Gemeinschaft reicht. Da Paris zu den Befürwortern einer baldigen Erhöhung des Einnahmeplafonds gehört, hoffte es mit diesem Vorschlag zugleich, den Widerstand Londons gegen eine kräftige neue zusätzliche Finanzspritze für die Gemeinschaft zu brechen. Die Bundesregierung möchte dagegen die Aufstockung der Einnahmen möglichst gering halten.

Weitgehend einig waren sich die Staats und Regierungschefs über die Notwendigkeit einer strengeren Haushaltsdisziplin auch der europäischen Institutionen. Lediglich Italien und Griechenland brachten die Befürchtung zum Ausdruck, daß durch entsprechende Sparmaßnahmen neue EG-Politiken im Keim erstickt werden könnten. Erreicht werden soll, daß die Agrarausgaben künftig zumindest nicht schneller ansteigen als die Einnahmen der EG. Dabei ist allerdings noch ungeklärt, wie dies unter Beachtung der Rechte des Europäischen Parlaments geschehen soll.

Syrien dringt auf Libanon-Kompromiß

In Lausanne möchte Damaskus seinen Einigungsvorschlag durchsetzen

IRENE ZÜCKER, Lausanne

Während die führenden libanesischen Bürgerkriegsparteien in Lausanne um einen Kompromiß ringen, gehen die Kämpfe in Libanon weiter. Die seit acht Tagen andauernde zweite Runde der libanesischen Versöhnungskonferenz hat bislang nur einen brüchigen Waffenstillstand hervorgebracht.

Nach Angaben der Konferenzteilnehmer war der „Lausanne Bazar" gestern an einem Scheidepunkt angelangt: „Entweder kommt in einer ‚Zangengeburt' ein Kompromiß zustande, oder wir müssen einen anderen Weg finden, die Veranstaltung zu beenden", ist die Meinung der Teilnehmer. Stolperstein ist das Reformpapier, das in das Schlußdokument der Konferenz eingefügt werden soll, das jedoch als gemeinsames Maßnahmepaket verabschiedet werden muß.

Gestern wurde in bilateralen inoffiziellen Gesprächen mit vier Arbeitspapieren „gehandelt": Das maronitische Lager Pierre Gemayels und Camille Chamouns hält weiterhin an seinem Vorschlag der Dezentralisation in Form einer Föderation relativ autonomer Kantone fest. Dagegen haben die muslimischen Führer Berri, Dschumblatt, Osseiran, Karame und Salam einen gemeinsamen Vorschlag produziert, der die Entkonfessionalisierung und in einer zweiten Phase das Prinzip der Laizität fordert.

Drittes Dokument ist ein Kompromißpapier, das vom Generalsekretariat des Präsidenten Gemayel ausgearbeitet worden ist, jedoch am Samstag von der Opposition als aller konstruktiver Ansätze beraubt abgelehnt wurde. Letzter Vorschlag ist schließlich ein noch geheimgehaltenes syrisch-saudisches Einigungspapier, das im weiteren Verlauf der Konferenz möglicherweise bestimmend sein wird. Zur Zeit wird überlegt, ob dieses letzte Reformpapier unter dem Namen seiner Autoren vorgelegt oder vom Präsidenten Amin Gemayel präsentiert werden soll, um so eher das Einverständnis der zerstrittenen Libanesen zu erreichen.

SEITE 5:
Haddads Miliz wird eine Armee

Der syrische Vizepräsident Khaddam und Libanons Staatspräsident Gemayel versuchen zur Zeit in einer konzertierten „Ermüdungstaktik", die uneinigen Konferenzteilnehmer auf ein gemeinsames Maßnahmenpaket von Reformvorschlägen festzulegen.

Ein Abkommen zwischen den verschiedenen libanesischen Fraktionen ist im Prinzip machbar. Denn alle Konferenzteilnehmer wollen ihr Gesicht wahren. Das Dilemma der Verhandlungspartner ist jedoch, daß sie Angst haben, Konzessionen einzugehen, was jedoch Voraussetzung für einen dauerhaften Frieden wäre. Darüber hinaus erwarten ihre Anhänger in Libanon die Durchsetzung ihrer Forderungen. So versuchen die Konferenzteilnehmer vor allem, ihre Machtpositionen zu sichern.

Syrien fordert „realistische Ergebnisse". Die Verhandlungen deuten allerdings darauf hin, daß konstruktive Vorschläge „verdünnt" werden. So wurde am Montag bereits überlegt, ob im Fall weiterer Unstimmigkeiten nur eine allgemein gehaltene Schlußdeklaration veröffentlicht werden soll.

Strauß: Bonner Politik schadete CSU

Hoffnung auf die FDP bei Münchner Stichwahl / SPD behauptete sich in den Großstädten

PETER SCHMALZ, München

Die CSU ist trotz des drohenden Mehrheitsverlustes in München mit dem Ausgang der bayerischen Kommunalwahl zufrieden. Seine Partei habe „angesichts verschiedener Probleme großartig abgeschnitten", erklärte der CSU-Vorsitzende und bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß gestern nach einer Sitzung des CSU-Landesvorstands. In den Großstädten konnte im allgemeinen die SPD Gewinne verbuchen, während die CSU ihre klaren Mehrheiten auf dem Land bei nur geringen Einbußen behaupten konnte.

Strauß nannte vor allem drei Gründe für die CSU-Verluste: Durch die Gebietsreform und den Verlust von fast 5000 Gemeinden seien diesmal „viele Freunde, Anhänger und aktive Mitarbeiter" der CSU gedrängt worden, auf eigenen Listen zu kandidieren; da und dort seien die richtigen Kandidaten nicht aufgestellt oder nicht behalten worden; seit die Union in der Bundesregierung ist, werde die CSU in den Kommunen verantwortlich gemacht „für alles, was in Bonn geschieht". Im letzten Punkt sieht Strauß offenbar einen Hauptgrund für eine spürbare Unzufriedenheit der Wähler: Mit Rücksicht auf die FDP seien Fehler und Versäumnisse der alten Bundesregierung nicht deutlich gemacht worden. Deshalb werde die Notwendigkeit der jetzigen Sparbeschlüsse nicht klar. Negative Einflüsse der bayerischen Regierungspolitik macht Strauß für den Wahlausgang nicht verantwortlich: „Bis jetzt habe ich keinen einzigen begründeten Vorwurf gegen die Landespolitik gehört."

SEITE 2:
Münchener Wetterleuchten
SEITE 3:
Kiesl hofft auf Skifahrer

Als „völlig offen" bezeichnete Strauß den Ausgang der Münchner Stichwahl am 1. April. Sie wurde notwendig, nachdem der amtierende Oberbürgermeister Erich Kiesl (CSU) im ersten Wahlgang nur 44,3 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen konnte, sein SPD-Konkurrent Georg Kronawitter aber mit 48,2 Prozent die absolute Mehrheit nur knapp verfehlte. Der FDP-Bewerber Manfred Brunner schnitt mit 3,6 Prozent nur wenig besser ab als der Kandidat der Grünen, Georg Welsch (3,1). Bei der Sitzverteilung im Münchner Stadtrat zeichnet sich eine Pattsituation ab: Nach der bisherigen Stimmenauszählung verfügen CSU (37) und FDP (3) gemeinsam ebenso über die Hälfte der 80 Sitze wie SPD (36) und Grüne (4).

Georg Kronawitter bestreitet die Absicht, mit den Grünen eine enge Zusammenarbeit anzustreben, während die CSU ihr Wählerpotential durch die Warnung vor einem „rot-grünen Chaos" mobilisieren will. Von dem schlechten Abschneiden Kiesls wurde die CSU-Führung unvorbereitet überrascht, Umfragen kurz vor der Wahl hatten mit 53 Prozent einen klaren Sieg des CSU-Politikers im ersten Wahlgang signalisiert. Strauß

● Fortsetzung Seite 8

„DDR" soll mehr Spielraum geben

Mecklenburger Synode: Zum Heimatgefühl gehört Verantwortung

epd, Schwerin

Die Synode der evangelisch-lutherischen Landeskirche Mecklenburgs hat in Schwerin an die „DDR"-Führung appelliert, den Menschen in der „DDR" mehr Entscheidungs- und Handlungsspielraum einzuräumen, statt auf Anpassung an vorgegebene Normen zu drängen. In einer einmütig angenommenen Entschließung erklärte die Synode, daß sie darin eine der Ursachen für die gestiegene Zahl von Ausreiseanträgen sehe.

Wie zuvor bereits Landesbischof Heinrich Rathke, betonte auch die Synode, daß es zum Verständnis des Heimatbegriffes gehöre, „verantwortlich zu sein und in Verantwortung genommen zu werden". Dazu gehöre auch, „Dinge anzusprechen, die das Übernehmen dieser Verantwortung erschweren". Weiter heißt es: „Wir rechnen dazu das Drängen auf Anpassung in Lebensbereichen, in denen die Entwicklung und Befähigung zu selbständigem Entscheiden und Handeln wesentlich ist."

Die Synode dankte dem Landesbischof für seine „eindeutige Standortbestimmung zur Stellung von Christen und Kirche in der DDR". Rathke, der im Sommer sein Bischofsamt aufgibt, hatte vor der Synode geäußert, es könne nicht angehen, „daß heimlich, still und leise gerade in diesen Wochen eine große Zahl uns verläßt". Es müßten Voraussetzungen dafür geschaffen werden, daß die Menschen „in der Heimat bleiben und gern hier bleiben". „Wir brauchen sie hier", fügte der Bischof hinzu.

Zum Abschluß ihrer viertägigen Beratungen begrüßte die Synode in einer weiteren Entschließung, daß auch nach den Stationierungen neuer Atomraketen in Europa „nicht alle Gespräche zwischen Ost und West abgebrochen sind und sich sogar neue Ansätze zeigen". Sie ermutigte die Politiker in beiden deutschen Staaten, die gemeinsamen Gespräche zu intensivieren, „um Spannungen in den Beziehungen abzubauen und damit einen Friedensbeitrag zu leisten".

Die Landessynode in Schwerin befaßte sich nicht zuletzt mit der Tatsache, daß immer mehr Jugendliche den Weg zur Kirche suchen, obwohl sie ohne jede kirchliche Bindung aufgewachsen sind und dementsprechend keine Kenntnisse über Kirche und christlichen Glauben haben. Diese Jugendlichen erwarteten dabei vordringlich Lebenshilfe und Raum zur Selbstverwirklichung, erläuterte der Schweriner Landesjugendpfarrer Johannes Lohmann. Die erste Erfahrung solcher jungen Leute mit der Kirche sei „das Erlebnis der Offenheit".

DER KOMMENTAR

Europa-Diät

ULRICH LÜKE

Eine alte Diplomatenregel sagt: Was nicht vor Beginn einer Gipfelkonferenz besiegelt ist, wird auch auf dem Gipfeltreffen selbst kaum zu lösen sein. So gesehen, müßte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs, der gestern nachmittag in Brüssel begann, in vielen Punkten ein Erfolg werden. Selten ist ein Gipfeltreffen so exakt vorbereitet worden, selten gab es am Vorabend eines solchen Treffens schon so weitgehende Übereinstimmung.

Damit ist ein Gewinn der französischen Präsidentschaft in der EG schon heute gesichert: Die deutsch-französische Verständigung funktioniert wieder. In engsten Kontakten haben der Christdemokrat Kohl und der Sozialist Mitterrand bewiesen, daß sie zu Kompromissen fähig sind. Beide sind in wichtigen Fragen über ihre Schatten gesprungen, haben Opfern für Europa zugestimmt, die sich schon bald als Gewinn herausstellen sollen.

Mitterrand hat es geschafft, die ungelösten Restprobleme der Gemeinschaft auf ein Thema zu konzentrieren: auf die Finanzfragen, insbesondere auf die Frage der britischen Beitragsentlastung. Er hat Margaret Thatcher bewußt in die Ecke gestellt, ihr aber gleichzeitig die Hand zum Kompromiß gereicht. Denn was die Franzosen den Briten als langfristige Rabattzahlung anbieten, kann sich sehen lassen.

Margaret Thatcher steht in Brüssel zwar allein gegen alle, aber der Weg zur Verständigung ist nicht versperrt. Großbritanniens Eiserne Lady hat das offenbar erkannt. Sie akzeptierte das französische Vorgehen. Was nichts daran ändert, daß sie in der Sache hart bleibt.

Keine Frage, daß es im Verlauf des Gipfeltreffens zu dramatischen Zwischenspielen kommen kann, daß von Krise und Scheitern die Rede sein wird. Doch die Chancen für wirkliche Fortschritte stehen diesmal besser als je zuvor. Die EG-Partner haben sich zur Diät entschlossen. Läßt diese sich nach Margaret Thatchers Urteil mit genügend (britischen) Pfunden anreichern, stünde dem allseitigen Gewinn nichts entgegen.

Peymann und Drese nach Wien als Intendanten

Bth. Wien

Der Zürcher Intendant Claus Helmut Drese (61) wird ab 1986 neuer Direktor der Wiener Staatsoper. Zum selben Zeitpunkt übernimmt der Bochumer Schauspielchef Claus Peymann (47) die Leitung des Wiener Burgtheaters. Das gab überraschend der österreichische Unterrichtsminister Helmut Zilk in Wien vor Journalisten bekannt.

Erst vor einigen Tagen hatte der jetzige Wiener Opernchef, Lorin Maazel, mitgeteilt, daß er an einer Verlängerung seines Vertrags nicht interessiert sei. Die bevorstehende Ablösung des jetzigen Burgtheaterchefs Achim Benning wurde seit längerem als Gerücht gehandelt.

Überraschung löste vor allem die Schnelligkeit aus, mit der Zilk die neuen Theaterleiter präsentierte. Offenbar waren die Vertragsverhandlungen eingeleitet worden, lange bevor das Revirement der jetzigen Intendanten beschlossene Sache war.

Mit Drese und Peymann an der Spitze der beiden renommiertesten österreichischen Staatstheater kommt Zilk, der frühere Wiener Kulturstadtrat und als Unterrichtsminister Nachfolger des zum Bundeskanzler aufgerückten Fred Sinowatz, seinem Ziel näher, die Bundestheater zu gesellschaftspolitisch und zeitkritisch engagierteren Bühnen zu machen, als sie es mit ihrem primär kulinarischen Gepräge bisher waren. Über die Laufzeiten und Dotierungen der Verträge, die laut Zilk unmittelbar vor dem Abschluß stehen, wurde noch nichts bekanntgegeben.

Albrecht besteht auf Grenze am Elbe-Ostufer

rtr, Bonn

Niedersachsen besteht nach den Worten seines Ministerpräsidenten Ernst Albrecht (CDU) darauf, daß die Grenze zur „DDR" am Ostufer der Elbe verlaufen müsse. In einem Interview der „Neuen Osnabrücker Zeitung" reagierte er damit auf die Äußerung des Staatsministers im Kanzleramt, Philipp Jenninger, daß sich in der zwischen der Bundesrepublik und der „DDR" umstrittenen Frage vielleicht noch in diesem Jahr ein Modus vivendi finden lassen werde. Die „DDR" beharrte bisher darauf, daß die Grenze in der Flußmitte verläuft.

Mit Hinblick auf eine angestrebte Vereinbarung mit der „DDR" sagte Albrecht, es sei unter Umständen sinnvoll, Kompromisse in einem größeren Verhandlungspakt zu suchen, in dem die Grenze auf dem Ostufer der Elbe fester Bestandteil sei. Er stellte klar, daß es nicht darum gehe, eine Grenze festzulegen. Man könne lediglich ermitteln, wo die Besatzungsmächte 1945 und in den Anschlußverhandlungen die Grenze festgelegt hätten.

Der Ministerpräsident teilte mit, er habe noch von der Bundesregierung unter Kanzler Helmut Schmidt auf sein Verlangen hin sämtliche Unterlagen zugesandt bekommen, die in bezug auf die Elbgrenze von Bedeutung seien. Die niedersächsische Landesregierung habe alles noch einmal sorgfältig geprüft und werde das Ergebnis in den nächsten Tagen Bundeskanzler Kohl mitteilen. Es hätten sich inzwischen keine neuen Gesichtspunkte ergeben.

Seite 8: Elbgrenze am Nordostufer

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Münchner Wetterleuchten

Von Herbert Kremp

Die bayerischen Kommunalwahlen haben gezeigt, daß die CSU-Bäume nach wie vor hoch wachsen, allerdings nicht in den Himmel. Die Partei muß sich stets an dem Außerordentlichen messen lassen, das sie zustandebrachte und darstellt. Da wirken Verluste, wie sie in München und in anderen bayerischen Großstsädten zu verzeichnen sind, wie ein Absturz.

Trotz des „normalen" Resultats, das den Sensationserfolg der CSU von 1978 korrigiert, kann von den Kommunalwahlen Signalwirkung ausgehen. Die SPD rückt in den großen Städten wieder vor, nachdem sie in der Zeit des Bonner Regierens und ideologischen Querulierens Schritt für Schritt des „ureigenen" Bodens hatte aufgeben müssen. Anstatt nur noch mit Lehrern und Studenten zu diskutieren, wird sich die Partei jetzt wieder mit neuer Hoffnung und weniger linker Utopie dem guten alten „Volk" zuwenden, von dem die Mehrheiten bekanntlich stammen. Ob dies zu neuen Richtunggskämpfen in der recht uneinheitlich gefärbten SPD führt, wird sich herausstellen.

Das Wort von der „Trendwende", das unter den über ihren Erfolg erfreuten Sozialdemokraten umgeht, klingt übertrieben. Es ist aber eine Tatsache, daß die Sparpolitik, zu der die Bundesregierung nach der spendablen Ausgabenpolitik der vergangenen Kabinette gezwungen ist, in den Kommunen zwickt und schneidet. Mit Rücksicht auf die FDP, aber auch im Gefühl sicherer Mehrheiten, liefert die Union der Öffentlichkeit zu wenig Informationen über die tatsächliche Herkunft der „Erblast", die nun mühsam und tapfer abgetragen werden muß. Das Versäumnis zu korrigieren, ist es noch nicht zu spät.

Das Wetterleuchten von München wird gesundheitsfördernde Bewegung in die Reihen der Union bringen. Sie kann sich nicht darauf verlassen, daß die SPD aus ihren Fehlern nicht lernt. Die Partei versucht erneut Anschluß an die politische Mitte zu gewinnen. Wenn Kronawitter an die Spitze Münchens tritt und Hans Apel vielleicht an die Spitze Berlins, kann es zur Trendwende kommen. Jedenfalls in der SPD.

Hart für Rückzug

Von Thomas Kielinger

Wie zerstritten die Demokratische Partei der USA ist, konnte man in einer selten guten Augenblicksbelichtung in Chicago erleben, als kurz nacheinander Walter Mondale und Gary Hart mit Grundsatzreferaten zur Außenpolitik vor den „Council on Foreign Relations" traten.

Hart legte die Betonung auf „Zurückhaltung" (restraint), womit er erkennbar den Rückzug von allen militärischen Verwicklungen der USA anmelden will. Die US-Präsenz in Honduras würde er als Präsident sofort abbauen und die Militärhilfe für El Salvador streichen. Vom Persischen Golf als Rohölquelle haben sich die USA vollständig freizumachen, damit im Kriegsfalle dort „diese Nation wirtschaftlich und militärisch überleben kann, ohne unsere Söhne sinnlos in den Tod schicken zu müssen, im Kampf für das Öl anderer Leute".

Nun ist der Abhängigkeitsgrad der freien Welt vom Golf-Öl gewiß strittig. Der Ausdruck „Öl anderer Leute" jedoch ist enthüllend. Das klingt, als sei nicht nur der Lieferant damit gemeint, sondern jeder sonstige Empfänger. Wenn also Europäer und Japaner, die nicht nur Handelspartner, sondern auch Bündnispartner der USA sind, als „andere Leute" betrachtet werden sollen, dann hat Hart für den Fall seiner Präsidentschaft eine interessante Grundlage der zukünftigen Beziehungen geschaffen.

Auf diese „Naivität" spielte Mondale in seiner Rede an, und er warf seinem Kollegen obendrein vor, in der Dritten Welt „die Exzesse der Linken" gänzlich zu übersehen. So simpel wie Hart es darstelle – daß die Armut, und nicht der Kommunismus, die Wurzel des Übels in der Dritten Welt sei – gehe es einfach nicht zu. Mondale befürwortet ebenfalls eine Verringerung der US-Militärpräsenz in Zentralamerika, aber nur im strengen Quid-pro-quo mit Nicaragua über eine Verringerung der kubanischen Präsenz in diesem Land und ein Einstellen der Subversion in El Salvador.

Mondale liest die Stimmung im Lande, was die Außenpolitik angeht, korrekter, während Hart wiederum im Innenpolitischen den besseren Draht zur Mehrheit hat, mit seiner Betonung des Marktes, des Wachstums etc. Für den Wähler muß das verwirrend sein. Die Ergebnisse – Mondale holt wieder auf – sind es auch. Für Reagan keine unangenehme Entwicklung.

Opfer einer Sprache

Von Joachim Neander

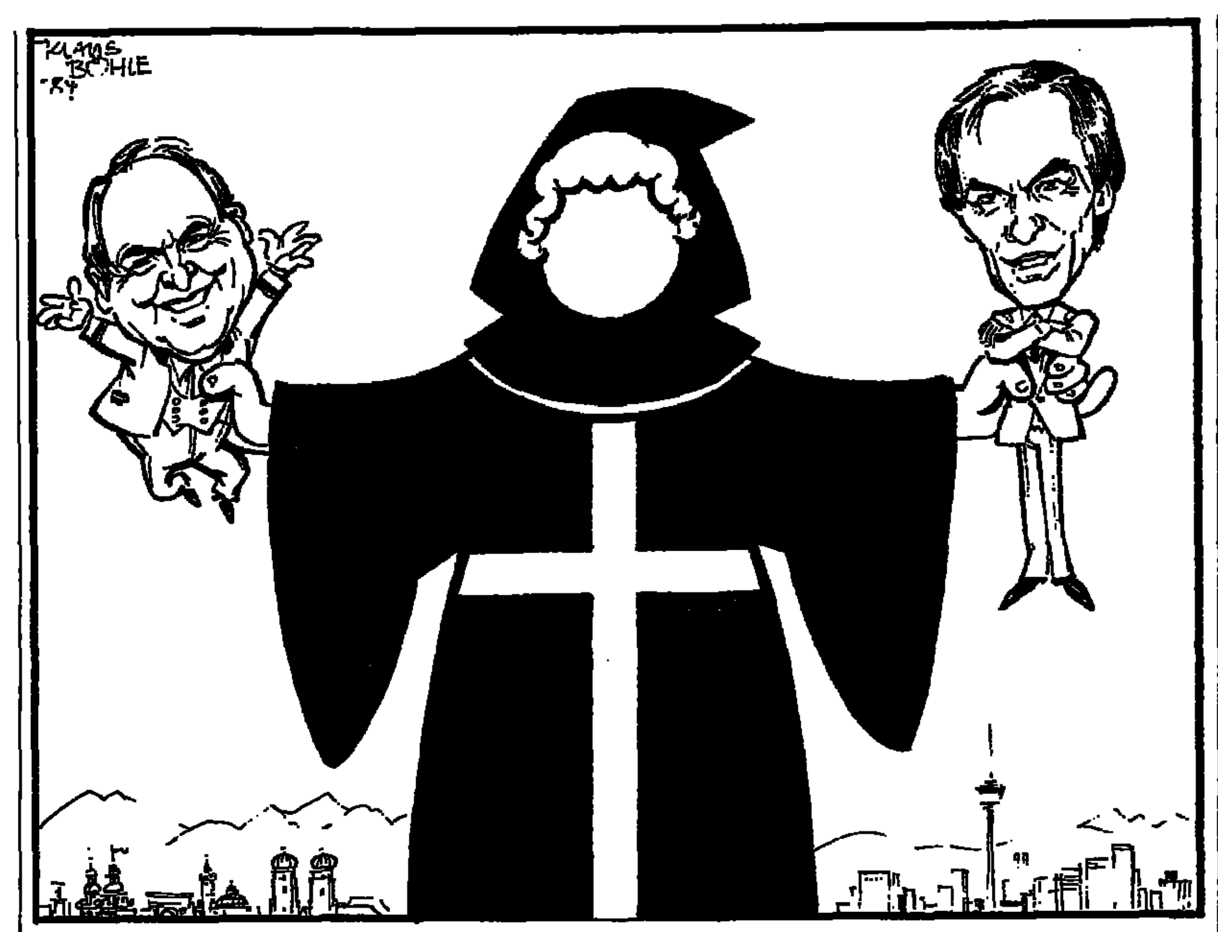
Zwei SPD-Parlamentarier fragten kürzlich die rheinland-pfälzische Landesregierung nach Zahl und Folgen von Flugzeugabstürzen und -unfällen im Lande. Die Anfrage begann mit den Worten: „Bei den Diskussionen um die Gefährdung der Zivilbevölkerung durch Flugplätze ..."

Die Regierung nannte brav ihre Zahlen. Den interessantesten Punkt ließ sie unerwähnt: Was, mit Verlaub, heißt hier eigentlich „Zivilbevölkerung"? Der schlappe Zivilist aus Kaisers Tagen wird da kaum gemeint gewesen sein. Es bleibt also die andere Version, der Sprachgebrauch des Krieges. Zivilbevölkerung als Gesamtheit aller an den Kriegshandlungen nicht aktiv Beteiligten.

Nun gibt es bekanntlich Leute, die eifrig bemüht sind, uns einzureden, wir befänden uns längst im Kriegszustand. Ihre Grobeinteilung ist auch schon fertig. Großtechnik, Luftverkehr, Polizei, konservative Politiker und das Militär sowieso gehören zur NATO-Kriegsvorbereitungsmaschine. Der Rest ist „betroffene Zivilbevölkerung". Mit der Feineinteilung gäbe es noch semantische Probleme. Wäre z. B. ein Postbote, dem ein Flugzeug auf den Kopf fällt, aus dieser Sicht Uniformträger eines NATO-Staates oder „unschuldiger" Zivilist?

Man kann sich nicht vorstellen, daß dieses Koordinationssystem in der SPD-Anfrage gemeint war. Zur Sicherheit dennoch einige unvermeidliche Feststellungen: Wir befinden uns weder im Krieg noch in der Kriegsvorbereitung; es besteht nicht der geringste Grund, die Sprache des Zweiten Weltkrieges wiederaufzufrischen; wer bei einem Flugzeugunfall zu Schaden kommt, ist Opfer – egal, ob er drin saß oder zufällig unten spazierenging. Alles andere ist leichtfertige Sprachschluderei.

Die SPD hat eine so reiche Tradition im ideologiekritischen Durchforsten der Sprache des politischen Gegners. Vielleicht sollten die sozialdemokratischen Forsteleven ihre Schritte gelegentlich auch einmal ins Unterholz der eigenen Denk- und Redensarten lenken.



Welches G'sichterl hätten S' denn gern? ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Ein atlantischer Gast

Von August Graf Kageneck

Wenn François Mitterrand morgen in seine blau-weiß-rote Präsidentenmaschine steigt, die ihn über den Ozean zu Ronald Reagan und zum ersten Staatsbesuch in den USA trägt, wird er erleichert in seinen Sessel sinken. Endlich kann er einem Land den Rücken kehren, das ihn vor knapp drei Jahren nahezu triumphal zum Chef wählte und sich heute lieber als morgen wieder von ihm trennen würde. Ein Land, dessen wirtschaftliche und soziale Probleme, samt und sonders von der Regierung selbst verschuldet, kaum noch zu bewältigen sind. Das sich zusätzlich zu neuen Inflationsschüben, zusätzlich zu Arbeitslosigkeit und Kaufkraftverlust, zu drohender neuer Franc-Abwertung und zu abnehmender industrieller Wettbewerbsfähigkeit noch einen anachronistischen Kulturkampf um die religiösen Schulen aufgebürdet hat, weil die Ideologen mit dem Kopf durch die Wand wollen und die Regierung vor ein Fait accompli stellen. Vor diesem düsteren Hintergrund wirkt Mitterrands bisher größte und wichtigste Auslandsreise wie eine Flucht. Die Flucht Ludwigs XVI. – pardon, François' III. Zum atlantischen Verbündeten jenseits des Atlantik.

Denn hier fühlt er sich wohl. Der Sonntagstext der französischen Kirchen schien wie auf ihn zugeschnitten: hier ist gut sein! Willst du, so wollen wir hier drei Hütten machen, dir eine, mir eine und dem Helmut Kohl eine. Mitterrand ist der „atlantischste" Präsident Frankreichs, seit die Franzosen ihren Staatschef direkt wählen. Daß er auch ein guter Europäer ist, hat er mit seiner augenblicklichen Präsidentschaft im Europäischen Rat bewiesen. Der Rat von Brüssel, von dem aus er quasi direkt in die USA fliegt, wird hier als besonders erfolgreich angesehen, als ein Geschenk also für die an Europas Einigung oder jedenfalls Einigkeit besonders interessierten Amerikaner. Mitterrand hat sich wie kaum einer seiner Vorgänger persönlich mit insgesamt zwölf Reisen zu seinen Kollegen für diesen Erfolg eingesetzt.

Der französische Präsident ist aber ein noch besserer Atlantiker. Als die deutschen Erfinder des NATO-Nachrüstungsbeschlusses vor der ständig wachsenden Mauer der sowjetischen SS 20 schwach zu werden drohten, blies er ihnen im Bundestag den Marsch. Die Sowjets ließ er gleichzeitig wissen, daß es ohne eine Wiederherstellung des von ihnen verletzten Rüstungsgleichgewichts in Europa keine Rückkehr zur friedlichen Koexistenz oder gar zur Entspannung geben werde. Solange sowjetische Soldaten in Afghanistan stehen und indirekt die Freiheit in Polen unterdrücken, stellte er klar, werde es auch keine Verbesserung der französisch-sowjetischen Beziehungen geben. Mitterrand blieb dieser Haltung treu. Er reiste nicht zu Andropows Begräbnis, und für eine Begegnung mit dem Nachfolger gibt es keinen Termin. Der Drang zu den Thronen der mächtigen Kreml-Herren, wie er in den kleineren Seelenwinkeln mancher deutscher Nachbarn wabert und Besuchswünsche hervorruft, ist diesem durchaus souveränen Mann fremd. Sowjetische Heimzahlung in Libanon nahm der Präsident stoisch in Kauf. Seine Soldaten stehen nach wie vor, und als letzte, an der grünen Linie in Beirut.

Zeigt der Präsident schon hier, daß er kommunistischen Unternehmungen aufs äußerste mißtraut – eine Konstante im Leben des Politikers Mitterrand, die man trotz der Präsenz von vier Kommunisten in seiner Regierung nicht leicht nehmen darf –, so hat er seine Standfestigkeit gegenüber Moskau auch mit militärischen Gesten unterstrichen. Nicht zu Unrecht werfen ihm die Kommunisten im eigenen Land vor, Frankreich praktisch wieder in die NATO eingebracht zu haben. Was an gemeinsamen militärischen Übungen mit denn Alliierten in Europa, an der Aufstellung einer „schnellen Eingreifstreitkraft" für Europa – die nur als eine Reserve des Bündnisses angesehen werden kann –, was an der Verstärkung der nationalen Atomstreitkraft (bis 1995 wird die Zahl der Sprengköpfe verzehnfacht) und der Absprache mit den Verbündeten über deren Ziele geschieht: Das alles kann nur schwer anders denn als letzte Stufe vor der totalen, von de Gaulle 1966 aufgehobenen Integration verstanden werden. Hinzu kommt die enge militärische Anlehnung an die Deutschen im konventionellen strategischen und taktischen Bereich, die Kern einer möglichen europäischen Verteidigung ist. Aber auch diese kann sich nach Mitterrands Verständnis niemals autonom, sondern nur in enger Verknüpfung mit Nordamerika artikulieren. Man meint nachgerade einen deutschen CDU-Politiker in den sechziger Jahren nach Abschluß des Elyseé-Vertrages zu hören.



Einig im Bündnis: Mitterrand, Reagan (beim Besuch des US-Präsidenten im Elysée 1982) FOTO: DPA

An der europäischen Hauptfront zum Kommunismus also ein getreuer Eckehard – ob das die eher an Hagen von Tronje gemahnenden Winkelzüge Mitterrand'scher Diplomatie in Mittelamerika bei Reagan völlig überdecken kann, wird der Besuch zeigen. Frankreich und die Vereinigten Staaten liegen hier auf Konfrontationskurs, befinden sich im jeweils entgegengesetzten Lager der Bürgerkriegsfront, die den Isthmus blutig durchschneidet. Mitterrand hat sein ideologisch begründetes, tragisch praxisfernes Antrittspostulat, den „unterdrückten" Völkern bei ihrem „Befreiungskampf gegen den Imperialismus" helfen zu wollen, nicht aufgegeben. Er unterstützt aber auch die Friedensbemühungen der Contadora-Gruppe. Vielleicht gibt es da ein Terrain, auf dem man sich näherkommen könnte.

IM GESPRÄCH M. Timmermann

Professor zur Hardthöhe

Von Rüdiger Moniac

Wie die Zufälligkeiten im Personalgeschäft so spielen: Der Verteidigungsminister suchte einen Präsidenten für die Hamburger Bundeswehrhochschule. Gefunden hat er dabei, wofür er noch viel länger Ausschau gehalten hatte und viele Absagen notieren mußte: den Staatssekretär für die Rüstungsplanung auf der Bonner Hardthöhe. Manfred Timmermann, Professor für Betriebswirtschaftslehre der öffentlichen Verwaltung, hatte sich als Nachfolger von Professor Sanmann in Hamburg beworben. Unbekannt ist bislang, ob Minister Wörner selbst auf die idee kam. Jedenfalls fand er sie reizvoll. Am 1. April wird Timmermann Staatssekretär im Verteidigungsministerium, übrigens gleichzeitig mit dem bisherigen Ministerialdirektor im Bundesinnenministerium, Günter Ermisch, der für den vorzeitig in Pension gehenden Verwaltungsstaatssekretär Joachim Hiehle kommt.

Seit März 1983, als der der FDP angehörende Parlamentarische Staatssekretär Kurt Jung für die Bundestagswahlen von seiner Partei keinen sicheren Listenplatz erhalten hatte, war Timmermanns neuer Stuhl auf der Hardthöhe vakant. Wörner wollte einen Mann aus der Industrie. Alle sagten ab, Manfred Lennings, früher Gutehoffnungshütte, ebenso wie der mittelständische Unternehmer aus Nordwürttemberg, Mahler. Nichts wurde auch aus den genannten Kandidaten Siegfried Mann, Hauptgeschäftsführer bei Bundesverband der Deutschen Industrie, und NATO-Botschafter Hans-Georg Wieck.

Es zeigt sich wieder, in aller Regel finden Industriemanager eine Tätigkeit selbst an führender Stelle im Staatsdienst wenig attraktiv. Timmermann indes, das hat ihn wohl für Wörner so interessant gemacht, bringt für seine neue Bonner Aufgabe nicht nur die Erfahrung mit öffentlicher Verwaltung und der Forschung und Lehre über ihre Wirtschaftlichkeit mit. Die Karriere des Professors mit dem Jahrgang 1936 zeigt sich auch durchsetzt mit „Ausflügen" in die freie Wirtschaft. Nach dem Studium der Wirtschaftswissenschaften in Frankfurt und Kiel arbeitete Timmermann als Assistent an den Universitäten in Berlin und Mannheim, war aber zwischendurch auch für eine amerikanische Computerfirma in Frankfurt und Hamburg tätig; ferner als Planungschef für ein renommiertes Lübecker Industrieunternehmen sowie schließlich auf verschiedenen Ebenen für die bekannte Baseler Managementberatung Prognos AG. Dort stieg er in die Geschäftsleitung auf.



Sein Metier wird die Rüstungsplanung: Timmermann FOTO: SVEN SIMON

1973 wechselte Timmermann als ordentlicher Professor an die Konstanzer Universität und war dort zwei Jahre lang Prorektor, bevor er 1981 an die Hochschule von St. Gallen ging. Die bisherige Karriere des neuen Bonner Rüstungsstaatssekretärs weist ihn als einen Mann mit gesundem Ehrgeiz aus, der zugunsten des Aufstiegs mobil geblieben ist. Sein Selbstbewußtsein gilt als nicht minder ausgeprägt. Im neuen Amt wird er es brauchen.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Münchner Kommunalwahl ist Hauptthema vieler Zeitungen:

Münchner Merkur

Noch sitzt Kronawitter nicht im Oberbürgermeister-Sessel. Noch hat die CSU Gelegenheit, ihre Anhängerschaft zu mobilisieren. Allerdings nicht mit Ursachenforschung à la Hans Klein, der bald nach Wahlschluß von einem „irrationalen Schub für Kronawitter" sprach. Solche Sprüche, da sollte man vorsichtig sein, können zu leicht mit Hybris oder Unfehlbarkeitsgesinnung verwechselt werden.

DONAU-KURIER

Die am meisten genannte Erklärung für die CSU-Stimmenverluste, nämlich eine gewisse Müdigkeit im bürgerlichen Lager, ablesbar in der niedrigen Wahlbeteiligung, überzeugt nur auf den ersten Blick. Denn natürlich wußte jeder potentielle CSU-Wähler, der diesmal auf den Gang ins Stimmlokal verzichtete, daß er damit im Endeffekt „seiner" Partei schadete. Er nahm dies also bewußt in Kauf und signalisierte damit eine unterschwellige Unzufriedenheit. **(Ingolstadt)**

STUTTGARTER ZEITUNG

Gleichgültig, ob nun Kronawitter am 1. April die Stichwahl gewinnt und ins Rathaus zurückkehrt, oder ob Kiesl doch noch sein Amt zu verteidigen weiß, den Aufschwung erlebt in der weißblauen Hauptstadt die SPD. Sie genießt ihn dank eines Mannes, den sie, der sich selbst aber nie aufgeben wollte.

WIESBADENER KURIER

Der Verlust der absoluten Mehrheit in München signalisiert der CSU, daß ihr Parteivorsitzender Strauß mit seiner bundespolitischen „Doppelstrategie" bei den Wählern abgeblitzt ist. Man kann nicht, wie es Strauß praktiziert, ungestraft in Bonn eine Koalition eingehen, gleichzeitig aber von München aus nach Kräften Opposition betreiben.

Westfälische Nachrichten

Für die CSU ist die Kiesl-Katastrophe ein Menetekel von beachtlichem Ausmaß. In München nämlich ist nicht nur Erich Kiesl auf die Nase gefallen – der Wähler hat auch offensichtlich der CSU und ihrem Partei-Chef die gelbe Karte zeigen wollen. **(Münster)**

NORDWEST-ZEITUNG

Daß Kronawitter, der von 1972 bis 1978 schon einmal Münchner Oberbürgermeister war, gestern so viel an verlorenem Boden aufholen konnte, wird nicht nur für ihn persönlich eine Genugtuung sein, sondern auch gewichtige Argumentationshilfe für jene Sozialdemokraten weit über München hinaus, die sich auf die Wurzeln ihrer Partei besinnen und den Grund für den erzwungenen Rückzug aus den ehemals „roten Rathäusern" in den parteiinternen Richtungskämpfen suchen. **(Oldenburg)**

Es bleibt beim Theoretiker in der Arzt-Praxis

Die Mediziner-Ausbildung wird nicht den Klinik-Ausbildungsplätzen angepaßt / Von Peter Jentsch

Den Einser-Abiturienten, der kein Blut sehen kann und doch Arzt wird – ihn wird es auch künftig geben. Denn bis zum Sommersemester 1986 öffnet nach wie vor die Abiturnote als wichtigstes Kriterium neben einem Test den Zugang zum Medizinstudium. Ein Vorteil für die Numerus-clausus-Elite der Nation. Ein Nachteil für einen wie Sauerbruch, der mit seinen Noten heute keine Chance auf die Zulassung für's Prestigefach hätte. Doch damit nicht genug.

Bis Ende 1988, wenn eine zweijährige Praxisphase (Arzt im Praktikum) eingeführt wird, werden auch weiterhin Ärzte ihre Approbation erhalten, die im Laufe ihres Studiums weder eine Geburt miterlebt, noch einen entzündeten Blinddarm ertastet haben. Vorsicht, Arzt? Nach Ansicht des Essener Professors Herbert Schriefers rangiert die deutsche Medizinerausbildung „im unteren Drittel des internationalen Qualitätsstandards – noch hinter Korea, Japan und Finnland". Professor Helmut Valentin, Vorsitzender des Medizinischen Fakultätstags, ergänzt: „Die Ausbildungsqualität läßt keine Niederlassung in eigener Praxis nach Beendigung des Studiums zu."

Warum gestattet man den medizinischen Azubis dann, sich nach Beendigung des Studiums in eigener Praxis niederzulassen? Weil wir eine wundersame Studienordnung haben, die nicht an den Interessen der kranken und heilungsuchenden Menschen ausgerichtet ist, sondern an den Interessen der studierenden und traumberufsuchenden Jugend. Das Ausbildungssystem war ursprünglich auf sechstausend Medizinstudenten je Semester ausgelegt. Heute sind es zwölftausend. Für sie gibt es einfach nicht genug Patienten, die dem jungen Arzt die Kenntnisse und Fähigkeiten vermitteln könnten, die er später für seine berufliche Praxis braucht.

Das alles hat natürlich etwas mit der bildungspolitischen Euphorie der Willy-Brandt-Antrittsjahre zu tun: jedem seinen Studienplatz; was daraus wird, sehen wir schon, und wenn die bürgerliche Gesellschaft es nicht verkraften kann, umso schlimmer für die bürgerliche Gesellschaft. Die Folgen – chaotische Zustände an den überfüllten Hochschulen, die keinen geordneten Lehrbetrieb ermöglichen, sowie ein harter Numerus clausus – sind nicht nur Betrug an der Jugend. Im hier angesprochenen besonderen Fall kommt eine Gefährdung der Patienten hinzu.

Man sollte nun meinen, daß die heutige Bundesregierung alles daransetzt, Versäumtes nachzuholen. Doch weit gefehlt. Wie der Staatssekretär Anton Pfeifer im Bundesbildungsministerium erklärte, wird nicht an eine Änderung der Kapazitätsverordnung gedacht. Zu deutsch: Zumindest das Bildungsministerium will an der Überproduktion von reichlich sechstausend nicht ausreichend ausgebildeten Ärzten festhalten, damit knappe und teure Ausbildungskapazitäten vergeuden und damit schließlich auch die Verdrossenheit jener heranwachsenden Ärztegeneration fördern, die nicht in ihrem Beruf tätig werden kann (bereits heute üben von 184 000 Ärzten 32 000 ihren Beruf nicht aus).

Dabei wäre eine Änderung der Kapazitätsverordnung mit dem Ziel einer verminderten Zulassungsrate zum Medizinstudium nicht schwer. Bundesgesundheitsminister Heiner Geißler hat, wie verschiedene Ärzteverbände auch, einen entsprechenden Weg gewiesen: Man müßte die Kapazitätsverordnung an die Ausbildungsbedingungen im klinischen Studienabschnitt (und nicht wie heute an den vorklinischen) anpassen. Das heißt, die Zahl der Studenten hätte sich an der Zahl der Krankenhausbetten bzw. der vorhandenen Patienten zu orientieren und nicht am letzten Hörsaalplatz. Ist dieses Verhältnis erschöpft, kann auch kein Verwaltungsgericht einen weiteren Studienplatz herbeiurteilen.

Diese Lösung bedeutete, daß Medizinstudenten wieder am Patienten ausgebildet werden, daß sie lernen, wie zu verarzten ist, was später als „Fall" auf sie zukommt. Doch nach Pfeifer sollen künftig „Ärzten im Praktikum" (wird im Oktober eingeführt) spezielle „Patienten im Praktikum" behördlich zugeordnet werden, um der Ärzteschwemme Herr zu werden.

Das ist ein schlechter Weg, auch wenn er populär scheinen mag. Das Bildungsministerium sollte sich Geißlers Vorschlag zu eigen machen. Die Ärzteverbände haben bereits klargestellt, daß sie eine generelle Reform des ärztlichen Aus- und Weiterbildungssystems als Prüfstein für eine realistische Gesundheitspolitik dieser Regierung betrachten. Zu Recht: Das, was bisher aus Bonn gekommen ist an Reformvorschlägen, bringt sicher keine bessere Qualität der ärztlichen Vesorgung, sondern führt eher dazu, daß qualifizierte Allgemeinärzte nicht weitergebildet werden können. Hoffentlich fällt kein Minister dieser Regierung einem solchen Arzt in die Hände.

In München hofft nun Kiesl auf die Skifahrer

Wird das Münchner Rathaus wieder zur „roten Festung"? Die Antwort wird erst der zweite Wahlgang zwischen den Oberbürgermeister-Kandidaten Kronawitter und Kiesl bringen. Fest steht aber schon jetzt: Die SPD hat sich erholt.

Von PETER SCHMALZ

Ich glaub',ich träume. Das kann doch alles gar nicht wahr sein." Die Augen lachen hinter der runden Nickelbrille, und der junge Genosse weiß nicht, wohin mit seiner Freude in dieser Nacht. Stürmisch reißt er einen Nebenstehendenmit zu einem Jubeltanz durch den Festsaal des Georg-von-Vollmar-Hauses, der Zentrale der Münchner SPD.

Der Mann, dem diese Freude gilt, sitzt wenige Meter entfernt im Scheinwerferlicht und signiert druckfrische Plakate mit der schwarzen Balkenschrift „Jetzt Georg Kronawitter", die seit Montagmorgen Münchens Straßenränder zieren und den Frühaufstehern signalisieren, daß der Kampf ums Münchner Rathauz zwei Wochen Verlängerung bekommt.

Vor sechs Jahren war Kronawitter persona non grata in diesem Haus, galt den Genossen als „nicht mehr vermittelbar", wurde listenreich von einer heißersehnten Landtagskandidatur abgedrängt und konnte nur mühevoll seine Nominierung zum SPD-Herausforderer des amtierenden CSU-Oberbürgermeisters erzwingen. Diese Vergangenheit der Münchner Sozialdemokraten scheint seit den ersten Hochrechnungen am Wahlsonntag in einem Bermuda-Dreieck verschollen zu sein. „Die Münchner SPD hat den richtigen Kandidaten", sagt Kronawitter selbstbewußt in die Fernsehkameras, und sogar die Genossen klatschen, die sich bisher gewünscht hatten, Kronawitter möge die Partei verschonen und sich mit seiner 8000-Mark-Pension begnügen, die er sich als Vogel-Nachfolger zwischen '72 und '78 auf dem Chefsessel des Münchner Rathauses verdient hat.

Nach leidvollen Jahren der Niederlagen in Bund, Land und Stadt inhaliert die Sozialdemokratie erstmals wieder die Droge Erfolg. „Schorsch" Kronawitter, der das Kürzel seiner Partei mit beharrlichem Optimismus als „Schorsch packt's doch" interpretiert, distanzierte seinen Nachfolger Kiesl bei der Oberbürgermeisterwahl mit einem deutlichen Vorsprung von 3,9 Prozent, nur 1,8 Prozent fehlten ihm, und er hätte das Rathaus auf Anhieb zurückerobert. „Ein enormes Ergebnis", schwärmt selbst der Münchner SPD-Bundestagsabgeordnete Manfred Schmidt, der Kronawitters Kandidatur vehement bekämpft hatte. „Ich *hätte erwartet, daß Kiesl vorne liegt.*" Für die Stichwahl am 1. April hat „Schorsch" nun die Nase vor Kiesl, der vollmundig den Wahlslogan geprägt hatte: „I mog d'Leut und d'Leut mögn mi."

Bei Kartoffelsuppe und Würstl mit Kraut fanden CSU-Wahlkämpfer im Hofbräukeller flugs die Schuldigen am Wahldesaster: Die Skifahrer waren's, die sich von Sonne und Schnee auf die Pisten hatten locken lassen und die dann abends im Stau die Stunde verpaßten, zu der die Wahllokale schlossen. „In zwei Wochen san uns're Skifahrer da, des derfen's glauben, dann pack mas", zeigt sich eine CSU-Anhängerin zuversichtlich. Auch Franz Josef Strauß ermuntert seine Mannen mit dem Hinweis auf die geringe Wahlbeteiligung: „Alles mobilisieren, was zu mobilisieren ist."

Aber auch der CSU-Chef weiß, daß die Zahl der Münchner Wähler an diesem Sonntag nicht außergewöhnlich gering war. Mit 65,1 Prozent liegt sie nur 1,1 Punkte unter dem Ergebnis von *1978* und sogar nur einen Zehntel Punkt hinter dem von 1972. Da sind schon andere Gründe maßgeblich, von denen Strauß noch in der Wahlnacht den wohl wesentlichsten andeutet: Die SPD holt Gelände auf, das ihr die CSU unter günstigsten Umständen abgenommen hatte, sie stellt „die Normallage" wieder her; eine Partei, die im Bund, Land und in den Kommunen die Mehrheit stellt, hat es schwer, neue Wähler anzuziehen.

Betrachtet die CSU das Münchner Ergebnis einmal ohne die nach dem Erfolg von 1978 hochgeschraubten Erwartungen und ohne Berücksichtigung des bis zum 18. März gültigen ungeschriebenen Gesetzes, wonach ein amtierender Oberbürgermeister von keinem Konkurrenten zu schlagen ist, dann kann sie mit der Wählergunst durchaus zufrieden sein. Abgesehen von 1978, als Kronawitter wegen der innerparteilichen Querelen nicht mehr kandidierte und Kiesl mit 51,4 Prozent den SPD-Verlegenheitskonkurrenten Max von Heckel (39,2) abhängte, war nach dem Krieg kein CSU-Bewerber an die 40-Prozent-Marke herangekommen.

Auch bei den Ratssitzen, über die neben der OB-Wahl auf getrennten Stimmzetteln entschieden wird, deren Auszählung wegen des komplizierten bayerischen Wahlrechts in München bis morgen dauern wird, zeichnet sich ein CSU-Ergebnis ab, das, langfristig betrachtet, einen kontinuierlichen Ausbau der eigenen Position bedeutet. Aber auch hier hatte die Wahl vor sechs Jahren – als die SPD sich einem lustvoll betriebenen *Selbstzerfleischungsprozeß hinzugeben* wußte und die CSU innerhalb einer Legislaturperiode von 35,7 auf exakt 50 Prozent hochschnellte – heute unerfüllbare Hoffnungen geweckt. Nach der bisherigen Auszählung liegt die CSU mit 44,5 Prozent deutlich vor der SPD (42,9) und hat gute Aussichten, zumindest die stärkste Partei in dem Rathaus zu bleiben, das nach dem Krieg über drei Jahrzehnte als „rote Festung" galt.

Dennoch kann und wird sich die Partei mit solchen Rechenspielen nicht bescheiden, der Schmerz über den möglichen Machtverlust in München ist zu sehr ein weit über Bayern ausstrahlendes Signal. „Die Bastion München muß gehalten werden", hatte Strauß gefordert.

Im Wahlkampf, der sich ohne beherrschendes Thema hinschleppte, ließ sich Kiesl von seinem Herausforderer mit einer Diskussion über ein angebliches „Baulandgeschenk" an den Münchner Baulöwen Josef Schörghuber ziehen. Aus der komplizierten Materie klaubte sich Kronawitter die Teile heraus, mit denen er das Bild einer die Spekulanten unterstützenden CSU zeichnen konnte, während Kiesl sich in weitschweifige Rechtfertigungen verstrickte. Zu allem Übel glaubte die Münchner CSU auch noch an ein Wahlgeschenk, als die Regierung von Oberbayern just am Freitag vor der Wahl als Aufsichtsbehörde beschied, das Grundstücksgeschäft sei nicht zu beanstanden. Mit Wohlgefallen schlug daraufhin Kronawitter die lokalen Samstagszeitungen auf: Das Thema war noch einmal breit abgehandelt. Ein *CSU-Stadtrat: „Das hat uns noch* manche Stimme gekostet."

Kiesl ist es auch nicht gelungen, während seiner Amtszeit den Verdacht zu zerstreuen, er und die CSU bewegten sich lieber auf dem Parkett der Noblen denn auf dem Pflaster der kleinen Leute.

Kronawitter dagegen nutzte seine Frühpensionärsjahre zur fleißigen Basisarbeit beim Kaffeekränzchen mit alten Leuten und beim morgendlichen Besuch an den Fabriktoren von BMW. Sein Wahlspruch „Wieder ein OB für alle Münchner", blieb offenbar nicht wirkungslos.

Abgeschlagen und enttäuscht blieb der FDP-Bewerber Manfred Brunner auf der Strecke: Trotz hohen Materialeinsatzes bekam er nur 3,6 Prozent, nur sechs Zehntel mehr als der kaum in Erscheinung getretene Kandidat der Grünen, Georg Welsch.

Die CSU will in den nächsten beiden Wochen ihre Wähler mit der massiven Warnung vor einer rot-grünen Mehrheit im Rathaus mobilisieren. Nach den bisherigen Auszählungen verfügen CSU und FDP gemeinsam über 40 Sitze und liegen damit gleichauf mit SPD und Grünen. „Liebe Freunde", ermuntert Erich Kiesl seine Helfer, „das Rennen ist noch nicht gelaufen."



Punktsieg in der ersten Runde: Georg Kronawitter FOTO: DPA

Die Kämpfer der Swapo stecken in der Falle

Die Swapo steht vor ihrem militärischen Zusammenbruch. In zwei bis vier Monaten werden die 800 noch „kurz vor Toresschluß" nach Namibia eingesickerten Guerrillas zerschlagen sein. So sehen südafrikanische Militärs sowie weiße und schwarze Politiker in Windhuk die Lage.

Von BERNT CONRAD

In der letzten Woche sind die Leichen von zwei in West-Kavango getöteten Swapo-Opfern bei mir eingeliefert worden", berichtet Dr. Dries Burger, Chefarzt des Krankenhauses in Rundu, mit bitterer Miene. Der massige Südafrikaner, der sich am Ufer des Okavango, des Grenzflusses zwischen Angola und Südwestafrika, buchstäblich „am Ende der Welt" für die Gesundheit der Schwarzen abrackert, ist nicht mehr so leicht zu beeindrucken. Alle Eingeborenen, die in den letzten Jahren in der nordöstlichen Provinz Namibias von der Swapo umgebracht worden sind – vor allem Frauen und Kinder – haben als letzte Station das Rundu-Hospital passiert.

„Schwangere Frauen waren darunter. Ein Kind wurde lebend verbrannt", berichtet Dr. Burger. Für ihn ist im Blick auf den Terrorismus die Diagnose klar: „Die Leute sollen eingeschüchtert werden, damit sie, wenn es einmal so weit ist, für die Swapo stimmen. Für wen stimmen denn die Schwarzen, für Weiche oder Harte? Wer hart ist, den fürchten sie, den wählen sie aus Angst."

Auch im benachbarten Ovambo-Land, dem Hauptaktionsgebiet der Guerrillas, hat es nach dieser Methode in letzter Zeit neue Opfer gegeben. „Seit den Friedensverhandlungen mit Angola hat der Terrorismus zugenommen. So ist in einer Wasserstelle eine Mine explodiert. Ergebnis: Verluste unter Zivilisten. Oft trifft es Kinder, die Handgranaten anfassen und verletzt werden", konstatiert Ännchen Parkhaus, die couragierte Oberschwester des Krankenhauses in Oshakati.

Demnach ist die Lage südlich der Grenze als Folge der mit der angolanischen Regierung vereinbarten Waffenruhe eher schlechter als besser geworden? Nichts könnte falscher sein alsdiese Schlußfolgerung. Tatsächlich sind alle Sachkenner „vor Ort" mit den Militärs und Politikern in der Hauptstadt Windhuk einig, daß es sich hier um ein letztes Aufbäumen der Swapo vor ihrem endgültigen militärischen Kollaps handelt.

„Die sind auf ihren Knien. Sie bekommen von ihren Verbündeten kein Geld mehr, wenn sie keinen Frieden machen", meint Frau Parkhaus, die selbst Gespräche mit der Swapo, durchaus nicht scheut. Noch sieht man in Oshakati die zum Schutz gegen Landminen eiförmig konstruierten gepanzerten Transportwagen durch die Straßen rattern. Überall patroullieren Wachen. Doch die Stimmung der Verantwortlichen im Ovambo-Land ist gelassen. Sie akzeptieren, was uns in Windhuk der südafrikanische General-Administrator van Niekerk mit Nachdruck erklärt: „Unsere Sicherheitskräfte werden in der Lage sein, die eingesickerten Swapo-Kämpfer zu zerschlagen."

Einen Kilometer von Niekerks Büro entfernt, im südafrikanischen Armee-Hauptquartier, analysiert Intelligence-Experte Oberstleutnant du Plessis kühl die Situation. Nach seiner Einschätzung hat die angolanische Regierung kurz vor Inkrafttreten des Abkommens mit Südafrika entweder die Swapo aus der neu geschaffenen Sicherheitszone im Süden des Landes hinausgeworfen oder ihr geraten, sich noch rechtzeitig nach Südwestafrika abzusetzen. So sind 700 bis 800 Guerrillas über die Grenze gekommen.

Ihre Lage aber ist hoffnungslos. Sie haben keine Verbindung mehr zu ihren Basen in Mittel-Angola. Sie können nicht, wie bisher, nach Angola zurückflüchten. Sie erhalten keinen Nachschub, sondern müssen mit dem kämpfen, was sie haben. Du Plessis gibt den auf sich gestellten Terroristen noch höchstens drei bis vier Monate. Allein in der letzten Woche sind 30 Swapo-Leute getötet worden. Die Kampfweise der Infiltranten gilt als ineffektiv: *„Die greifen Grenzposten* an, schießen dabei aber so weit daneben, daß unsere Männer den Angriff nicht einmal bemerken."

Geradezu sensationell wirkt die Mitteilung des Oberstleutnants, daß vor ein paar Tagen zum erstenmal angolanische und südafrikanische Soldaten in der Sicherheitszone gemeinsam Swapo-Guerrillas beschossen und dabei zwölf getötet haben. Die Truppen gehörten zu den je drei südafrikanischen und angolanischen Kompanien, die zusammen das süd*angolanische Territorium kontrollieren*, das von der Swapo nicht mehr betreten werden darf.

Nach Angaben amerikanischer Experten in Windhuk schirmen die Truppen der Regierung von Luanda sogar die nördlich der Sperrzone gelegenen Lager der Swapo ab, um jede Infiltration nach Süden zu verhindern. Daß sie das ernst meinen, bezweifelt bei den Südafrikanern niemand. Ob das Regime des Ministerpräsidenten Dos Santos allerdings Sam Nujomas Leute wirklich kontrollieren kann, wagt ein Skeptiker wie du Plessis nicht vorherzusagen.

Die Swapo jedenfalls betrachtet die Haltung ihrer langjährigen angolanischen Freunde, wie ein Funktionär des internen Parteiflügels in Windhuk verbittert feststellt, als „Verrat". Dementsprechend depressiv ist die psychologische Verfassung der einst so siegessicheren Untergrundkämpfer.

Genau in dieser Lage hat Südafrika zur allgemeinen Überraschung den seit 16 Jahren auf der Robbeninsel bei Kapstadt inhaftierten Swapo-Gründer Herman Toivo ya Toivo sozusagen als Zeitbombe mit Zielrichtung Nujoma freigelassen. „Toivo wollte erst gar nicht heraus. Ich mußte ihn förmlich dazu überreden", versicherte General-Administrator van Niekerk schmunzelnd. In Windhuk schirmten Swapo-Funktionäre den fast schon legendären Vorgänger Nujomas nach seiner Entlassung hermetisch von der Außenwelt ab, ließen ihn nicht einmal auf der Kaiserstraße spazieren gehen und flogen rasch mit ihm zu Nujoma nach Lusaka.

Dort nahm ihn zum Ärger der moskautreuen Funktionäre Sambias Staatspräsident Kenneth Kaunda unter seine Fittiche, dem amerikanische wie südafrikanische Diplomaten gleichermaßen hohes Lob für seine positive Rolle im Friedensprozeß zollen. „Ministerpräsident Botha will Frieden. Du kannst ihm trauen", soll Kaunda dem freigelassenen Toivo zugerufen haben. Ob Südafrikas Rech*nung allerdings aufgehen, Toivo den* aggressiven Nujoma abzulösen und dann einen vernünftigeren Kurs steuern wird, muß abgewartet werden. Ein zusätzliches Problem hat sich der jetzige Swapo-Chef damit sicher eingehandelt.

Die internen Parteien in Windhuk – besonders, der vor Jahren von Nujoma in sambische und später tansanische Haft „abgeschobene" einstige Swapo-Kämpfer Andreas Shipanga – aber sind hoffnungsvoll wie nie zuvor. Ihre Rechnung sieht so aus: Die *Swapo hat den militärischen Kampf* praktisch schon verloren. Deshalb wird Nujoma „an den Friedenstisch gezwungen werden" (Shipanga). Das heißt, den gescheiterten Guerrillas wird nichts anderes übrig bleiben, als sich an den Verfassungsvorarbeiten der in Windhuk tagenden „Multi-Party-Conference" (MPC) zu beteiligen.

Alle Parteien – von dem persönlich etwas resigniert wirkenden DTA-Chef Dirk Mudge bis zu dem dynamischen Vorsitzenden der schwarzen *South West African National Union* (Swanu), Katjiuongua – sind bereit, einen derart „geläuterten" und auf Gewalt verzichtenden Nujoma in ihrem Kreis zu akzeptieren. Der General-Administrator verkündet hochgemut: „Wenn Nujoma zur MPC nach Windhuk kommen wollte, würden wir ihm dies nicht nur gestatten, sondern ihn wie Gold behandeln – was seine Sicherheit betrifft."

In den Windhuker Kulissen scheint sich eine Entwicklung anzubahnen, die dazu führen könnte, mit Hilfe ei*nes später auch die Swapo umfassenden* „nationalen Konsens" Wahlen praktisch überflüssig zu machen. Sollte eine derartige Einheitsliste von den afrikanischen „Frontstaaten" abgesegnet werden, würde wohl auch die UNO – wie man in MPC-Kreisen meint – keine Einwände erheben können.

Im Gespräch ist andererseits ein Zusammenschluß aller demokratischen Kräfte in einer „United Party for Independence, Liberty and Democracy in Namibia" als aussichtsrei*chem Gegenspieler der Swapo.* Was dabei auch herauskommen mag – die Dinge in Südwestafrika sind in Bewegung geraten.



Streitmacht gegen den Terror: Südafrikanischer Offizier bei der Ausbildung schwarzer namibischer Soldaten FOTO: CAMERA PRESS

Die „Therapeuten" von der Gewerkschaft

Seit einem halben Jahr arbeitet im Hamburger *Haus des DGB* eine Beratungsstelle für Arbeitslose. Ihr Ziel ist es, den vielfachen Druck auf Erwerbslose zu mildern, damit aus wirtschaftlichen nicht zusätzlich gesundheitliche Probleme werden.

Von HERBERT SCHÜTTE

Die Arbeitslosigkeit bedeutet mehr als ein finanzielles Problem – sie macht den Menschen physisch und psychisch krank." Dieser bitteren Diagnose, die Jan Sierks, Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Nordmark stellt, folgte in Hamburg eine Therapie. Die vier „Therapeuten", die hier tätig sind, waren selbst zwischen zehn Monaten und drei Jahren arbeitslos: der gelernte Rechtsanwaltsgehilfe Otto Kammeyer, der Kaufmann Helmut Diekwisch, der Diplom-Sozialarbeiter Torsten Borchardt und Johannes Stark, Kapitän auf großer Fahrt, doch jetzt ein Seemann ohne Schiff.

Wer kommt, wird hier beraten, er muß nicht in der Gewerkschaft sein. Das gilt für fast jeden zweiten. Vier von zehn Arbeitslosen, die im Gewerkschaftshaus, nur knapp 200 Meter vom Arbeitsamt entfernt, Hilfe suchen, sind Ausländer. Vor einigen Tagen wurde der 1000. Arbeitslose in die Kartei eingetragen: mit einem Antrag auf Umschulung.

Ratenzahlungen, Mietkündigungen, Wohngeldanträge, Bewerbungsanleitungen – für Ratgeber Helmuth Diekwisch breiten nach eigenen Worten die Klienten ihre „ganze psychosoziale Situation" aus. Man merkt an dieser Formulierung, daß die vier Berater auch die Sozialbehörde durchlaufen haben und das Fach-Vokabular an ihnen hängengeblieben ist.

Genauso hilfreich wie die Kenntnis des Arbeitsförderungsgesetzes, des Bundessozialhilfegesetzes und der „kurzen Dienstwege" zwischen Beratungsstelle und Behörden ist für Diekwisch und seine Kollegen die eigene Erfahrung als Arbeitsloser. Da kann man nachempfinden, warum eine 60jährige Küchenhilfe davon spricht, daß sie sich aufhängen will. Eine Frau, die von 754 Mark Arbeitslosenhilfe leben muß, von denen 392 Mark für die Miete draufgehen. „Wir haben für sie Sonderleistungen, zum Beispiel Kleidergeld, beantragt", sagt Diekwisch. „Außerdem schickten wir sie zur Arbeiterwohlfahrt, damit sie mit anderen Menschen zusammenkommt, denn ihr fällt sonst die Decke auf den Kopf." Da ist die 22jährige Erzieherin, die mit den Kindern ihres Heimes nicht mehr fertig wird und jetzt – von der Jugendbehörde gekündigt – auf Fremdsprachen-Korrespondentin umschulen will.

Häufig stehen die Therapeuten auch dem stufenweisen Fall aus dem Wohlstand ins finanzielle Abseits gegenüber: bei dem Maschinenbau-Fachmann der Howaldtwerke/-Deutsche Werft (HDW) zum Beispiel, der wenige Tage nach seinem 40jährigen Firmenjubiläum den Computer-geschriebenen Kündigungsbrief erhielt. Diekwisch: „Der Mann hatte zuletzt monatlich netto 4000 Mark. Jetzt bekommt er den Höchstsatz von 2400 Mark Arbeitslosenunterstützung. Das geht vielleicht noch. Aber ein Jahr nach der Kündigung gibt es nur noch Arbeitslosenhilfe. Wenn er nichts findet, muß er sein Häuschen abstoßen – das ist für ihn jetzt schon programmiert. Damit fällt das ganze Kartenhaus seines Lebensstandards zusammen."

Rund 80 600 Arbeitslose waren Ende Januar in Hamburg registriert. Diekwisch hält die reale Zahl für weit höher, er schätzt sie auf 130 000. „Die Leute, die dem Arbeitsmarkt nach gesetzlicher Definition 'nicht mehr zur Verfügung' stehen, stecken in keiner Statistik", begründet er seine Vermutung. Allein im Berufsförderungswerk werden gegenwärtig rund 1600 Arbeitslose geschult; sie sitzen für zwei oder drei Jahre im Lehrsaal. Viele Jugendliche, die vergebens einen Ausbildungsplatz suchten, verschwinden aus der Statistik. Diekwisch betont: „Wir müssen zur offiziellen Arbeitslosenzahl alles draufpacken, was in irgendwelchen Fortbildungsmaßnahmen aufbewahrt wird."

Ob das was bringt? Der Arbeitslosen-Therapeut hat Zweifel: „Fortbildung kann man mit einem Theatersaal vergleichen – wenn ich schlecht sehe, steige ich auf den Stuhl", so meint er. „Aber was nützt das, wenn alle auf die Stühle steigen?"

Für Honeckers Besuch ein „Omnibus-Gesetz“

EVI KEIL, Bonn

Sollten SED-Chef Erich Honecker und Mitglieder der SED-Führung im Herbst dieses Jahres auf Einladung von Bundeskanzler Helmut Kohl die Bundesrepublik besuchen, so könnte es passiren, daß „irgend ein wildgewordener Staatsanwalt“ – so ein Bonner Regierungsmitglied – gegen die Repräsentanten der „DDR“ wegen des Schießbefehls an der Mauer und der Demarkationslinie Mordanklage erhebt und Honecker verhaften lassen will. Um diese delikate Rechtslage aus der Welt zu schaffen, entsandte Bundesjustizminister Hans Engelhard seinen Staatssekretär Klaus Kinkel mit einem Koalitionsauftrag in den Rechtsausschuß des Deutschen Bundestages. Der Ausschuß soll möglichst geräuschlos für eine Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes sorgen, um sicherzustellen, daß niemand von der „DDR“-Delegation bei dem bevorstehenden Besuch verhaftet werden kann.

Diese Frage bewegt den Rechtsausschuß nicht erst seit heute. Das Problem wird erörtert, seit sich ein Besuch Honeckers in der Bundesrepublik abzeichnet. Die verkürzte Legislaturperiode sowie angebliche Widerstände – seinerzeit aus der CSU, die damals an einem Honecker-Besuch weniger interessiert zu sein schien – schoben die Gesetzesänderung auf eine lange Bank.

Um die Angelegenheit möglichst unauffällig zu erledigen, suchten die Mitglieder des Rechtsausschusses nach einem „Omnibus-Gesetz“, an das die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes angehängt werden soll. Der „Omnibus“ wurde gefunden. Die eingebrachte Änderung, welche die „DDR“-Gäste von der deutschen Gerichtsbarkeit befreien wird, soll an das Bundeszentralregistergesetz angehängt werden. Spätestens in der nächsten oder übernächsten Sitzung des Ausschusses will man sich in einer „Allparteien-Koalition“ in dieser Frage einig werden.

„DDR“ nicht Ausland

Ein Regierungsmitglied begründete diese Absicht gegenüber der WELT: „Kanzler Kohl kann nicht auf Versöhnung machen und Strauß kann sich nicht als Oberzampano der deutsch-deutschen Verhältnisse präsentieren, wenn man Herrn Honekker mit der Unsicherheit einreisen läßt, daß er auf Grund des Schießbefehls an der Mauer oder auf Grund der Verhältnisse in den „DDR“-Zuchthäusern des Mordes angeklagt wird.“

Die Befreiung von der deutschen Gerichtsbarkeit gilt bislang nur für ausländische Staatsgäste, für ausländische Diplomaten, aber auch für die in der Bundesrepublik Deutschland stationierten ausländischen Truppen. Da die Bundesrepublik den anderen Staat in Deutschland, die „DDR“, nicht als Ausland anerkennt, unterliegen nach wie vor alle „DDR“-Bürger der von der Bundesrepublik ausgeübten deutschen Gerichtsbarkeit. Die geplante Änderung des Gerichtsverfassungsge- setzes wird jedoch so gestaltet, das bestätigte ein CSU-Bundestagsabgeordneter als Mitglied des Rechtsausschusses der WELT ausdrücklich, „daß die 'DDR' auch weiterhin für uns nicht Ausland ist und daß Honecker nicht als ausländischer Repräsentant einreist“.

„Handschellengesetz“

Das Problem, mit dem sich der Rechtsausschuß herumschlägt, ist alt. Am 23. Juni 1966 verabschiedete der Bundestag ein Gesetz, das es dem damaligen „DDR“-Staatsratsvorsitzenden Ulbricht ermöglichen sollte, im Zuge eines innerdeutschen Redneraustausches nach Hannover zu kommen. Es handelte sich um das Gesetz über eine befristete „Freistellung“ von der deutschen Gerichtsbarkeit. Dieses Gesetz wurde auf Wunsch der SPD geschaffen, um, wie es hieß, eine ungehinderte Einreise von SED-Funktionären zu ermöglichen, gegen die in der Bundesrepublik bereits Haftbefehle „wegen schwerer politischer Verbrechen“ vorlagen. Die SED sprach wütend vom Bonner „Handschellengesetz“, das sie „einen Verstoß gegen das Potsdamer Abkommen und gegen die UN-Charta“ nannte. Die SED-Funktionäre sagten den geplanten Redneraustausch mit den Sozialdemokraten ab.

Der von der SED damals erhobene Vorwurf der „Diffamierung“ stellte sich wieder bei der innerdeutschen Begegnung im Mai 1970 zwischen dem damaligen Bundeskanzler Willy Brandt und dem „DDR“-Ministerpräsidenten Willi Stoph in Kassel. Um das Kasseler Treffen zu ermöglichen, hob der Bundestag auf Druck der „DDR“ vor der Begegnung das Freistellungsgesetz auf.

In Kassel begann Stoph die Gespräche mit einer „Protesterklärung“, in der er vortrug, daß „in der BRD ein ganzes System von Gesetzen, Urteilen und sonstigen staatlichen Handlungen besteht, mit denen sich Regierungsorgane und Gerichte der BRD völkerrechtswidrig über die Staatsgrenzen der Bundesrepublik hinaus Rechte und Zuständigkeiten gegenüber der DDR und ihren Bürgern anmaßen“. Er fügte hinzu, „die Gesetzgebung und Rechtsprechung der BRD ist völlig unvereinbar mit dem Grundsatz der souveränen Gleichheit der Staaten“.

Eine Rentenreform bei leeren Kassen

Die Hinterbliebenen-Versicherung muß neu geregelt werden / Benachteiligung der berufstätigen Frau

GISELA REINERS, Bonn

Die Reform der Hinterbliebenenversicherung wird sich – wie immer sie auch ausfällt - zum Nachteil der berufstätigen Frau mit eigenem Rentenanspruch auswirken. Allerdings, so meint man im Bonner Arbeitsministerium, wird die Benachteiligung nach dem Anrechnungs-Modell weniger stark ausfallen als nach dem Teilhabe-Modell, welches lange Zeit von vielen Partei- und Gesellschaftsgruppen favorisiert worden war.

Das Dilemma entsteht dadurch, daß unter dem Druck eines Urteils des Bundesverfassungsgerichts noch in diesem Jahr über die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht entschieden sein muß („84er Reform“) – und dieser Entscheidungszwang in eine Zeit fällt, in der die Rentenkassen leer sind und ihre Finanzen zugunsten der Haushaltsanierung bis auf letzte Reserven abgemagert worden sind. Eine Neuregelung, die vorsieht, daß Männer auch Rente aus der Anwartschaft ihrer verstorbenen Frau beziehen können, muß also kostenneutral sein, d.h. die Staatskasse darf auf keinen Fall mit zusätzlichen Zahlungen belastet werden.

Sah das Teilhabe-Modell vor, dem Hinterbliebenen 70 Prozent der gemeinsam in der Sozialversicherung erworbenen Rentenansprüche zu zahlen, so soll nach dem Anrechnungs-Modell Rente aus der Anwartschaft des Partners nur dann voll gezahlt werden, wenn die eigene Rente oder das eigene Einkommen einen Freibetrag von 900 Mark nicht übersteigt. Ein eventuell überschießender Betrag wird dann zu 40 Prozent auf die Hinterbliebenenrente angerechnet, diese also entsprechend gekürzt.

Im Arbeitsministerium lobt man an diesem Lösungsmodell seine Kostenneutralität, den geringeren Verwaltungsaufwand und die Tatsache, daß daurch wesentlich weniger Frauen benachteiligt würden als nach dem Anrechnungs-Modell. Vier Millionen Witwen gebe es, die Hinterbliebenenrente aus der Versicherung ihres Mannes bezögen. Für 2,2 Millionen von ihnen würde sich nichts ändern, weil sie ausschließlich von den 60 Prozent der Mannesrente leben, die ihnen nach geltendem Recht schon zustehen.

Von den restlichen 1,8 Millionen Witwen würden nur zehn Prozent durch die Änderung berührt, weil bei ihnen der Freibetrag von 900 Mark netto im Monat nicht überstiegen werde. Von den 250 000 Frauen mit eigenem Einkommen und z.B. einer kleinen Witwenrente von 200 bis 300 Mark würden rund 80 Prozent betroffen. Dennoch seien es weniger als beim Teilhabe-Modell.

Unzumutbare Belastung

Das Teilhabe-Modell hätte unter Berücksichtigung aller Übergangsfristen und zur Vermeidung von sozialen Härten rund eine Milliarde Mark gekostet. Die gesamte Einführung hätte Mehrkosten von bis zu zwei Milliarden verursacht und später eine Beitragssatzerhöhung von 0,3 Prozent erfordert.

Außerdem hätten sich mehr Frauen mit eigener Rentenanwartschaft schlechter gestanden. Das sei auch deshalb nicht akzeptabel, weil langfristig die Zahl der Frauen mit eigener Versicherung steigen werde. Nach der 70-Prozent-Lösung hätten Frauen schon Einbußen erlitten mit einer Versicherungszeit von nur acht Jahren zum Durchschnittssatz. Jede Frau, deren eigene Anwartschaft mehr als 14 Prozent von der ihres Mannes beträgt, hätte Einbußen erlitten, das wären 1,2 Millionen Witwen mit eigener Rente gewesen. – Eine Senkung des Prozentsatzes auf etwa 65 Prozent der gemeinsamen Ansprüche hätte die berufstätigen Frauen in noch unzumutbarerer Weise belastet.

Die Hinterbliebenenrente habe Unterhaltsersatz-Funktion, wird argumentiert. Deshalb entfalle sie bei Wiederheirat, weil dann der neue Partner unterhaltspflichtig sei. Eine Einkommensanrechnung sei systemkonform; beim Mann sei sie schon immer angewendet worden, denn er habe nach geltendem Recht nur Anspruch auf Rente aus der Versicherung seiner Frau, wenn sie vorwiegend die Familie ernährt habe. Habe er ausreichend eigenes Einkommen, erhalte er nichts. Ähnlich sei es beim Hinzuverdienst bei Bezug von vorgezogenem Altersruhegeld. Es sei also Rechtens, Erwerbs- und Erwerbsersatzeinkommen auf den Rentenbezug anzurechnen, wobei allerdings die Anrechnung von letzterem noch eingeschränkt werden könne. So sei es heute schon klar, daß Kriegsopfer-Renten nicht angerechnet werden sollten.

Nicht angerechnet werden sollen auch die Betriebsrenten. Darüber besteht offensichtlich schon Klarheit, weil die Verfassungsjuristen der Bundesregierung deutlich gemacht haben, daß hier Karlsruhe Schwierigkeiten machen könnte. Die Arbeitnehmervertreter in der Angestelltenversicherung hatten sich ganz entschieden gegen deren Einbeziehung gewandt. Außerdem gibt es auch hier viele Manipulationsmöglichkeiten, die voraussichtlich in einer Koalition von Arbeitnehmern und Arbeitgebern genutzt würden. Auch die Zusatzversorgung aus dem öffentlichen Dienst, die den Charakter einer Betriebsrente hat, soll nicht einbezogen werden.

Umstritten ist noch die Einbeziehung der berufsständischen Versicherungen in die Anrechnung. Hier herrscht noch Unsicherheit der Verfassungsjuristen. In der Koalition dagegen hat man sich geeinigt, daß die Einbeziehung der berufsständischen Versicherung kein Tabu sein soll. Das bedeutet, Leistungen aus derlei Versorgungswerken, Beamtenpensionen und Knappschaftsrenten können teilweise auf die Hinterbliebenenrenten angerechnet werden. Eine Zeit lang hatte die FDP versucht, ihre Anhänger unter den Freiberuflern und Selbständigen unberührt von diesen Änderungen zu lassen.

Laufende Rente unberührt

Zur Zeit gibt es rund 200 000 berufsständisch Versicherte. Davon sind 60 Prozent abhängig beschäftigt. Wenn sich jemand aufgrund der berufsständischen Versicherung von der Sozialversicherung befreien lassen könne, sei eine Anrechnung auf den Rentenbezug denkbar, denn dann handele es sich eindeutig um eine Zusatzversicherung, war argumentiert worden.

Nach den Plänen der Regieung soll die Reform auf jeden Fall erst auf Rentenneuzugänge in der Zeit nach dem Inkrafttreten des neuen Gesetzes wirksam werden, laufende Renten also nicht berühren. Es muß also keine Witwe, die jetzt schon Rente aus der Versicherung ihres Mannes und aus der eigenen bezieht um eine Schmälerung ihrer Einkünfte fürchten.

In der Sicherheitspolitik den Konsens verloren?

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Die Außen- und Sicherheitspolitik der Bundesrepublik wird nicht mehr von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung unterstützt. Diesen sogenannten Verlust an Konsens in einem wesentlichen Teilbereich der Bonner Politik bezeichnete Professor Werner Kaltefleiter bei der Tagung des „Strategie-Forums“ als Ergebnis eines vielfältigen politischen Führungsverfalls, für den einzelne Personen oder Parteien allerdings kaum direkt verantwortlich gemacht werden könnten.

Als wesentliche Ursachen nannte der Professor von der Kieler Universität, an der er das erste und einzige Hochschulinstitut für Sicherheitspolitik leitet, die „leichtfertige Hinnahme“ von Diktatoren als Partner in der NATO, die „leichtfertige Überbewertung der sogenannten Entspannungspolitik“ sowie den „leichtfertigen Verzicht“ des westlichen Verteidigungsbündnisses auf die Entwicklung angemessener Defensivsysteme militärischer Art.

Das „Deutsche Strategie-Forum“ unter Leitung des Botschafters a. D. Domröse hat seine zweite Tagung unter das Thema „Verstärkung der Vorneverteidigung der NATO“ gestellt. Dazu sind namhafte Fachleute aus Wissenschaft und Politik aus den USA und der Bundesrepublik zwei Tage in Bonn zu einer Konferenz zusammengekommen. Zum Auftakt sprach Professor Kaltefleiter.

Seine Thesen über den „Konsensverlust“ in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik erregten auf der Konferenz großes Aufsehen. Kaltefleiter, der lange Erfahrung mit demoskopischen Methoden hat, vertrat die Ansicht, es sei in einer Massendemokratie hilfreich, die handelnden Politiker zu Symbolen und Deutungsmustern für eine bestimmte Politik zu machen. Diese „Personalisierung von Politik“ erleichtere es, „das Spannungsverhältnis von Kompetenz und Konsens zu überwinden“. Dies übersähen Horst Ehmke und Kurt Biedenkopf, die einen Gegensatz zwischen „realer und legaler Mehrheit“ konstruierten.

Da in der Bundesrepublik „Meinungsbilder zu Einzelthemen“ nicht durch Abstimmung, sondern lediglich durch repräsentative Befragungen zustande kommen, ist es für Kaltefleiter korrekter, „von erfragter, statt von realer Mehrheit zu sprechen“. Nachdrücklich stellte der Professor in Frage, daß derartige Befragungen zu Einzelthemen der Politik ein „Meinungsbild“ ergäben: „Die Antworten, die man auf entsprechende Fragen bei einer Repräsentativuntersuchung bekommt, sind Reflexe der Fragen selbst, vielleicht gefiltert durch die jeweilige Parteiidentifikation.“ Wahlen hingegen seien nicht das Ergebnis einer gebündelten Abstimmung über verschiedene Sachfragen, sondern die „Artikulation von Vertrauen“, unterstrich Kaltefleiter. Deshalb sei auch die Bundestagswahl vom März 1983 kein Plebiszit über den Vollzug der Nachrüstung gewesen, „sondern ein breiter Vertrauenskredit für die von Kohl geführte Regierung, nicht mehr, aber auch, was wichtiger ist, nicht weniger“.

Hinsichtlich der Sicherheitspolitik droht in der Bevölkerung nach Kaltefleiter in folgenden Fällen ein Vertrauensverlust: Die Politik zur Sicherung der Freiheit dürfe nicht zu Mitteln greifen, die mit den eigenen Ordnungsprinzipien unvereinbar seien, etwa durch die Zusammenarbeit mit zeitweiligen Diktaturen wie Spanien oder die Türkei. Zum anderen dürfe die Politik nicht so tun, als sei mit kommunistischen Diktaturen langfristig „stabiles friedliches Nebeneinander“ möglich. Die Folge sei, daß von der Bevölkerung die Bedrohung kaum noch wahrgenommen werde. Schließlich müsse sich die eigene Politik bemühen, das Vertrauen in die Verteidigungsstrategie zu erhalten.

Sudan-Krise: Awacs nach Ägypten verlegt

DW. New York/Kairo

Offenbar als Zeichen ihrer Entschlossenheit, Sudan gegen libysche Übergriffe und Bedrohungen zu unterstützen, haben die Vereinigten Staaten beschlossen, zwei Frühwarn- und Aufklärungsflugzeuge vom Typ Awacs nach Ägypten zu verlegen. US-Präsident Reagan hat nach einer Mitteilung des amerikanischen Verteidigungsministeriums diese Entscheidung auf ausdrücklichen Wunsch der ägyptischen und sudanesischen Regierung getroffen. Die US-Maschinen würden im ägyptischen Luftraum bleiben.

Sudan hat den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen um die Einberufung einer Dringlichkeitssitzung ersucht, auf der der Luftangriff eines libyschen Flugzeuges auf die Rundfunkstation in der sudanesischen Stadt Omdurman erörtert werden soll (WELT v. 19. März). Nach einer Meldung der staatlichen sudanesischen Nachrichtenagentur hat der Staatsminister im Außenministerium, Mustafa Abbascher, am Sonntag die arabischen Botschafter zu sich gebeten, um sie über den Schritt seiner Regierung zu informieren. Abbascher deutete dabei an, Khartum erwäge, sich auch bei der Arabischen Liga in Tunis zu beschweren.

„Sowjets und GIs sollen abziehen“

CHR. GRAF SCHWERIN, Kiel

Eine Delegation der schleswig-holsteinischen SPD wird im April in Neubrandenburg mit dem dortigen SED-Bezirk Gespräche über Fragen der Sicherheits- und Abrüstungspolitik führen. Zu diesem von Egon Bahr vorbereiteten Treffen habe die SED-Führung „grünes Licht“ gegeben, erklärte der schleswig-holsteinische SPD-Landesvorsitzende und Bundestagsabgeordnete Günther Jansen auf einer Veranstaltung seiner Partei über sicherheitspolitische Alternativen in Neumünster.

Ziel dieser alternativen Verteidigungsstrategie sei nach Jansens Auffassung der Abzug der amerikanischen und sowjetischen Truppen in beiden Teilen Deutschlands sowie die Schaffung eines chemie- und atomwaffenfreien Europa. Darüber solle in Neubrandenburg mit der Bezirks-SED gesprochen werden, dieses entspreche dem von Egon Bahr erarbeiteten Leitantrag des SPD-Bundesvorstandes zum Essener Parteitag.

DIE WELT (usps 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the U. S. A. is US-Dollar 365,00 per annum. Second class postage is paid at Englewood, N.J. 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: Send address changes to German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs NJ 07632.

Hongkong: Peking läßt London wenig Spielraum

Möglich sind nur noch Konzessionen für die Bevölkerung

FRITZ WIRTH, London

Die britische Regierung hat auch über die zehnten Hongkong-Gespräche einen „eisernen Vorhang" des Schweigens herabgelassen. Es gab bisher offiziell keine Zwischenbilanzen, und selbst die Informationen für das Unterhaus blieben karg und dürftig.

Dort aber werden am Ende die letzten Entscheidungen fallen. Denn Premierministerin Margaret Thatcher ist beispielsweise nicht in der Lage, freihändig die Souveränität über Hongkong aufzugeben. Dazu ist allein das Parlament befugt.

Insgesamt hat sich das Gesprächsklima seit Frau Thatchers Auftaktgesprächen vor 18 Monaten in Peking erheblich entspannt. Die britische Premierministerin, damals noch mit frischem Falkland-Ruhm behangen, war nach zuverlässigen Informationen aus Whitehall etwas zu forsch und zu schlecht vorbereitet in diese Gespräche gegangen.

Inzwischen sind ihre Haltung und das gesamte Klima der Gespräche wesentlich realistischer. Frau Thatcher hat den besten China-Kenner im Lande, Botschafter Sir Percy Cradock, aus Peking abgezogen und zu ihrem persönlichen Berater in Downing Street gemacht. Auch die Chinesen haben inzwischen einige Topleute aus ihrer Verhandlungsdelegation abgezogen und durch mittlere Beamte ersetzt. Das läßt den Schluß zu, daß es in den gegenwärtigen Verhandlungen nicht mehr um bedeutende Grundsatzfragen geht, sondern um Detailfragen unterhalb dieser Ebene, beispielsweise künftige Rechtssysteme, die Gültigkeit von Geschäftsverträgen nach 1997, wenn die britische Herrschaft über die Kolonie ausläuft, und die Regelung von längerfristigen Eigentums- und Grundstücksfragen.

Entgegen vielfachen Gerüchten und Spekulationen hat die britische Regierung in den Hongkong-Verhandlungen niemals ernsthaft die Souveränitätsfrage nach 1997 diskutiert. In Whitehall hatte man erkannt, daß Peking in diesem Punkt nicht mit sich reden ließ.

Dagegen hatten die Briten zumindest in den ersten sechs bis acht Verhandlungsrunden gehofft, den Chinesen suggerieren zu können, daß Großbritannien nach 1997 noch in der Verwaltung Hongkongs eine Rolle spielen könnte. Hoffnung dazu hatte das „Macao-Beispiel" gegeben, das nach der portugiesischen Verfassung „chinesischer Besitz unter vorübergehender portugiesischer Verwaltung" ist.

Die Chinesen jedoch lehnten ab. Nach ihrer Vorstellung wird Großbritannien in 13 Jahren in Hongkong wie jede andere Nation vertreten sein – durch einen Generalkonsul. Den Briten bleibt deshalb kaum noch großer Verhandlungsspielraum. Sie haben jetzt lediglich noch die Möglichkeit, den Chinesen Konzessionen abzuringen, die den gegenwärtigen „way of life" der Bewohner Hongkongs nach 1997 keinen zu radikalen Änderungen unterwirft.

Nach den bisher vorliegenden Informationen hat Peking über den Status von Hongkong nach dem Abzug der Briten folgende Vorstellungen:

1. Hongkong wird weiterhin von einem Gouverneur verwaltet, der ein Bürger Hongkongs sein muß. Die Insel wird mindestens bis zum Jahre 2047 eine von Peking unabhängige Verwaltungseinheit mit eigener Währung sein. 2. Das kapitalistische Wirtschaftssystem wird mindestens für 50 Jahre beibehalten. 3. Die Bürger Hongkongs haben freien Zugang zum chinesischen Mutterland. 4. Das bisherige britische Rechtssystem soll, mit geringen Änderungen, beibehalten werden.

Während Hongkong in der britischen Öffentlichkeit und im Parlament bisher kein Thema war, beobachtet man in London mit einiger Sorge die wachsende Unruhe unter der Bevölkerung der Kronkolonie. Deren Anliegen werden seit einiger Zeit immer nachdrücklicher vom „Legislative Council" Hongkongs formuliert, dem zwar ungewählten, aber dennoch bedeutendsten Diskussionsforum der Kolonie, dessen 18 „offizielle" Mitglieder vom Gouverneur ernannt werden.

Dieser „Council" hat in der letzten Woche die Regierungen in London und Peking aufgefordert, ihm die Chance zu geben, ein künftiges Hongkong-Abkommen zu debattieren. In diesem Zusammenhang wird von den beunruhigten Bürgern Hongkongs immer häufiger das Beispiel der Falklands genannt, dessen Bewohnern Frau Thatcher wiederholt und ausdrücklich ein Mitspracherecht über ihre eigene politische und verfassungsrechtliche Zukunft eingeräumt hat. In London weist man jedoch darauf hin, daß Vergleiche mit den Falklands unzutreffend und fehl am Platze seien.

El Salvadors Krieg ist ohne Sieg

Weder die Armee noch die Rebellen konnten in fünf Jahren eine Wende herbeiführen

W. THOMAS, San Salvador

Jose Napoleon Duarte, der Präsidentschaftsbewerber der salvadorianischen Christdemokraten, hört im Wahlkampf immer wieder die gleiche Frage: Wie lange wird dieser Krieg noch dauern? Seine Antwort: „Noch mindestens drei Jahre." Er meint aber auch: „Ich registriere eine allgemeine Kriegsmüdigkeit. Die Leute sind ausgezehrt, entmutigt, hoffnungslos. Kein Wunder nach all diesen Jahren."

Der blutige Konflikt zwischen den Regierungstruppen und der marxistischen „Befreiungsfront Farabundo Marti" (FMLN) geht mittlerweile in das fünfte Jahr. Er fordete bisher 40 000 Todesopfer und schuf 240 000 Flüchtlinge. Er hat die Zahl der Arbeitslosen von sieben auf 40 Prozent getrieben. Er hat das Land verwüstet: Nach Schätzungen betragen die Sabotage-Schäden der Rebellen 650 Millionen Dollar. Dynamitladungen und Brandbomben zerstörten 75 Brücken – zwei Drittel aller Brücken – und 1300 der 3700 öffentlichen Busse.

Die militärische Konstellation gleicht einer Patt-Situation. Weder die Armee und die Sicherheitskräfte (insgesamt 37 000 Mann) noch die 12 000 Guerrilla-Kämpfer vermögen eine entscheidende Wende herbeizuführen. Spektakuläre Schläge der FMLN werden im Ausland oft überbewertet. Obgleich die Rebellen über wesentlich längere Kampferfahrungen verfügen als die Regierungstruppen und ebenso gute Waffen besitzen, kontrollieren sie nur 20 Prozent des Landes. Generalstabschef Adolfo Blandon betont: „Wir können jederzeit in diese Gebiete, weil sich der Gegner keinem offenem Kampf stellt." Keine der 14 Provinzhauptstädte befindet sich in den Händen der Partisanen. Wenn diese eine größere Ortschaft besetzen, verschwinden sie kurz danach meist wieder.

Blandon, neben Oberst Domingo Monterrosa, dem Befehlshaber der Schlüsselprovinz San Miguel, der wohl fähigste Kommandeur der salvadorianischen Streitkräfte, konzediert den FMLN-Truppen aber „Fortschritte". Sie seien beweglicher und würden in größeren Formationen angreifen, manchmal mobilisieren die Rebellen 2000 Leute. Blandon bestätigt dem Rebellenführer Joaquin Villalobos ein „bemerkenswertes taktisches Geschick".

Die Partisanen hatten mit knapp 2000 Kämpfern vor vier Jahren den Krieg begonnen. Sie wuchsen auf die sechsfache Truppenstärke. Die Regierung hatte 1980 weniger als 17 000 Mann unter Waffen; in der Zwischenzeit stehen ihr 20 000 weitere Soldaten zur Verfügung. Das militärische Gerät beider Seiten wurde schwerer und moderner. Jetzt plant die Reagan-Regierung eine massive Militärhilfe für die salvadorianische Armee, um dieser bessere Operationsmöglichkeiten zu verschaffen: 312 Millionen Dollar in den nächsten zwei Jahren. Im Haushaltsjahr 1984 sind bereits 64,8 Millionen Dollar vom Kongreß genehmigt.

Die meisten Salvadorianer wollen nicht, daß ihr Land ein zweites Nicaragua wird. Sie möchten ein zweites Costa Rica. Das liegt weniger am marxistischen System in Managua. Die akuten Versorgungsmängel der Sandinisten haben sich längst herumgesprochen. Freilich wäre die Nation ohne die kräftigen Finanzspritzen der USA in einer weitaus schlimmeren Lage. In diesem Haushaltsjahr fließt eine Wirtschaftshilfe von 240 Millionen Dollar nach El Salvador, im nächsten Jahr soll das Volumen 350 Millionen Dollar betragen. Dennoch: Fast jeder Bürger El Salvadors nennt die Wirtschaft als das größte Problem. Die desolate Menschenrechtssituation und die Aktivitäten der Todesschwadronen werden hier weniger diskutiert als im Ausland.

Die Gespräche mit der kriegsmüden Bevölkerung vermitteln den Eindruck, daß die meisten Leute einen Verhandlungsfrieden wünschen. Doch solange der Armee keine Niederlage droht, will keine Regierung auf die Forderungen der Rebellen eingehen und die Macht teilen. Selbst Duarte, von seinen Gegnern als Kommunistenfreund geschmäht, äußert sich in dieser Beziehung vorsichtig: „Wir werden niemandem erlauben, sich an die Macht zu schießen." Duarte ist einer der aussichtsreichsten Präsidentschaftskandidaten. Er verteidigt die viel kritisierten Wahlen am 25. März, an denen sich keine linken Kräften beteiligen, obgleich er sie nicht als Lösung des Konfliktes betrachtet. (SAD)

Aus Haddads Miliz wird eine Armee

EPHRAIM LAHAV, Jerusalem

Die Forces Libanaises (christlich-libanesische Truppe) haben ihren Mitgliedern, die sich in Südlibanon befinden, befohlen, sich der neugegründeten Armee Südlibanons anzuschließen. Dies sagte ihr Vertreter in Jerusalem, Pierre Yazbek, dem SAD.

Die Armee Südlibanons ist die Nachfolgetruppe der Miliz des vor kurzem verstorbenen Majors Haddad. Sie wird jetzt unter israelischer Aufsicht in eine regelrechte Armee umgewandelt. Statt der einstigen 4000 bis 6000 – die genaue Zahl ließ sich nie feststellen – zählt die Truppe jetzt nur 2000 Mann, aber diese dienen ganzzeitig und im Rahmen militärischer Formationen. Sie erhalten einen Sold in Höhe von 400 libanesischen Pfund (umgerechnet etwa 660 Mark) im Monat. Israel liefert – wie schon früher – Waffen, Ausrüstung und Uniformen und bildet die Truppe aus. Ihr Kommandeur ist Nazir Najarin, sein Hauptquartier ist in Dschessin. Der Truppe fehlt es vor allem an Offizieren.

Yazeb sagte, daß der Aufbau der Armee mit voller politischer Unterstützung der Forces Libanaises erfolge. Die neue Truppe soll die Grundlage für die von Israel angestrebte Sicherheitsregelung in Südlibanon bilden. Sie basiert zwar auf christlichen Soldaten, ist aber keineswegs auf sie beschränkt, sondern versucht mit zunehmendem Erfolg, auch Schiiten in ihre Reihen zu bekommen.

Für die Forces Libanaises bildet die Truppe eine der Grundlagen für die Kantonisierung Libanons. Die Führung der Forces Libanaises hat ihr früheres Ziel, das einheitliche Staatsgebilde Libanons zu bewahren, als undurchführbar aufgegeben und hält jetzt eine Teilung des Landes in ethnisch-religiöse Kantone für realistisch. Dies wäre nach Ansicht der Christen die einzige Möglichkeit, ihren Fortbestand als Gemeinschaft in Freiheit in Libanon zu sichern. Israel hat zu dieser Zielsetzung nicht öffentlich Stellung genommen, wird sich ihr aber gewiß nicht widersetzen, denn die Befürworter dieser Lösung sprechen ausdrücklich von „enger Zusammenarbeit mit Israel", das dadurch zu einer dauernden Einflußnahme auf das Geschehen in Libanon imstande wäre.

Doch die ausschließliche Zusammenarbeit mit den Christen besteht längst nicht mehr. Israel steht auch in enger Verbindung mit den Drusen, hauptsächlich über die drusische Führung in Israel. Die Israelis sind jetzt auch bemüht, einen Ausgleich zwischen den Christen und den Drusen herbeizuführen, denn grundsätzlich bestehen keine Interessengegensätze zwischen den beiden Volksgruppen. Das Haupthindernis sind die prosyrischen Sympathien des Drusenführers Dschumblatt. (SAD)

Polens Partei wagt wieder die Konfrontation

Angriffe auf die Kirche sind einer Versöhnung abträglich

C. GUSTAF STRÖHM, Budapest

Die polnische Partei- und Staatsführung fühlt sich wieder stark genug, um eine Konfrontation nicht nur mit der „Gesellschaft" – also den nicht von der offiziellen kommunistischen Macht kontrollierten oder gelenkten Kräften, wie der einstigen Gewerkschaft „Solidarität" – zu wagen – sondern auch eine Auseinandersetzung mit der katholischen Kirche zu beginnen.

Dies ist das Fazit aus der nun zu Ende gegangenen Delegiertenkonferenz der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (KP), auf der Partei- und Regierungschef Jaruzelski mit der neuen Parole „Verständigung und Kampf" den künftigen Kurs des Warschauer Regimes festlegte.

Jaruzelski warnt

Es war nicht verwunderlich, daß der starke Mann der polnischen Führung sowohl den ersten Begriff – Verständigung – wie auch den zweiten Begriff – Kampf – auf seine eigene Weise interpretierte. Jaruzelski ließ keinen Zweifel daran, daß er, wie er sich ausdrückte, einen „Rückfall in die Anarchie" nicht dulden werde. Wer gegen „Staat und Gesellschaft" auftrete, müsse mit „scharfen Maßnahmen" rechnen. Jaruzelski sprach von „Teilen des katholischen Klerus", welche die Kanzeln in den Kirchen mit den Mikrofonen von Radio Freies Europa verwechselten. Wörtlich: „Sie beten vor dem Mutter-Gottes-Bild und haben den Teufel unter der Haut."

Damit versucht Jaruzelski in die Auseinandersetzung einzugreifen, die gegenwärtig im polnischen Katholizismus zwischen der Linie des Primas und Kardinal Glemp und zahlreichen Geistlichen und Gläubigen im Gange ist, die immer noch der Linie „der Solidarität" anhängen.

Das Bemühen des Parteichefs, in diesen innerkirchlichen Konflikt offen einzugreifen – während gleichzeitig die polnischen Kommunisten zum Angriff auf bisherige Positionen der Kirche (Entfernung der Kruzifixe aus den Klassenzimmern der Schulen) antreten, kann kaum zu einem Dialog zwischen Regime und Katholizismus, geschweige denn zu einer Versöhnung zwischen der politischen Führung und der intellektuellen Öffentlichkeit beitragen.

Der General und Parteichef griff neben dem Klerus auch Teile der Intelligenzschicht des Landes an, von denen er sagte, sie stellten die „geistige Rüstkammer" für die Extremisten bereit. Auch verfuhr Jaruzelski nach dem Prinzip „teile und herrsche": er lockte die „loyalen" Intellektuellen mit Angeboten, während er die anderen, die „Bösen", mit Strafen und Repressalien bedrohte.

Die polnische Führung steht nun schon seit mehreren Jahren unter dem Zwang, eine Quadratur des Kreises versuchen zu müssen. Will sie Polen aus der gegenwärtigen Misere herausführen, muß sie die Bevölkerung, die Gesellschaft und die intellektuellen Schichten zu einem Minimum an Kooperation bewegen.

Das aber kann nur geschehen, wenn man Konzessionen macht. Konzessionen aber können nicht gemacht werden, weil sonst – um mit Jaruzelskis Terminologie zu sprechen – wiederum die „Anarchie" ausbricht, das heißt von der Kommunistischen Partei politisch nicht kontrollierte Kräfte, wie etwa eine unabhängige Gewerkschaft, das Heft in die Hand nehmen.

Die bisherige und jetzt auf der Landeskonferenz wieder bekräftigte Haltung der Jaruzelski-Führung hat aber nichts anderes als eine neue Verweigerungshaltung der Regierten zur Folge. Ein Ausweg aus diesem Dilemma ist nicht in Sicht. Vielmehr zeigt sich in Polen, daß äußere Ruhe nicht genügt, um eine Regierungsform zu stabilsieren.

Unmut der Untertanen

Mit den Attacken gegen den Klerus und dem Versuch, die Kruzifixe aus den Schulen zu entfernen, hat aber die polnische Partei erneut politischen Unmut bei ihren Untertanen aktiviert. Noch ist nicht erkennbar, ob etwa die Attacke auf die Kruzifixe überhaupt einem rationalen Kalkül entsprang. Ob Jaruzelski oder sonst irgend jemand hinter dieser Maßnahme steht – sicher ist, daß damit der Dialog zwischen Kirche und Staat schwer beeinträchtigt und die Position des Primas Glemp, der an sich für einen Ausgleich plädierte, innerhalb der Kirche und der Gläubigen geschwächt worden ist.

Mit einer Vertrauenserklärung für den Parteichef war die Delegiertenkonferenz zu Ende gegangen. Ausdrücklich billigten die Delegierten die seinerzeitige Verhängung des Kriegsrechts und die Auflösung der damals bestehenden Gewerkschaften.

Mit Gespür für die Volksseele

Ministerpräsident Späth absolviert 200 Wahlkampftermine / Siegeszuversicht wächst

XING-HU KUO, Stuttgart

Nachdenklich blickt Lothar Späth von einem riesigen Farbposter auf die 600 Leute hinunter, die in der Gemeinde Auingen (2000 Einwohner) unweit von Reutlingen geduldig auf den Ministerpräsidenten warten. Eine Münsinger Kapelle überbrückt die Wartezeit.

Mit einer halben Stunde Verspätung kommt Baden-Württembergs Späth dann per Hubschrauber. Eine Woge von Begeisterung erfaßt die Anwesenden. Mädchen und Frauen in grauen und schwarzen Münsinger Trachten schreiten vor dem lachenden und winkenden Regierungschef und CDU-Landesvorsitzenden.

Auch die für den ansonsten überpünktlichen Späth unübliche Verzögerung nutzt der brillante Redner sofort für eine Schelte an die Adresse der oppositionellen SPD: Sie habe seinen Terminkalender durcheinandergebracht, weil sie unbedingt eine Sondersitzung des Landtages zum Thema Wasserverseuchung gefordert habe, deren Sinn ihm, Späth, nicht ganz klar sei. Nach einigen lobenden Bemerkungen über Ort und Lokalkandidaten für den Stuttgarter Landtag, der am 25. März neu gewählt wird (in diesem Falle Parteifreund Theo Götz), geht Späth gleich zu seiner Standardrede über, die er an jenem Tage noch vier Mal mit leichten Variationen zelebrieren wird: in den benachbarten Orten Pfullingen, Betzingen, in Tübingen und in Form von Fragen und Antworten beim dortigen Studio des Südwestfunks.

Mit dem sicheren Gespür für das, was die Volksseele gerade empfindet, bearbeitet Lothar Späth in einer teils derben, auf jeden Fall für jeden verständlichen Sprache die empfangsbereiten Zuhörer. Denn „der Gegner findet nicht statt", wie der Spitzenkandidat zutreffend erklärte. In allen Versammlungen sind offensichtlich fast ausschließlich Anhänger und Wähler der Union da, die eigentlich nicht mehr von der Richtigkeit der Politik Lothar Späths überzeugt werden müßten.

Die meisten Hiebe – und hier ähnelt Späth seinem Amtskollegen aus München, Strauß – bekommt die FDP. Sie benehme sich wie ein junger Mann, so Späth unter Gelächter und Beifall in allen Sälen fünf Mal an jenem Tage, der seiner Freundin ständig „eine runterhaut", um abends zu erklären: „Aber in 14 Tagen heiraten wir." Statt „runterhauen" benutzt er gelegentlich den schwäbischen Ausdruck „gebeppt", ein anderes Mal bekommt jene Braut CDU vom unerwünschten Bräutigam FDP eine „Ohrfeige".

Großer Beifall auch die Versicherung, „mit Lothar Späth" seien die Forderungen der Liberalen nach einem „Kommunalwahlrecht für Ausländer" oder „Mitbestimmung von Elfjährigen bei der Wahl des Schulleiters" nicht realisierbar. Offenbar entsprechen diese Erklärungen genau der Volksstimmung im Lande in Sachen Ausländer und Schulpolitik. Die Mengenlehre, so Späth, habe man deshalb im Lande abgeschafft, „damit die Eltern wieder mit ihren Kindern lernen können, ohne daß diese zuerst erklären müssen, wie dies geschehen soll". Heiterkeit lösten massive Angriffe gegen Trends aus, vor allem „Diskussionswissenschaften" zu studieren, statt sich der Technik und den Ingenieurwissenschaften zu widmen. Gottlob, so der Redner, hätten zumindest im „Musterländle" immer mehr Studierende erkannt, daß ein „Ganztagsingenieur besser ist als ein Halbtagslehrer".

Äußerst wirksam und dankbar angenommen werden Späths Attacken gegen den „Grafen" (Wirtschaftsminister Lambsdorff) und gegen die 35-Stunden-Woche. Er habe selber, so berichtete Späth immer wieder, um halb sechs morgens vor Fabriktoren gestanden und mit Arbeitern diskutiert. Denen wird „Vernunft" bescheinigt: „Wenn die Funktionäre (der Gewerkschaften) genauso vernünftig wären wie die Arbeitnehmer, gäbe es keine Probleme."

Und der Handwerker, der „drei Schreiner oder Schlosser" beschäftige, werde bei der 35-Stunden-Woche nicht einen vierten Mann einstellen, sondern die drei entlassen: „Statt einen neuen Arbeitsplatz haben wir dann drei neue Arbeitslose." Großer Beifall für dieses vergröberte Beispiel.

Hohn und Spott goß Späth über SPD und Grüne. Wo bleibe denn der Ex-Kanzler Helmut Schmidt im Wahlkampf, frage er sich. Die Antwort gibt er gleich: „Ich verrate auch, warum: Schon vor vier Jahren hätte Schmidt mich viel lieber im Wahlkampf unterstützt als Erhard Eppler." Denn schließlich sei Schmidt nicht von den politischen Gegnern gestürzt worden, „sondern von seiner eigenen Partei", die immer mehr von den Epplers und Lafontaines bestimmt werde und gefährlich nach links drifte.

Heftiges Klatschen lösten die Bemerkungen zur Innenpolitik der Landesregierung aus: „Jeder in diesem Lande zahlt seinen Träger selber", so zur Einführung von Demonstrationsgebühren in bestimmten Fällen, wenn die Polizei einschreiten muß. Und zu dem auch von Späth geforderten Vermummungsverbot: „Jeder muß die Spielregeln im Staate einhalten. Wer demonstrieren will, soll die Maske zu Hause lassen." 160 solche Wahleinsätze hat Späth inzwischen absolviert, noch 30 stehen ihm bevor: „Täglich spreche ich vor 2000 Leuten", erklärt er stolz. Und mit jedem Tage wachse die Siegeszuversicht.

Windelen dämpft Ausreise-Erwartung

rtr, Köln

Der Bundesminister für Innerdeutsche Beziehungen, Heinrich Windelen, hat vor übertriebenen Erwartungen in bezug auf die Ausreisezahl von „DDR"-Bewohnern gewarnt. Im Deutschlandfunk sagte er gestern, man könne die Zahlen der ersten Monate 1984 nicht einfach hochrechnen. Es lägen keine gesicherten Erkenntnisse vor, nach denen in diesem Jahr 30 000 bis 40 000 Menschen ausreisen könnten. Die verstärkte Zahl der Übersiedler belaste nicht den Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland. Falls 1984 tatsächlich 20 000 kämen, benötigten hiervon vielleicht 10 000 einen Arbeitsplatz. Bei einer Gesamtzahl von 22 Millionen sei das eine völlig irrelevante Größe.

Mondale sicherte seinen Vorsprung

AP/AFP, New York

Bei den Vorwahlen zur Nominierung des demokratischen Präsidentschaftskandidaten für die US-Wahlen im November hat der ehemalige Vizepräsident Walter Mondale seinen Vorsprung an Delegiertenstimmen gegenüber seinem Hauptrivalen, dem Senator Gary Hart, gesichert. Nach seinen Siegen in den US-Staaten Michigan und Arkansas fielen Mondale am Sonntag auf der Antilleninsel Puerto Rico, die als autonomes Territorium den USA untersteht, 48 der 53 zu bestimmenden Delegierten zu. Hart hatte an dieser Vorwahl nicht teilgenommen. Heute finden die bislang wichtigsten Vorwahlen in Illinois statt. Dort werden 171 Delegiertenstimmen vergeben.

Bedrohung durch UdSSR-Seehandel

rtr/AP, Bonn

Die Führung der Bundesmarine hat erneut vor den wachsenden Gefahren durch den immer stärkeren Ausbau der sowjetischen Handelsflotte gewarnt. Der Inspekteur der Marine, Ansgar Bethge, sagte gestern vor Journalisten, diese Entwicklung sei im Grunde besorgniserregender als die zunehmende militärische Präsenz der Sowjetunion auf den Weltmeeren. Wenn die Sowjets nicht in ihrem Bestreben gebremst würden, mit Dumpingpreisen den Gütertransport auf See an sich zu reißen, könnte der Westen in eine immer stärkere Abhängigkeit geraten. Nach neuesten Erkenntnissen ist die sowjetische Handelsflotte in der Welt seit 1960 vom 24. auf Platz 6 vorgerückt.

Briefe an DIE ● WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Kein Thema im Wahlkampf

„CDU meidet den Wahlkämpfer Wörner"; WELT vom 10. März

Dieser Bericht über Herrn Wörner im Landtags-Wahlkampf Baden-Württembergs will den Eindruck erwecken, daß der Rückzug Dr. Wörners aus öffentlichen Wahl-Auftritten eine bedenkliche Distanz der heimatlichen CDU zu Dr. Wörner offenbare. Verdeutlicht wird dies durch Meditationen über eine unmißverständliche Äußerung von Ministerpräsident Späth, Wörner sei kein Thema im Wahlkampf. In diese klare Aussage wird dann „durch die Blume" ein „Affront" der heimatlichen CDU gegen Dr. Wörner hineininterpretiert. Daß sich diese Äußerung auf die Affäre Kießling bezog und nicht auf die Person Dr. Wörners abzielte, war dem Berichterstatter sicher nicht unbekannt.

Es befremdet daher, daß der Bericht nichts davon erwähnte, daß es der Wahlkampf der SPD war, der hier eine reine wahltaktische Maßnahme der CDU ausgelöst hat. Deren Wahlkampf entspricht nicht ihren Erwartungen, der Resonanz des Herrn Späth, auf dessen Person der CDU-Wahlkampf zugeschnitten ist, hat die SPD nichts Gleichwertiges entgegen zu stellen. Die Vermutung ist deshalb nicht unbegründet, daß öffentliche Auftritte des Herrn Wörner der SPD willkommene Gelegenheit bieten, mit massiven Gegenkundgebungen in der Öffentlichkeit endlich die Resonanz zu finden, die sie bisher vergeblich gesucht hat. Dies ist die einfache Erklärung für den Verzicht Dr. Wörners auf Reden bei Großveranstaltungen. Dabei ist besonders wichtig, daß Dr. Wörner auf solche Auftritte von Anfang an verzichten wollte und sich erst auf Drängen des Kanzlers dazu bereit fand. Die Sache war also vorprogrammiert und kein demütigender Verzicht.

Im übrigen kann die CDU, wie sich zeigt, ohne Gesichtsverlust auf Wahl-Lokomotiven aus Bonn (vom Kanzler abgesehen) mit all ihrer Problematik bei regionalen Themen einer Landtagswahl verzichten.

Dr. Willi Hoch, Böblingen

Interessante Parallele

„Freistaat Südtirol"; WELT vom 5. März

Sehr geehrter Herr Ströhm,

man muß Ihnen von Herzen dankbar sein für die so erfrischende Personenbeschreibung der Südtiroler Landtagsabgeordneten Dr. Eva Klotz.

Zwei Volksgruppen des alten Österreich litten besonders unter den Folgen des am 10. September 1919 erzwungenen Vertrages von St. Germain: Südtiroler und Sudetendeutsche. Erstere waren besonders den faschistischen Entnationalisierungsmaßnahmen ausgesetzt, zum Schluß im Jahre 1939 noch wie zum Hohn der zwischen Berlin und Rom abgesprochenen Alternative: Heimatverlust oder Option für Italien. Die Sudetendeutschen traf 1945 das Verbrechen des Völkermordes und der Vertreibung.

Es ist eine interessante Parallele, daß sozialdemokratische Emigranten der Jahre 1938/39, die teilweise heute noch im Ausland leben, die Idee eines „Freistaates Sudentenland" propagieren. Sie begegnen damit nicht nur der in der 1937er-Grenzformel befangenen Bundesrepublik, sie bekräftigen vor allem den territorialen Anspruch auf ein Land der Größe Belgiens, in dem inzwischen eintausend Ortschaften oder Ortsteile von der Bildfläche verschwunden sind und dessen Wälder von einem riesigen Waldsterben bedroht sind.

Freistaat – da wie dort? Mit Eva Klotz: Die Utopien von heute seien die Wirklichkeiten von morgen.

Mit besten Empfehlungen
Roland Schnürch, Düsseldorf 13

Die Redaktion behält sich das Recht vor, Leserbriefe sinnentsprechend zu kürzen. Je kürzer die Zuschrift ist, desto größer ist die Möglichkeit der Veröffentlichung.

Ordnungssinn

„Leserbrief: Wald am Ende"; WELT vom 5. März

In dem Leserbrief von Herrn Joh. Freiherr von Twickel kommt der typisch deutsche, stark übertriebene Ordnungssinn zum Ausdruck. Greift der Mensch – nach Auffassung der Förster und Forstmeister – nicht regulierend in den Wald ein, so „verwahrlost" dieser angeblich und ist am Ende.

Die riesigen Wälder z. B. in Skandinavien, Kanada und Alaska beweisen das Gegenteil. Diese Waldbäume sind keineswegs krummwüchsig. Sie gedeihen auch ohne Eingriff des Menschen (Durchforstung, Pflege etc.) prächtig.

U. Spahr, Elmshorn

Falsche Legende

„Er setzte den Schutz der Kirchen in der SPD durch"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit Dankbarkeit und Freude konnte ich in Ihrer Zeitung lesen, wie Georg Schröder Leben und Wirken meines Vaters, Professor Dr. Adolf Arndt, anläßlich seines 80. Geburtstages gewürdigt hat.

In einem Punkt allerdings ist Herr Schröder einer ebenso alten (ich glaube, Walter Henkels hat sie zuerst aufgebracht) wie falschen Legende aufgesessen: Mein Vater ist nie „unter den schwarz-weiß-roten Fahnen der Brigade Erhard" marschiert. So hat er auch nie etwas mit dem Kapp-Lüttwitz-Putsch gegen die erste deutsche Republik zu tun gehabt und ist nie ein Deutschnationaler gewesen.

Bitte teilen Sie dies Ihren Lesern aus Gründen der historischen Gerechtigkeit mit.

Mit freundlichen Grüßen
Dr. Claus Arndt, Hamburg 80

Aus Westpreußen

„Sanfte [illegible] am Weichselbogen"; WELT vom 12. März

Sehr geehrte Herren,

warum verschweigt Wolfgang Minaty, daß Oskar Loerke in Jungen in Westpreußen geboren ist? Auch wenn man nicht Josef Nadlers Auffassung folgt, der die Dichtung aus ihren Stammeseinflüssen erklärt, wird man zugestehen müssen, daß Loerke in seinem Wesen ein Mensch des deutschen Ostens gewesen ist. Jedenfalls muß sich der Leser des Beitrages über den Weichselbogen in der Überschrift wundern.

Hochachtungsvoll
Dr. Hans Preuschoff, Köln 41

Wort des Tages

„Herzensgüte ist von der Vergänglichkeit nicht berührt. Herzensgüte ist der bessere Teil der 'Güte an sich'. Güte scheint in unserer Welt der Äußerlichkeit der einzige Wert zu sein, der nicht in sich selbst endet, denn die Güte birgt ihre Belohnung in sich."

W. Somerset Maugham, brit. Autor (1874–1965)

Personalien

GEBURTSTAGE

Der ehemalige Breslauer Domkapitular Prälat Dr. **Alois Wuttke** vollendet heute sein 85. Lebensjahr. Wuttke, der Anfang dieses Monats sein diamantenes Priesterjubiläum feierte, wurde in Breslau geboren. Nach seiner Kaplanzeit war er hauptsächlich in der kirchlichen Verwaltung tätig. Nach dem Zweiten Weltkrieg wirkte er unter anderem bei der Ausgestaltung der neugegründeten kirchlichen Verwaltung in Görlitz mit sowie bei der Errichtung und Erweiterung des Priesterseminars Neuzelle. Seit vielen Jahren lebt und arbeitet der Geistliche, der 1973 zum Apostolischen Protonotar ernannt wurde, im Westteil des Berliner Bistums. Zu seinen Verdiensten zählt auch die Sorge um die schlesischen Priester und Ordensgemeinschaften weit über Berlin hinaus.

Helmuth Klosterfelde, bis 1966 Leiter der Fachdirektion Anzeigen im Verlagshaus Axel Springer, wird heute 85 Jahre alt. Seine Laufbahn begann Klosterfelde 1921 im Berliner Scherl-Verlag. Bald wechselte er zum „Hamburger Fremdenblatt", in dem er 1938 die Anzeigenleitung übernahm. 1948 übertrug ihm Axel Springer den Aufbau und die Leitung des Anzeigengeschäftes beim neuen nach modernsten Gesichtspunkten gestalteten „Hamburger Abendblatt". An der Anzeigenentwicklung aller dann entstehenden Zeitschriften und Zeitungen des Verlags, von „Hörzu" bis „Bild" war Klosterfelde maßgeblich beteiligt. Daneben nahm er Einfluß auf die grundsätzliche Ordnung des bundesdeutschen Anzeigenwesens, unter anderem bei der Schaffung der Informationsstelle zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern und des Zentralausschusses der Werbewirtschaft. Sein besonderes Augenmerk galt dabei auch der Entwicklung der Markt- und Leserforschung. Klosterfeldes Erfahrungen sind einer ganzen Generation von Anzeigenfachleuten zugute gekommen. Als Dozent der Hamburger Werbefachschule und auch als Verfasser des Standardwerks „Anzeigenpraxis" hat der ideenreiche Fachmann zum hohen Niveau dieses Berufszweiges beigetragen.

VERANSTALTUNG

Theaterleute unter sich haben keine Probleme, Kontakte zu knüpfen. Die Wiedereröffnung des idyllischen „Muffendorfer Weinhauses" in Bad Godesberg brachte Stars und Sternchen ganz unterschiedlicher Bühnen an einen Tisch. **Charles Regnier**, zur Zeit in Bacchus von Jean Cocteau in den Kammerspielen der Diplomatenstadt zu sehen, „bändelte" mit den beiden Bonner Theaterprinzipalen **Katinka Hoffmann** und **Horst Johanning** an, die in der Bundeshauptstadt das Contra-Kreis-Theater leiten und dort mit „Love Jogging" ein begeistertes Publikum finden. Die dritte Truppe, die den Abend im altfränkischen Ortsteil Muffendorf beschloß, waren Godesbergs Theaterchef **Walter Ullrich**, seit 25 Jahren Direktor des „Kleinen Theaters" in der Badestadt am Rhein und Intendant der Landesbühne Rheinland-Pfalz und seine Mannschaft in Tschechows Stücken, die zur Zeit im Muffendorfer Kelterhaus gespielt werden. Ullrich kam mit seinen Darstellern **Christine Uhde**, **Elisabeth Jänicke**, dem Berliner **Harald Effenberg**, **Christel Forst** und **Gerd Croll**, der dem Ensemble seit 25 Jahren angehört. So viel Theater unter einem Dach genoß der neue Pächter des Weinhauses, der bisherige Redoutenchefkoch **Michael Mittermeier**, der in den letzten Jahren in der feinen Redoute für die Staatsessen der Bundesregierung zuständig war.



Theatertreff: Katinka Hoffmann angelte sich einen „handzahmen" Charles Regnier. FOTO: KEIL

Von Menschen, die ihr Dasein positiv verändert haben: „Wendepunkte"

Dem Leben einen neuen Sinn geben

Zum Beispiel Erna H. Die Bäuerin, 62 Jahre alt, führt seit dem Tod ihres Mannes den Hof im Bergischen Land allein mit ihrer Tochter. Das Gefühl der Verlassenheit kann auch der immense Arbeitsaufwand nicht verdrängen. Eine Jugendbekanntschaft kommt aus Südafrika zu Besuch. Aus Sympathie wird Freundschaft, aus Freundschaft Liebe. Sie haben inzwischen geheiratet; demnächst wird sie nach Südafrika gehen. Von den Schwierigkeiten, mit einem Gefühl fertig zu werden, das den 60jährigen schon nicht mehr zugebilligt wird, von den Sticheleien und Bösartigkeiten der Nachbarn erzählt der Film „Und dann hab' ich alte Frau mich noch mal verliebt". Es ist die erste Folge einer Reihe „Wendepunkte", die jetzt – nach vier Sendungen 1983 – einen regelmäßigen Sendeplatz erhalten hat (jeweils dienstags um 16.10 Uhr).

„Wendepunkte" – der Titel der Reihe deutet bereits an, worum es den Autoren geht: um Menschen, deren Leben jahre-, jahrzehntelang in eingefahrenen Bahnen verlief, bis ein einschneidendes Ereignis sie aus ihrer Alltäglichkeit riß, sie ihnen sogar erst einmal bewußt machte.

Zum Beispiel Zita T. Die heute 65jährige aus Köln, die 30 Jahre lang nur für den Mann und sechs Töchter lebte, brach aus dieser Rolle Mitte der 60er Jahre aus, besuchte gesellschaftspolitische Kurse und Literaturseminare an der Volkshochschule, verliebte sich in einen wesentlich jüngeren Mann. Sie las Freud, Marcuse, Fromm und Reich, brach endgültig mit der Familie, zog mit einem Bündel Gepäck in ein Berliner Hinterhofzimmer und schrieb sich an der Universität ein. Heute ist sie eine der aktivsten in der Kölner Friedensbewegung.

Jürgen Thebrath, verantwortlicher Redakteur der Reihe, erklärt das Konzept der „Wendepunkte" so: „Wir möchten Menschen zeigen, die ihrem Leben einen neuen Sinn gegeben, die sich zum Vorteil der eigenen Persönlichkeit verändert haben. Natürlich gibt es auch Personen, deren Wendepunkte weniger positiv waren, sie in die Katastrophe führten. Die haben wir bewußt ausgespart, ohne in heile Welt auszubrechen. Schließlich sind die Schwierigkeiten, die sich für die einzelnen ergeben, nach der einschneidenden Veränderung groß genug, scheinen mitunter unüberwindbar. Daß es die Leute doch geschafft haben, soll den Zuschauern Mut machen."

Wendepunkte – ARD, 16.10 Uhr

Vier Fünftel der Porträtierten sind Frauen, wie wohl auch die Zuschauer, bedingt durch den Sendeplatz am Nachmittag, überwiegend weiblich sein dürften. Sicherlich sind Frauen aber auch die Mutigeren, wenn es darum geht, das eigene Schicksal vor der Kamera auszubreiten. Denn nur vier der insgesamt zwölf Filme zeigen die „Wendepunkte" von Männern.

Zum Beispiel Peter P., 65. Er gehörte zu den erfolgreichsten Werbefotografen der Bundesrepublik; seine Bilder für eine japanische Kamera zum Beispiel gingen als Poster um die ganze Welt. „Ich habe auch Werbung für Alkohol gemacht. Aber ich will nicht länger durch meine Arbeit dazu beitragen, daß der Alkoholismus steigt." Solche Statements kommen glatt über die Zunge, machen sich immer gut vor der Kamera. Aber der Fotograf aus Essen zog die Konsequenzen aus seinen Erkenntnissen: Er verwandelte sein Atelier in eine „Werkstatt von der Brücke". Hierhin lädt er Menschen ein und erprobt mit ihnen „Möglichkeiten, die Mißstände unserer Zeit zu verändern – draußen und in uns selbst".

Zum Beispiel Hans B. Der 78jährige promovierte Mikrobiologe ist aus sieben Altenheimen und einer geschlossenen Anstalt geflohen, bis er im „Alten Klösterchen", einer Alten-Kommune im Eifeldorf Stadtkyll, eine menschenwürdige Bleibe fand. Die Kamera beobachtet den alten Herrn bei der Rasur und seiner Gesichtsmassage („Die Züge immer nach oben massieren. Fallen tun se von alleine!"), und aus dieser Morgentoilette macht er ein verschmitzt-komödiantisches Kabinettstückchen, ohne daß er dabei der Lächerlichkeit ausgesetzt würde. Diesen Vorwurf weist Thebrath denn auch energisch zurück: „Nichts lag uns ferner, als die Leute, die über ihre persönlichsten Dinge sprechen, vor der Kamera zu denunzieren."

Das ist ein Verdienst, der den Autoren der Filme gleichermaßen gebührt. Ohne voyeuristisch zu sein, ist es ihnen gelungen, zu den Menschen, die sie vorstellen, ein solches Vertrauensverhältnis aufzubauen, daß sie von ihren Schwierigkeiten sprechen wie zu einem langjährigen Freund. Nicht zuletzt diese persönliche Atmosphäre gibt dem Zuschauer das Gefühl, daß auch er solche Wendepunkte in seinem Leben durchaus meistern könnte – mit etwas Mut zum Risiko.

RAINER NOLDEN

MOTORSPORT / Am Sonntag beginnt die Grand-Prix-Saison in Rio de Janeiro mit zwei Deutschen

Stefan Bellof in der Formel 1. Bob Tyrrell sagt: „Er ist großartig, wir sind von ihm beeindruckt"

KLAUS BLUME, Bonn

Er sprach darüber wie jemand, der gerade mal um die Ecke ins Büro geht. „Am Mittwoch", sagte Stefan Bellof im Gespräch mit der WELT, „fliege ich nach Rio de Janeiro. Am Freitag trainiere ich dort mit dem Formel-1-Rennwagen von Tyrrell, am Sonntag fahre ich dann den Großen Preis von Brasilien. Unser Ziel: den Wagen über die Runden bringen." Stefan Bellof, der 26 Jahre alte Gießener, hat es also geschafft: Neben dem Waiblinger Manfred Winkelhock (ATS-BMW) ist er der zweite deutsche Grand-Prix-Rennfahrer.

„Stefan Bellof kam zum Unterschreiben eigens nach London. Mein Vater Ken Tyrrell traf sich mit ihm auf dem Londoner Flughafen Heathrow. Um 11.50 Uhr am Samstag hatten wir den Vertrag mit unserem deutschen Formel-1-Rennfahrer unter Dach und Fach", berichtete gestern Bob Tyrrell der WELT. Und: „Wir waren schon seit Monaten hinter Bellof her, nachdem wir so an die fünf Fahrer getestet hatten."

Stefan Bellof hat den Tyrrell-Rennwagen auf der Paul-Ricard-Rennstrecke in Le Castellet (Frankreich) 30 Runden lang getestet. „Dabei", so Bellof, „war ich gleich um 1,1 Sekunden schneller als der Engländer Martin Brundle, den Tyrrell bereits unter Vertrag hatte und mit dem ich nun gemeinsam das Tyrrell-Team bilde". Bob Tyrrell erzählt geradezu begeistert: „Das geschah vor etwa zwei Wochen. Bellof machte eine erste Testfahrt in Le Castellet auf unserem Wagen. Er war dabei einfach großartig. Wir waren von ihm sehr beeindruckt. Wir hatten zuvor fünf andere Fahrer getestet, doch Bellof war einfach unser bester Mann".

Mit soviel Vorschußlorbeeren ist bisher selten jemand in der härtesten und wichtigsten Motorsportklasse aufgenommen worden. Allein schon das zeigt, daß Stefan Bellof und sein Manager Willy Maurer – für dessen Formel-2-Team er überaus erfolgreich fuhr – richtig handelten, als sie Anfang des Jahres ein Angebot des englischen Arrows-Team ausschlugen. Willy Maurer zur WELT: „Es hat damals viele gehässige Kommentare gegeben, aber wir haben diese bittere Pille geschluckt, weil wir wußten, Stefan würde auf alle Fälle in diesem Jahr in der Formel 1 fahren."

Mit Tyrrell klappte es deshalb, weil die von Maurer und Bellof genannten Vertragspunkte von dem früheren kanadischen Holzhändler akzeptiert wurden. Das heißt, Bellof bleibt auch weiterhin Porsche-Werksfahrer und bestreitet somit außerhalb der Formel-1-Weltmeisterschaft auch alle Läufe zur Langstrecken-WM. Bellof: „Wichtig dabei war, Porsche hat den Vorzug. Zwar werden sich dabei zwei Termine überschneiden, zum einen Le Mans und der Grand Prix von Kanada, zum anderen das kanadische Langstreckenrennen und der Große Preis von Deutschland in Hockenheim. Doch ich kann mir nicht denken, daß es da Schwierigkeiten gibt." Porsche-Pressesprecher Manfred Jantke signalisiert schon: „Unser Haus ist doch nicht die Firma, die solche Dinge stur nach Paragraphen entscheidet". Der zweite wesentliche Vertragspunkt: Die in Monte Carlo ansässige Agentur „Prestige Promotion Int. Agence du Sport" behält alle Werberechte an Stefan Bellof. Punkt drei: Das Salär für den Formel-1-Fahrer Stefan Bellof trägt die Firma Tyrrell, die einst mit dem schottischen Weltmeister Jackie Stewart den erfolgreichsten Grand-Prix-Fahrer aller Zeiten stellte. Maurer: „Die Gehaltsverhandlungen waren eine Geschichte von zehn Sekunden". Wohl auch deshalb, weil Bob Tyrell gestern im Gespräch mit der WELT erklären konnte: „Bis vor Tagen war die Frage der Sponsorschaft unseres Wagens für Stefan Bellof noch ungeklärt. Doch dann passierte es: Eine Gruppe deutscher Firmen konnte unter einen Hut gebracht werden. Damit stand die Ampel auch für uns auf Grün".



Stefan Bellof: Im Team von Weltmeister Jackie Stewart. FOTO: SVEN SIMON

Stefan Bellof unterzeichnete einen Vertrag über ein Jahr mit einer Option auf weitere zwei Jahre. Künftig, so hofft man bei Tyrrell zuversichtlich, wird man dann auch Turbo-Motoren verwenden können. Denn bislang ist Tyrrell das einzige Team in der Formel 1, das noch mit einem herkömmlichen Saugmotor der Firma Ford-Cosworth ausgerüstet ist. Doch erstens entwickelt auch Ford einen Formel-1-Turbo und zweitens ist der für McLaren gebaute TAG-Porsche-Turbo künftig im freien Handel über eine arabische Firma in Paris zu haben. Schon deshalb wird es wichtig sein, daß Stefan Bellof nicht nur Tyrrell- sondern auch Porsche-Werksfahrer ist. Stefan Bellof: „Das muß ja nicht alles Hopplahopp gehen. Schließlich wird mein erstes Formel-1-Jahr ein Lehrjahr sein".

Eine offizielle Präsentation werden weder Bellof noch Tyrell vornehmen. Bellof: „Man muß nicht soviel Wirbel machen, sondern arbeiten. Mein erster Arbeitstag ist Freitag, damit hat es sich."

KRITIK

Sauer über den verpatzten Abend

Das Wiedersehen mit Francis Durbridge, dem beliebtesten Krimi-Schreiber des Fernsehens in den fünfziger Jahren, war eine Katastrophe. Wir schrieben in unserer Vorschau, er sei damals erst 40 Jahre alt gewesen und damit „noch nicht über die Lernfähigkeit hinaus". Das hat sich am Sonntagabend um 20.15 Uhr im ZDF – eine der schönsten Sendezeiten also – in schauerlicher Weise bewahrheitet.

Der Vater des braven Krimis aus der Zeit, da unser Pantoffelkino noch artig in den Kinderschuhen steckte, wollte offensichtlich beweisen, daß er die böse Masche des angelsächsischen Krimis von heute ebenfalls beherrscht. Das ging jedoch daneben – auch dazu braucht es nämlich Kunst. Dem als „Thriller" angebotenen Bühnenstück „Der Besuch" lag eine derart an den Haaren herbeigezogene und völlig unglaubwürdige Story zugrunde, daß wir uns weigern, auch nur ein Wort über diesen „Inhalt" zu verlieren.

Mit einem nicht endenden Schwall von seelischer Grausamkeit suchte Durbridge Spannung zu erzeugen. Nach den Gesetzen des Kontrapunkts, der auch für das Show-Gewerbe gilt, wurde dadurch jedoch nur öde Monotonie erzeugt. Und man war sauer über den verpatzten Sonntagabend.

Die gute deutsche Schauspielerequipe, die auf diesen lecken Dampfer verfrachtet worden war, muß denn auch bald gemerkt haben, daß da nichts zu retten war. Drum spielte jeder unter seinem Niveau. Wir nennen ihre Namen erst wieder, wenn ihnen ein guter Drehbuchautor demnächst einmal die Chance bietet, zu zeigen, was sie wirklich können.

Innerhalb von acht Tagen nun das zweite Mal (wir denken an „Mord in Barcelona"), daß das ZDF den Krimi-Fans Stümperei und Schwachsinn vorsetzt.

ANTON MADLER



III.

ARD/ZDF–VORMITTAGSPROGRAMM

9.25 Sesamstraße
10.00 Tagesschau und Tagesthemen
10.25 Der Glücksritter (4)
11.20 Umschau
11.40 Der Mann, der keine Autos mochte
12.25 Kontraste
12.55 Presseschau
13.00 Tagesschau

ARD

16.00 Tagesschau
16.10 Wendepunkte
Und dann hab' ich alte Frau mich nochmal verliebt
Zita Termeer und Erna Hinkelmann – Schicksale von Frauen über 60
16.55 König Rollo
Spaß am Dienstag
12. Das Frühstück
17.00 Disneys größte Bösewichter
17.50 Tagesschau
dazw. Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Professor Grzimek
Wildtiere erobern Europa
Grauhörnchen und Hausmäuse
21.00 Report
Baden-Baden
Schwangerschaftsabbruch und Paragraph 218 / Bilder über das Entstehen menschlichen Lebens im Mutterleib
21.45 Dallas
Katz und Maus
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt
Der Mann und der Berg: Paul Cézanne
Film von Jochen Richter
Paul Cézanne (1839–1906) wendet sich in der letzten Dekade seines Lebens immer häufiger einem Sujet zu, das ihn wie ein magischer Fixpunkt fesselt: dem wie eine Sphinx über Aix-en-Provence ruhenden Berg Sainte Victoire. Tag für Tag macht sich der über sechzigjährige Maler auf den Weg zum Motiv, und wo immer er seine Staffelei aufstellt, der Berg wird zum Thema seines Bildes. Wie unter einem hypnotischen Zwang stehend variiert Cézanne in über fünfzig Arbeiten dieses Thema.
0.00 Tagesschau

ZDF

10.05 Ski-Weltcup
Sport aktuell – aus Zwiesel: Slalom der Damen, 1. Lauf
13.05 Ski-Weltcup
Slalom der Damen, 2. Lauf
16.00 heute
16.04 Mosaik
Anschl. heute-Schlagzeilen
16.35 Ravioli
4. Süß-Sauer
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.50 Waldheimat
12. Als wir zum Stegthomerl fuhren
Anschl. heute-Schlagzeilen
18.20 Mein Name ist Hase!
Trickreiches mit Bugs Bunny
19.00 heute
19.30 Der Sheriff von Linsenbach
Ein Fernsehfilm
Mit Rolf Schimpf, Rosemarie Gerstenberg, Regine Faerber u. a.
Regie: Miachael Mackenroth
Hermann Zettler hat sich nach einem Unfall als Frührentner in seinem Garten ein Häuschen gebaut, das wunderlich absticht von den modernen Villen ringsum auf dem Hügel der schwäbischen Kleinstadt. Hier widmet er sich seinem Garten, den Hasen und Hühnern, und alles scheint in Ordnung.
21.01 Tierporträt
Schotten im Frack – Pinguine aus Edinburgh
21.15 WISO
Thema heute: Der EG-Gipfel in Brüssel / Filmberichte, Reportagen und ein Interview mit Bundeskanzler Kohl
21.45 heute-journal
22.05 Spielraum
Live aus München
Hör zu! – Schau her! – Erzählen und Zuhören –
Anschl. heute

III.

WEST
18.00 Telekolleg
Algebra (38)
18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
20.45 Rückblende
21.00 Formel Eins
21.45 Innovationen von heute – Überlebenschancen von morgen
22.15 Deutscher Alltag
23.00 Der „ermordete" Bischof und die Miskito-Indianer
23.45 Letzte Nachrichten

NORD
18.00 Sesamstraße
18.30 Die Sprechstunde
19.15 Startschuß
20.00 Tagesschau
20.15 Autor-Scooter
Eine Fragestunde – live mit Erich Fried
21.15 Strumpet City – Stadt der Verlorenen (4)
22.05 Ich und Du
Heute: Ein neuer Partner – Zumutung für die Kinder?
23.05 Nachrichten

HESSEN
18.00 Sesamstraße
18.30 Marco
18.55 Paddington
19.00 Formel Eins
19.45 Praktische Tips
20.00 Wofür das Leben sich lohnt
US-Spielfilm, 1952
21.30 Drei aktuell
21.45 Kulturkalender
22.15 Leipziger Buchmesse 1984
23.00 vor vierzig Jahren

SÜDWEST
18.00 Sesamstraße
18.30 Telekolleg I
Mathematik (38)
Nur für Baden-Württemberg
19.00 Abendschau
Nur für Rheinland-Pfalz
19.00 Abendschau
Nur für das Saarland
19.00 Saar 3 regional
Gemeinschaftsprogramm
19.25 Nachrichten
19.30 Die Sprechstunde
Nur für Baden-Württemberg
20.15 S 3 – Kinokalender
20.45 Bericht aus Stuttgart
Nur für Rheinland-Pfalz
20.15 Sportmagazin
21.00 Landesspiegel
Nur für das Saarland
20.15 Reiseführer
21.00 Praktische Tips
21.15 Vor Sonnenuntergang
Dt. Spielfilm, 1956
22.55 Avanti! Avanti! (22)

BAYERN
18.15 Auf die Plätze . . .
18.45 Rundschau
19.00 Buck Rogers
19.20 Stern von Rio
Dt. Spielfilm, 1940
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Z. E. N.
21.50 BR unterwegs
anschließend: Rundschau



Szene aus der literarischen Filmerzählung „Der Mann und der Berg" mit John Erskine (l.) und André Omnès – ARD, 23.00 Uhr FOTO:TELEBUNK

SPORT-NACHRICHTEN

Europacup im ZDF

Düsseldorf (sid) – Die Viertelfinal-Rückspiele im Fußball-Europapokal werden morgen vom Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF) in einer Aufzeichnung von 22.40 bis 24 Uhr übertragen.

Langer wurde Dritter

Orlando (sid) – Golfprofi Bernhard Langer (Anhausen) wurde beim mit 400 000 Dollar dotierten Golfturnier in Orlando (US-Bundesstaat Florida) mit 273 Schlägen Dritter. Die Amerikaner Gary Koch und George Burns (272 Schläge) belegten die beiden ersten Plätze.

Wohlfahrt nach München?

Duisburg (sid) – Roland Wohlfahrth, Junioren-Nationalspieler vom MSV Duisburg, soll Nachfolger von Karl-Heinz Rummenigge beim Fußball-Bundesligaklub FC Bayern München werden. Duisburg verlangt eine Ablösesumme von einer Million Mark. Bayern-Manager Hoeneß: „Wir zahlen nicht jeden Preis". An Wohlfarth ist auch Borussia Dortmund interessiert.

Trainer entlassen

Riad (sid) – Mario Zagalo, der frühere brasilianische Fußball-Star und bislang Saudi-Arabiens Nationaltrainer wurde entlassen. Anlaß war die 0:4-Niederlage gegen Irak beim Golfturnier in Oman.

Mit Karl-Heinz Förster

Düsseldorf (sid) – Das Bundesliga-Nachholspiel des VfB Stuttgart gegen Bayer Uerdingen findet heute (20 Uhr) statt. Mit dabei ist nach seiner Verletzung auch wieder Stuttgarts Vorstopper Karl-Heinz Förster.

PLO droht mit Boykott

Stuttgart (dpa) – Die Palästinensische Befreiungsorganisation (PLO) hat mit einem Olympia-Boykott befreundeter Staaten gedroht, sollte ihr Antrag abgelehnt werden, an den Spielen in Los Angeles teilzunehmen. Die PLO begründete ihren Antrag damit, daß sie inzwischen international anerkannt sei, fünf Millionen Menschen repräsentiere und ein Territorium besitze, auch wenn dies derzeit von Israel besetzt sei.

Sowjets werden überprüft

Los Angeles (AFP) – Die US-Geheimdienste werden laut Meldung der „Los Angeles Times" die sowjetischen Olympia-Delegationen, das bedeutet Sportler, Trainer und Offizielle, genauestens überprüfen.

ZAHLEN

EISHOCKEY

Zwischenrunde, letzter Spieltag, Gruppe A: Mannheim – Schwenningen 14:5, Landshut – Düsseldorf 12:1.

1. Landshut	6	4	0	2	35:19	8:4
2. Mannheim	6	3	1	2	41:28	7:5
3. Schwenn.	6	2	1	3	24:30	5:7
4. Düsseldorf	6	2	0	4	22:45	4:8

Gruppe B: Köln – Kaufbeuren 9:2, Rosenheim – Freiburg 3:1.

1. Köln	6	4	0	2	38:25	8:4
2. Kaufbeuren	6	4	0	2	29:25	8:4
3. Rosenheim	6	2	1	3	18:25	5:7
4. Freiburg	6	1	1	4	17:27	3:9

Qualifikation zur Bundesliga: Iserlohn – Essen 8:5, Rießersee – Duisburg 9:2, Preußen Berlin – Bayreuth 2:2.

1. Iserlohn	6	4	1	1	33:23	9:3
2. Rießersee	6	4	0	2	27:14	8:4
3. Duisburg	6	3	1	2	28:27	7:5
4. Essen	6	2	2	2	21:23	6:6
5. Berlin	6	1	1	4	19:24	3:9
6. Bayreuth	6	1	1	4	15:32	3:9

JUDO

Europameisterschaften der Damen in Pirmasens, zweiter Tag: bis 48 kg: Briggs (England), 2. Boffin (Frankreich), 3. Friedrich (Deutschland) und Veguillas-Dias (Spanien). - bis 52 kg: Hrovat (Österreich), 2. Montaguti (Italien), 3. Moyano (Spanien) und Heuvelmans (Holland). - bis 56 kg: 1. Bell (England), 2. Winklbauer (Österreich), 3. Rodriguez (Frankreich) und Philips (Deutschland). - offene Klasse: 1. Lupino (Frankreich), 2. Motta (Italien), 3. Bradshaw (England) und Kutz (Deutschland).

KUNSTTURNEN

American Cup in New York, Endstand, Männer: 1. Vidmar (USA) 59,20 Punkte, 2. Hartung (USA) 59,00, 3. Shan (China) 58,70.– Frauen: 1. Retton (USA) 39,50, 2. Cutina (Rumänien) 38,95, 3. McNamara (USA) 38,85, 4. Golea (Rumänien) 38,25, 5. Topalova (Bulgarien) und Heine (Deutschland) beide 38,15.

GEWINNZAHLEN

Toto, Auswahlwette „6 aus 45": 12, 32, 34, 36, 40, 44, Zusatzspiel: 10. – **Rennquintett:** Rennen A: 11, 2, 12; Rennen B: 34, 28, 35. (Ohne Gewähr).

FUSSBALL

Jupp Derwall mit Müller unzufrieden

dpa, Mailand

„So kann ich ihn nicht nehmen." Jupp Derwalls Fazit stand fest nach dem 0:0 im Mailänder Ortsderby zwischen Inter und dem AC: Hansi Müller wird am 28. März in Hannover im Länderspiel gegen die Sowjetunion kein Comeback in der deutschen Fußball-Nationalmannschaft feiern. In den italienischen Zeitungen hingegen erhielt Müller für sein Spiel Bestnoten. Derwall hingegen zeigte sich davon nicht beeindruckt: „Müller ist noch weit von dem Spieler entfernt, den ich in ihm kenne. Für ein endgültiges Urteil ist es noch zu früh, ich werde ihn noch einmal beobachten."

Hansi Müller traf sich am Sonntag abend mit dem Bundestrainer zu einem Gespräch und zeigte sich anschließend vor allem überrascht, daß Derwall mit seiner körperlichen Verfassung nicht zufrieden war: „Ohne die wären meine guten Leistungen bei Inter in der letzten Zeit nicht möglich gewesen. Die guten Kritiken sprechen für mich. Derwall jedoch war im Gegensatz dazu keineswegs zufrieden. Er war nach eindreiviertel Jahren erstmals wieder in Italien und muß sich darüber im klaren sein, daß hier ein ganz anderer Fußball gespielt wird. Man kann natürlich nicht mein Spiel in Deutschland mit meinem Spiel in Italien vergleichen, zumal ich hier in einer völlig anderen Position spiele."

Zu seinen Aussichten, doch noch für die Europameisterschaft im Juni in Frankreich berufen zu werden, sagte der 41malige Nationalspieler, der bei Inter im rechten Mittelfeld spielen muß: „Natürlich ist das das Ziel eines jeden Spielers. Es soll jedoch keinesfalls der Eindruck entstehen, daß ich mich der Nationalmannschaft aufdrängen will. Inter Mailand ist mein Arbeitgeber und deshalb natürlich die Nummer eins."

Derwall, der gestern bereits sein Aufgebot für das Spiel gegen die UdSSR bekanntgeben wollte, hat sich entschlossen, damit noch zwei Tage zu warten.

STAND ● PUNKT

Der sanfte Weg zum Judo-Gold

Wer nicht auf die Sportart achtet, könnte meinen, es handele sich um eine der erfolgreichen deutschen Fechter-Bilanzen. Es geht aber nicht um Fechten, es geht um Judo, genauer: Es geht um die internationalen Erfolge der deutschen Judo-Damen. Bei europäischen Titelkämpfen wurden bisher 18 Gold-, zehn Silber- und 31 Bronzemedaillen gewonnen. Bei den letzten Europameisterschaften, am Wochenende in Pirmasens, erkämpfte die deutsche Staffel eine Gold-, eine Silber- und drei Bronzemedaillen. Innerhalb des Deutschen Judo-Bundes (DJB) haben damit die Damen den Herren längst das Wasser abgegraben.

Sicher, auch bei ihnen gibt es mit der Weltmeisterin von 1982 und mittlerweile fünfmaligen Europameisterin Barbara Claßen so etwas wie eine Galionsfigur, doch Bundestrainer Werner Ruppert sagt: „Wenn man einmal von ihr absieht, haben sich nur junge Kämpferinnen durchgesetzt, die ihre Zukunft noch vor sich haben."

Was in der Tat so stimmt. Es beweist, mit welcher Sorgfalt und auch mit welcher Vehemenz Werner Ruppert und seine wurfgewaltigen Judo-Damen arbeiten. Ruppert, vor beinahe zwanzig Jahren einer der besten Judo-Leichtgewichtler Europas, galt schon damals als bemerkenswerter Stilist. Judo, das war für ihn stets der sanfte Weg – zum Erfolg, versteht sich.

Die Damen sagen, Ruppert sei ein hervorragender Trainer, einer, der die Schönheit dieses Sports mit der Zweckmäßigkeit notwendiger Spezialtechniken so geschickt verbinde, daß stets der Eindruck entstehe, Judo sei in der Tat das, was es im Grunde sein soll: In Bewegung umgesetzte Kreativität.

Der sanfte Weg oder Barbara Claßen und die Vorbildfunktion: auch die Herrenstaffel könnte sich daran orientieren.

K. BL.

EISHOCKEY / Abschluß der Zwischenrunde mit einer Massenschlägerei und Termingerangel

Selbst Rainer Philipp schlug mit den Fäusten zu

sid/dpa, Köln

Eine zwanzigminütige Massenschlägerei bildete am Sonntag abend den Abschluß der Eishockey-Zwischenrunde. Obwohl das Ergebnis bei der Begegnung Köln gegen Kaufbeuren mit 9:2 bereits feststand, prügelten die Spieler in der 58. Minute aufeinander ein wie Boxer. Keinen Spieler hielt es mehr auf der Bank. Ausgelöst wurde die Schlägerei durch den Kaufbeurer Hospodar, der dem Kölner Toni Forster mit dem Stock ins Gesicht schlug.

Selbst Rainer Philipp, ansonsten eher ein besonnener Typ, schwang die Fäuste. Philipp: „Wenn einer jemanden mit dem Stock ins Gesicht sticht – der muß bestraft werden." Florian Strida jedenfalls nahm die ganze Angelegenheit nicht so ernst. Auf die Frage, ob jemand verletzt wurde, antwortete er: „Man kann mit Nasenbeinbruch und ohne Zähne spielen. Diese Leute sind für mich gesund." In der Tat ist es wirklich überraschend, daß kein Spieler ernsthafte Verletzungen davontrug. Die Kaufbeurer müssen sich nun im Halbfinale um die deutsche Meisterschaft mit Landshut auseinandersetzen, während es die Kölner mit dem ERC Mannheim zu tun haben.

Die Landshuter sind zur Zeit vom Verletzungspech verfolgt. Der amtierende Meister muß ohnehin auf Klaus Gotsch (Fingerbruch) und Ewald Steiger (Handbruch) verzichten. Jetzt erwischte es auch Erich Kühnhackl beim 12:1 über Düsseldorf. Kühnhackl: „Das linke Knie ist ganz dick. Hoffentlich ist nichts kaputt." Kühnhackl hofft, zum Beginn des Halbfinales am 30. März wieder einsatzbereit zu sein. Er sagt: „In kompletter Besetzung hätten wir beste Chancen, den Titel zu verteidigen. So sind wir nur einer von vier aussichtsreichen Kandidaten. Glück für Landshut, daß die Stürmer Helmut Steiger und Henryk Pytal bei einem Zusammenprall im Training lediglich starke Kopfschmerzen, aber keine Gehirnerschütterung davontrugen."

Vor dem zweiten Halbfinale zwischen Köln und Mannheim müssen noch die Verbands-Juristen tagen. Das Schiedsgericht des Deutschen Eishockey-Bundes muß klären, welcher Verein im ersten und auch im eventuellen Entscheidungsspiel Heimrecht besitzt: die Mannheimer als Sieger der Vorrunde oder der Kölner EC als Sieger der Zwischenrunde. Verschickt wurden vom Verband unterschiedliche Interpretationen. Ligaleiter Ernst Eichler: „Das Schiedsgericht klärt die Angelegenheit noch in dieser Woche. Diese Entscheidung kann auch nicht mehr durch ordentliche Gerichte angefochten werden."

Derzeit beschäftigen sich die Kölner noch mit ganz anderen Problemen. Trainer Jozef Golonka sagt: „Gegenwärtig befindet sich die Mannschaft in einer tollen Form. Hoffentlich verliert sie durch die Pause nicht ihren Rhythmus." Glanzstück der Kölner ist derzeit die erste Angriffsreihe mit den Technikern Kuhl, Truntschka und Meitinger. Beim 9:2 über Kaufbeuren gelang diesem Trio immerhin fünf Tore. Seit Jahren schon gelten die Kölner als Team mit den besten Einzelspielern, die jedoch im entscheidenden Moment immer versagten.

Ladislav Olejnik will seine Mannschaft, „wie es das Profigeschäft verlangt", unabhängig vom Streit um das Heimrecht vorbereiten. Der Mannheimer Trainer sagt: „Die Spieler dürfen nicht mehr reden über diesen ganzen Unsinn. Das ist kein Play-off, das ist ein Vabanquespiel. Wir waren immer im Glauben, das Heimrecht zu besitzen."

Beauftragte für Ausländerfragen auf eigenem Kurs

E. N. Bonn

Die Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen, Liselotte Funcke (FDP), hat in ihrem gestern in Bonn vorgelegten „Bericht zur Ausländerpolitik" Maßnahmen empfohlen, die im Widerspruch zur Politik der Bundesregierung stehen. Darauf hat das Bundesinnenministerium hingewiesen.

Während Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann beispielsweise eine Begrenzung des Nachzugsalters für Kinder beim sechsten Lebensjahr für Ausländer anstrebt, meinte Frau Funcke, eine solche Regelung entspreche nicht den Menschenrechten.

Frau Funcke fordert unter anderem auch, daß die Nachzugsbedingungen für Ehepartner zu Ausländern der zweiten und dritten Generation nicht verschärft und die in einigen Bundesländern geforderte dreijährige Ehebestandsdauer aufgehoben werden. Dazu verlautete aus dem Bundesinnenministerium, nach Expertenschätzungen würden mindestens 400 000 Türken bis zum Jahre 2000 nachziehen, wenn nur jeder dritte in der Bundesrepublik wohnende Türke bis dahin einen Ehepartner nachholen würde. Die Politik der Bundesregierung habe sich auf Integration der ansässigen Ausländer und Begrenzung des Zuzugs festgelegt.

Zu den „Empfehlungen" des Berichts über die 4,5 Millionen hier lebenden Ausländer gehört auch die Einräumung von „Mitspracherechten im kommunalen Bereich, zum Beispiel in Ausländerbeiräten" und das Wahlrecht bei der Europawahl. Frau Funcke meinte dazu, dies solle eine Vorstufe für das volle kommunale Wahlrecht sein, das ihrer Ansicht nach bei zehnjährigem Aufenthalt im Gastland gewährt werden sollte.

Mit Reagan hat Mitterrand nur ein kurzes Gespräch

Staatsgast informiert sich über US-Spitzentechnologie

A. GRAF KAGENECK, Paris

Frankreichs Präsident François Mitterrand fliegt morgen zu einem einwöchigen dicht mit Terminen bepackten „offiziellen" Besuch in die Vereinigten Staaten. Zuvor wird er den Franzosen im Fernsehen die Ergebnisse des Brüsseler EG-Gipfels erläutern.

Mitterrand, der nur von Außenminister Cheysson, aber einer 50 Mann starken Schar von Freunden und Mitarbeitern begleitet wird, trifft US-Präsident Ronald Reagan nur einmal und verhältnismäßig kurz. Die beiden Politiker werden am Ankunftstag des Gastes aus Paris ein einstündiges Gespräch unter vier Augen führen; sie sehen sich dann nur noch beim Staatsbankett am Abend. Außenminister Shultz ist Gastgeber Mitterrands bei einem „Arbeitsessen" am Mittag. Im Elysée-Palais wird diese knapp bemessene Besuchszeit mit der Tatsache begründet, daß die beiden Präsidenten sich bereits fünfmal seit dem Amtsantritt Mitterrands gesehen haben.

Gleichzeitig legt die Umgebung des Staatschefs großen Nachdruck darauf, daß die „Jahrhunderte alte enge Freundschaft zwischen beiden Völkern" so fest verankert sei, daß sie keiner besonderen Pflege bedürfe. Zwar gebe es Probleme wie den hohen Dollarkurs, den amerikanischen Protektionismus gegen europäische Einfuhren, den amerikanischen Druck auf den europäischen Agrarmarkt, die „Mißverständnisse" im Nahen Osten und vor allem den amerikanischen Ärger über die französische Politik in Mittelamerika. Im wesentlichen aber ist man sich der gemeinsamen Sicherheit von Europäern und Amerikanern im Atlantischen Bündnis heute so einig, daß diese Frage schon nachgerade als „Routine" behandelt werden könnte. Gerade diese Übereinstimmung erkläre die Kürze der Gespräche mit Reagan.

Dagegen wird Mitterrand bei einer in viele Etappen aufgeteilten Reise durch die Staaten die amerikanischen Probleme besser verstehen lernen, um bei seiner Rückkehr „auch den Franzosen eine Nachricht zukommen zu lassen". Der Präsident besucht die Städte Atlanta, San Francisco, Peoria (Illinois), Pittsburgh und New York. In Atlanta wird er vom farbigen Bürgermeister empfangen und besucht das Martin-Luther-King-Center. Wichtigste Station ist San Francisco am Pazifik, wo sich der Präsident einen Überblick über die amerikanische Spitzentechnologie und Forschung im Hinblick auf den Expansions- und Kooperationsraum Pazifik verschaffen will. Mitterrand besucht die Universitäten Berkeley und Stanford sowie das Forschungszentrum Silicon Valley.

Im Peoria im Agrarstaat Illinois ist US-Landwirtschaftsminister Bush sein Cicerone. Mitterrand will die Dynamik der amerikanischen Agrarwirtschaft aus der Nähe kennenlernen und daraus Erfahrungen für den Austausch ableiten. In Pittsburgh steht die Begegnung mit Vertretern der Schwerindustrie auf dem Programm.

New York, letzte Station der Reise, soll den Präsidenten die amerikanische Kultur näherbringen. Trotz der alten Freundschaft zwischen beiden Ländern – so merkt man in seiner Umgebung an – kenne man sich noch sehr wenig.

Seite 2: Ein atlantischer Gast

Walesa fordert Freiheit für Inhaftierte

AFP/AP, Warschau

Der polnische Partei- und Regierungschef General Wojciech Jaruzelski hat zum Abschluß einer dreitägigen Delegiertenkonferenz der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) zum Kampf gegen innerparteiliche Mißstände aufgerufen.

In seiner Schlußrede forderte er die Delegierten auf, mit den Methoden der Vergangenheit zu brechen, da sie nur dem politischen Gegner in die Hände spielten. Die Konferenz, die der Parteiführung Gelegenheit zu einer Zwischenbilanz bot, ging am Sonntag zu Ende.

Im einzelnen erteilte der Parteichef eine Absage an alle „Versuchungen eines Rückfalls in Autokratie und Machtrausch" und sprach sich für mehr Bescheidenheit im zwischenmenschlichen Umgang aus. Wenn die Partei das Vertrauen des Volkes wiedergewinnen wolle, müsse sie aufmerksamer auf die Klagen der Arbeiter über gesellschaftliche Ungerechtigkeiten, Verschwendung und schlechte Arbeitsorganisation hören.

In einer westlichen Korrespondenten am Sonntag übergebenen Erklärung hat der polnische Arbeiterführer Lech Walesa erneut die Freilassung „aller politischen Häftlinge" in Polen verlangt.

Gleichzeitig verurteilte der Friedensnobelpreisträger und Führer der verbotenen unabhängigen Gewerkschaft „Solidarität" die Verhaftung des Schriftstellers Marek Nowakowski am 7. März. Walesa nannte in seinem offenen Brief, der das Datum vom 12. März trägt, keine Zahlen, doch hatte Regierungssprecher Jerzy Urban am vergangenen Dienstag die Zahl der aus politischen Gründen festgehaltenen Personen in Polen auf 310 beziffert.

Elbgrenze liegt am Nordost-Ufer

Die Rechtslage / Zu Jenningers Wort über einen möglichen „Modus vivendi"

BERND LAMPE, Lauenburg

„Ich meine, man muß die Sache mal abschließen", stellt der Staatsminister im Kanzleramt, Philipp Jenninger, jetzt im „Spiegel" fest. Die „Sache", von der Jenninger spricht, betrifft die Grenzziehung im 93,7 Kilometer langen Elbabschnitt zwischen Schnackenburg und Lauenburg. Seit mehr als zehn Jahren kann sich die deutsch-deutsche Grenzkommission über sie nicht einigen.

Die von der Union geführten Bundesregierungen vertraten, wie die betroffene niedersächsische Landesregierung, die Rechtsauffassung, daß die Grenze am Nordostufer des Flusses verläuft. So auch die Regierung Kohl. Nur die sozial-liberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt hatte in dieser Frage keinen Standpunkt einnehmen wollen, wie aus ihren Antworten auf nahezu 20 Anfragen der CDU/CSU im Bundestag hervorging.

Daß die Sozialdemokraten geneigt sind, dem Drängen der „DDR" nach einer Grenzziehung auf der Mitte des Flusses nachzugeben, wurde spätestens klar, als ihr Fraktionsvorsitzender Hans-Jochen Vogel in der vergangenen Woche bei der Debatte zur Lage der Nation erklärte: „Das Grundgesetz verbietet beispielsweise nicht, festzustellen, daß die Elbgrenze zwischen Schnackenburg und Lauenburg durchgängig in der Strommitte verläuft, wenn eine erneute Prüfung des Materials ergibt, daß diese Auslegung vertretbar erscheint."

Das aber ist nicht möglich. Nicht „Auslegungen", sondern nur Fakten sind für eine Grenzziehung zwischen der „DDR" und der Bundesrepublik entscheidend. Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zum Grundlagenvertrag sind deutsche Grenzfragen einer friedensvertraglichen Regelung vorbehalten. Die Richter bezogen sich damit auf den Artikel 7 des Deutschlandvertrags, mit dem die Alliierten der Bundesrepublik Deutschland die Souveränität gaben. Danach ist „die endgültige Festlegung der Grenzen Deutschlands bis zu dieser Regelung aufgeschoben".

Der Staats- und Völkerrechtler Professor Dieter Blumenwitz stellte dazu fest, daß durch eine Übertragung von Gebieten der Bundesrepublik an die „DDR" die Grenze zwischen den beiden Staaten in Deutschland eine völkerrechtliche Qualität erhielte, die nur in einem Friedensvertrag vereinbart werden könne. Dafür aber seien die Alliierten und nicht deutsche Regierungen oder Grenzkommissionen zuständig.

Diese Rechtslage hielt den ehemaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt offensichtlich davon ab, Forderungen der „DDR" oder dem Drängen von SPD-Politikern wie Bahr und Gaus nachzugeben, die Grenze auf der Mitte der Elbe festzulegen. Die damalige britische Besatzungsmacht hatte mehrfach erklärt, daß am sogenannten Neuhauser Streifen, der mit einer Länge von 43,2 Kilometern im heutigen „DDR"-Gebiet auf die Elbe stößt und somit nahezu die Hälfte des Grenzverlaufs ausmacht, die Grenze am Nordostufer verläuft. Somit käme eine Verlegung der Grenze auf Flußmitte einer Gebietsabtretung der Bundesrepublik an die „DDR" gleich. Die Briten erklärten in ihren Memoranden, dort, wo einst die Provinzen Mecklenburg und Hannover zusammenstießen, verlaufe die Grenze auf der Mitte des Flusses. Das sind vier Abschnitte von zusammengefaßt 43,2 Kilometern Länge.

Bei ihren Feststellungen beriefen sich die Briten auf das Londoner Protokoll von 1944, in dem sich die Alliierten auf Hoheitsgebiete nach den



Grenzen der damaligen deutschen Provinzen verständigten, sowie auf zusätzliche Vereinbarungen, die zwischen den Alliierten später schriftlich getroffen wurden. Das Londoner Protokoll ist auch die Geschäftsgrundlage der innerdeutschen Grenzkommission.

Die Grenzen zwischen dem ehemaligen Mecklenburg und Hannover „sprangen" jedoch auch über den Elbstrom. In zwei Abschnitten lag hannoversches Gebiet in der nach dem Krieg sowjetisch besetzten Zone am Ostufer, darunter das Amt Neuhaus; und in drei kleinen Abschnitten lag mecklenburgisches Land in einer Gesamtlänge von 5,7 Kilometern am Westufer der Elbe. Lediglich das hannoversche Amt Neuhaus, das weit in die sowjetisch besetzte Zone hineinreichte, wurde in einer schriftlichen Vereinbarung von den Briten bis zum Flußufer an die Sowjets abgetreten, weil diese Region mangels einer fehlenden Brückenverbindung vom Westen nicht versorgt werden konnte.

Über die Gebiete der Provinzen Hannover und Mecklenburg, die auf der jeweils anderen Seite des Flusses lagen, wurden keine Vereinbarungen getroffen. Die Sowjets drängten zwar unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg, die Grenze auf der Elbe in der Flußmitte festzulegen; doch eine Vereinbarung scheiterte am Einspruch der britischen Regierung.

Auf der Karte A, die dem Londoner Protokoll als Bestandteil beigefügt ist, wurde die Grenze eindeutig am Ostufer der Elbe eingezeichnet, ohne auf die hin- und herspringenden hannoverschen beziehungsweise mecklenburgischen Gebiete Rücksicht zu nehmen. An diese Markierung hielt sich auch die britische Besatzungsmacht, solange sie von 1945 an ihre Hoheitsbefugnisse auf der gesamten Flußbreite ausübte. Die Sowjets akzeptierten das auch in der Praxis, wie aus Dokumenten zu ersehen ist.

Die Sowjets übten auch keine Kontrollen bei der Schiffahrt auf der Elbe zwischen Schnackenburg und Lauenburg aus. Diese wurden von den Briten wahrgenommen. Am 25. Mai 1950 übergaben die Briten ihre Kontrollfunktionen auf der Elbe an den deutschen Zollgrenzdienst. Schon zwei Tage danach rügten die Briten, daß der deutsche Zoll sowjetzonale Streifenschiffe nicht kontrollierte.

Das „schlappe Verhalten", wie der CDU-Bundestagsabgeordnete Horst Schröder (Lüneburg) in einer Bundestagsdebatte einmal salopp, aber treffend das Verhalten des deutschen Zolls bezeichnete, führte dazu, daß die sozial-liberale Bundesregierung zu dem Schluß kommen konnte, die Grenze an der Elbe sei nicht eindeutig festzustellen.

Der Göttinger Völkerrechtler Professor Dietrich Rauschning erklärte zur Rechtslage: „Die nach diesem Zeitpunkt (25. Mai 1950) nicht immer einheitliche Handhabung der Kontrolle gegenüber sowjetzonalen Schiffen durch Behörden der Bundesrepublik ist für die Feststellung der Besatzungsgrenzen ohne Belang. Entscheidend ist vielmehr das Verhalten der Besatzungsmächte bis zu diesem Zeitpunkt, nicht aber das Verhalten der Bundesbehörden nach diesem Zeitpunkt. Wenn die von Großbritannien geäußerten Auffassungen zur Elbgrenze nicht immer durchgehend den Standpunkt der Besatzungsorgane bis 1950, daß nämlich die gesamte Elbe stromabwärts von Schnackenburg britisches Besatzungsgebiet sei, widerspiegeln, dann sind solche Äußerungen nicht konstitutiv. Sie sind lediglich Rechtsmeinungen und keine rechtsgeschäftlichen Akte, weder gegenüber der Bundesrepublik Deutschland noch gegenüber Rechtsträgern jenseits der Elbe. Sie stellen insbesondere keine Vereinbarung mit der anderen Besatzungsmacht dar, die die Besatzungsgrenze hätte ändern können."

Die Bundesregierung könnte jetzt nur noch eine politische Entscheidung treffen, und die birgt einen Konflikt mit der Verfassung in sich, falls sie sich für die Grenze auf Flußmitte entscheiden sollte. Nicht von ungefähr sprach Staatsminister Jenninger jetzt von einem möglichen „Modus vivendi".

Bonn bald rot-verklinkert in Moskau

Regierungen gaben die Baupläne für neue Botschaften frei / Verhandlungen seit zehn Jahren

EVI KEIL, Bonn

Außenminister Hans-Dietrich Genscher bekam „grünes Licht" für den Bau der deutschen Botschaft in Moskau. Am 16. März wurde, wie erst jetzt bekannt wurde, an der Moskwa der „Baudurchführungsvertrag" zwischen beiden Staaten unterzeichnet. Sowjetbotschafter Wladimir Semjonow in Bonn erhielt gestern die Nachricht, daß er jetzt seinerseits auf dem Grundstück auf der Bad Godesberger Viktorshöhe mit den Bauten für eine neue Botschaftskanzlei beginnen kann. Über die Prestige-Objekte der beiden Staaten wird seit 1974 im Rahmen der „Gegenseitigkeit" verhandelt.

Das Auswärtige Amt baut auf den Leninhügeln in Moskau, in unmittelbarer Nachbarschaft der schwedischen Botschaft. Das Hamburger Architekturbüro Hans Mensinga, Dieter Rogalla und Partner hatten 1975 den Zuschlag bei einem Architektenwettbewerb der Bundesbaudirektion erhalten. Die Bausumme für Moskau beläuft sich nach den bisherigen Schätzungen auf 100 bis 150 Millionen Mark. Mensinga und Rogalla, die schon die Rathäuser von Elmshorn und Itzehoe bauten, legten ihr ganzes Prestige in die Moskauer Botschaftspläne. Mittelpunkt der 42 000-Quadratmeter-Anlage ist die neue Botschaftskanzlei, rot verklinkert. Der Baukörper wird sehr interessant gestaltet: Die Botschaft wird in Form einer sich nach oben verbreiternden Pyramide erstellt und in U-Form gebaut.

Der Innenhof mit seinen umlaufenden Terrassen ist das Herzstück, während der dreigeschossige Bau nach außen bis auf das Erdgeschoß fast fensterlos ist. Hinter den Bonner Kulissen hört man, daß diese Lösung aus „Sicherheitsgründen" bevorzugt wurde. Aus diesem Grunde ist man sich bis heute auch noch nicht einig, ob die Terrassen auf den Innenhöfen wie die Gärten der Semiramis begrünt werden können. Es bestehe Gefahr, daß in die Grünanlage Mikrofone plaziert werden, hieß es. Für die deutschen Diplomaten und ihr Personal entstehen 120 Wohnungen. Auch hier hat sich das Architekturbüro etwas einfallen lassen: Die Maisonette-Wohnungen laufen unten in einzelne Gartenhöfchen aus. Die oberen Bewohner haben Dachterrassen.

Für 150 Kinder sind eine Schule und ein Kindergarten geplant. Zu dem Komplex gehört eine Sportanlage, ein Schwimmbad und ein Mehrzweckbau, in dem der Botschafter zu großen Empfängen und zu kulturellen Veranstaltungen einladen kann.

Architektur und Kunst sollen in diesem Haus nicht zu kurz kommen. Der Hauptsaal im Empfangsgebäude wird mit „einer bewegten Deckenlandschaft", so die Architekten, plastisch gestaltet. Das gesamte Areal ist von einem „NATO-Zaun", ähnlich dem des Kanzleramtes in Bonn, umgeben.

Der sogenannte „Container" oder die „Laube" in der neuen Botschaft, die total abhörsicher sein soll, wird von Bonner Sicherheitsexperten konstruiert, die eigens nach Moskau eingeflogen werden. Moskauer Spezialisten erstellen vertragsgemäß die Rohbauten und übernehmen auch Teile des Innenausbaus. Bonn behielt sich vor, mit seinen Fachleuten „den Putz, die Leitungen und die Fenster" eigenverantwortlich in die Gebäude hineinzubringen. Da Moskau keineswegs als „Stadt im Grünen" gilt, wollen die Hamburger Architekten mit viel Grün auf den Leninhügeln arbeiten. Geplant ist eine „höhenversetzte Außenlandschaft mit Teichen und Hügelchen".

Strauß: Bonner Politik schadete CSU

● Fortsetzung von Seite 1

erwartet eine Wahlempfehlung der FDP zugunsten Kiesls. Der FDP-Vorsitzende Manfred Brunner dementierte jedoch diese Darstellung. Die Grünen wollen erst am kommenden Wochenende beschließen, ob sie Kronawitter unterstützen.

Die SPD konnte sich in den Großstädten durchweg gut behaupten. In Nürnberg, Bayerns zweitgrößter Stadt, herrscht nach der Wahl eine Patt-Situation zwischen CSU und SPD. Die Sozialdemokraten stellen nach der vorläufigen Auszählung mit 34, die CSU 31, die Grünen vier, FDP und DKP je einen Sitz. In Fürth, wo Bayerns einziger FDP-Oberbürgermeister aus Gesundheitsgründen nicht mehr kandidierte, siegte Uwe Lichtenberg (SPD) mit 54,3 Prozent. In Würzburg verbesserte SPD-Oberbürgermeister Klaus Zeitler sein letztes Ergebnis um 6,6 auf 60,4 Prozent.

Auch Augsburgs Oberbürgermeister Hans Breuer (SPD) baute seine Position mit 56,3 Prozent aus. Nach dem noch unvollständigen Ergebnis konnten hier die Sozialdemokraten den größten Gewinn verbuchen: von 44,6 auf 53,5 Prozent.

Erfolgreich waren mehrere Bürgermeister, die von der CSU nicht mehr aufgestellt wurden und deshalb auf eigenen Listen kandidierten: Im schwäbischen Gablingen wurde Bürgermeister Pius Kaiser mit 50,7 Prozent wiedergewählt, sein CSU-Konkurrent mit 18,6 Prozent deutlich geschlagen. Auch in der Domstadt Freising ziehen mit dem „Freisinger Block" CSU-Abtrünnige ins Stadtparlament ein und gewannen sechs der 40 Sitze. Die CSU erhielt 16 Mandate (vorher sieben) und büßte ihre absolute Mehrheit ein.

„Bezeichnend" nannte Strauß gestern das schlechte Abschneiden der FDP. In München wird sie voraussichtlich drei von sechs Sitzen verlieren, in Starnberg muß sich der einzige FDP-Landesrat, Rudolf Widmann, einer Stichwahl stellen. Vor sechs Jahren hatte er noch über 90 Prozent aller Stimmen gewonnen.

Ein Kuriosum bahnt sich im niederbayerischen Pfarrkirchen an. Der wegen einer Spendenaffäre amtsenthobene und aus der CSU ausgetretene Landrat Ludwig Mayer, „König vom Rottal" genannt, tritt in einer Stichwahl gegen den CSU-Bewerber an. Sollte Mayer gewinnen, könnte er wegen eines laufenden Dienststrafverfahrens das Landratsamt nicht betreten.

Einen erfolgreichen Probelauf absolvierten in Sonthofen die „Republikaner"; sie gewannen unter Führung des ehemaligen CSU-Bundestagsabgeordneten Ekkehard Voigt 3 Mandate und 8,9 Prozent der Stimmen.

Ziele sind unerreichbar

J. Sch. (Paris) – Angesichts der *unerwartet günstigen Entwicklung* der französischen Handelsbilanz, deren Defizit von 87 Milliarden Franc 1982 auf 43 Milliarden Franc 1983 zurückgegangen war, hatte die Regierung für 1984 ein Defizit von nur noch sieben Milliarden Franc angekündigt. Dieses Ziel dürfte aber kaum erreicht werden können. Denn schon in den beiden ersten Monaten dieses Jahres entstand ein Passivsaldo von saisonbereinigt 10,2 Milliarden Franc. Gegenüber den letzten Monaten von 1983 bedeutet das eine deutliche tendenzielle Verschlechterung.

Sie ist zwar zum Teil darauf zurückzuführen, daß die stark reduzierten *Mineralölimporte* erhöht werden mußten, um die unter die Sicherheitsgrenze gefallenen Ölvorräte wieder aufzustocken. Ansonsten wäre das Defizit in dem Zwei-Monatsabschnitt nur halb so hoch ausgefallen.

Auch sind die französischen Agrarexporte stark zurückgegangen, was aber als vorübergehend angesehen wird. Dagegen wurde bei den industriellen Erzeugnissen ein überraschend hoher Ausfuhrüberschuß erzielt. Er war allerdings vor allem dem verstärkten Export in die Entwicklungsländer zu verdanken. Gegenüber den EG-Ländern blieb das Defizit unverändert.

Das ist kein gutes Zeichen. Denn während die Importnachfrage dieser Länder wegen ihrer Konjunkturbelebung zunimmt, bleibt die französische wegen der Austerity-Politik schwach. Daher müßte sich Frankreichs EG-Bilanz eigentlich verbessern. Daß dies nicht der Fall ist, könnte auf eine Überbewertung des Franc im EWS hindeuten.

Rumpelstilzchen

hg – Märchenstunde beim Berliner Kammergericht: Nordmende braucht eine Buße von 200 000 Mark nicht zu bezahlen, die das Kartellamt verhängt hatte, weil das Unternehmen sich trotz eines Urteils vom Bundesgerichtshof beharrlich weigert, das SB-Warenhausunternehmen Allkauf mit Farbfernsehern zu beliefern. Der gesetzliche Vertreter von Nordmende ist nämlich Franzose; sein Schreibtisch steht bei der Mutter Thomson-Brandt in Paris, und er spricht überdies kaum Deutsch. Der arme Mannn, so fanden die Richter, könne aufgrund der sprachlichen und räumlichen Distanz unmöglich überwachen, was in der von ihm geleiteten Firma vorgeht; die Arbeit erledigt ein Generalbevollmächtigter. Da ein Unternehmen aber nur mit Buße belegt werden kann, wenn sein gesetzlicher Vertreter auch für die Tat verantwortlich gemacht wird, sei allen potentiellen Kartellsündern empfohlen, Generalbevollmächtigte zu beschäftigen und ihre Vorstände weit weg zu schicken: Rumpelstilzchen läßt grüßen.

UNTERNEHMEN / Die Ertragserwartungen haben sich merklich verbessert

Die Bundesbank sieht Raum für Entfaltung der Aufschwungskräfte

CLAUS DERTINGER, **Frankfurt**

Die Ertrags- und Finanzierungssituation der Unternehmen läßt nach dem Eindruck der Bundesbank genügend Raum für eine weitere Entfaltung der Aufschwungskräfte. Nach der Ertragserholung im letzten Jahr, die allerdings über eine Korrektur vorangegangener Fehlentwicklungen nicht hinausgegangen sei, hätten sich die Ertragserwartungen merklich verbessert, so daß verstärkt neue Investitionsvorhaben in Angriff genommen worden seien, betonte die Bundesbank in ihrem neuen Monatsbericht.

Die Investitionsaufwendungen der Unternehmen waren in der zweiten Hälfte 1983 mit gut 110 Mrd. DM um 20 Prozent höher als in der ersten Jahreshälfte, in der sie um fünf Prozent zugenommen hatten. Neben dem nach wie vor hohen Rationalisierungsbedarf erwies sich auch der Zwang, technische Neuerungen rasch in marktreife Produkte und Verfahren umzusetzen, als ein starkes Investitionsmotiv. Nicht zuletzt die technische Überalterung des Kapitalstocks in den Jahren schwacher Investitionstätigkeit habe diesbewirkt, bemerkt die Bundesbank; immer mehr Anlagen dürften keine lange Lebensdauer mehr haben, nachdem Anfang 1983 bereits 31 Prozent des in Ausrüstungsgütern gebundenen Bruttoanlagevermögens älter war als zehn Jahre.

Um hier Versäumnisse vergangener Perioden wettzumachen, bedürfe es ohne Zweifel einer längeren Phase starker Investitionstätigkeit, meint die Bundesbank; denn auch nach der Belebung der Unternehmensinvestitionen sei der Teil der gesamtwirtschaftlichen Güterverwendung, der auf den Nettozugang zum Kapitalstock der Produktionsunternehmen entfällt, noch bescheiden. Er machte nach Absetzung des produktions- und altersbedingten Verschleißes im zweiten Halbjahr 1983 nur drei Prozent des Bruttosozialprodukts aus und reichte damit bei weitem nicht an das durchschnittliche Ergebnis der siebziger Jahre (vier Prozent) oder gar der sechziger Jahre (sechs Prozent) heran, beklagen die Notenbankiers.

Als positiv hebt die Bundesbank in ihrem Monatsbericht hervor, daß sich die Struktur der gesamtwirtschaftlichen Güterverwendung in der zweiten Jahreshälfte zulasten der Verbrauchsaufwendungen merklich zu den Investitionsaufwendungen verschoben hat. Die Aufwendungen für neue Anlagen und Vorräte absorbierten saisonbereinigt rund 22½ Prozent des Bruttosozialprodukts nach 21 Prozent im vorangegangenen Halbjahr und im Jahresdurchschnitt 1982. Damit sei allerdings nicht mehr als ein erster Schritt in Richtung auf eine veränderte Struktur der Güterver*wendung getan, wie sie ein hochindu*strialisiertes Land brauche, um neue Arbeitsplätze zu schafffen und im internationalen Wettbewerb bestehen zu können. Die Notenbank erinnert daran, daß die Investitionsausgaben im letzten Konjunkturhoch 1979/80 rund 24 Prozent und in den frühen siebziger Jahren sogar 26½ Prozent des Bruttosozialprodukts ausgemacht hatte.

Für die Bruttoeinkommen der Produktionsunternehmen registriert die Notenbank in der zeiten Jahreshälfte eine dreiprozentige Zunahme gegenüber dem im ersten Halbjahr bereits um saisonbereinigt zehn Prozent gestiegenen Niveau, womit sie rund 21½ Prozent des Volkseinkommens erreichen, rund 2½ Prozentpunkte mehr als im Konjunkturtief vor zwei Jahren, aber wesentlich weniger als früher.

Die Selbstfinanzierungsquote der Unternehmen blieb mit 78½ Prozent der Investitionsaufwendungen trotz erheblich verstärkter Investitionstätigkeit hoch. Das Finanzierungsdefizit der Produktionsunternehmen vervierfachte sich in der zweiten Jahreshälfte auf knapp 20 Mrd. DM. Über Kredite und Aktienemissionen nahmen die Unternehmen gut 61 Mrd. DM auf, fast 17 Mrd. DM mehr als im Vorjahr. Damit ging eine erhebliche Verstärkung der finanziellen Reserven einher; für die Geldvermögensbildung wurden 37,5 Mrd. DM aufgewendet, rund 12 Mrd. DM mehr als in der zweiten Vorjahreshälfte. Die kurzfristigen Bankguthaben wurden um 17 Mrd. DM aufgestockt, die Rentenanlagen um 6,3 Mrd. DM.

MINERALÖLMARKT

„Die Preise werden sich so bald noch nicht erhöhen“

HEINZ HECK, **Bonn**

Die realen Ölpreise werden in den achtziger Jahren nicht steigen. Jedoch dürfte Rohöl langfristig immer teurer werden. Diese These vertrat Professor Hans K. Schneider, Energieexperte und einer der „fünf Weisen“ des Sachverständigenrats, gestern in einem Vortrag vor der Gesellschaft für Energiewissenschaft und Energiepolitik (GEE) in Bonn.

Hauptgründe für seinen zumindest kurzfristigen Optimismus sind die derzeitige Verfassung des Opec-Kartells sowie die erfolgreichen Spar- und Substitutionsbemühungen vor allem der westlichen Industrieländer (OECD). Die Opec sei derzeit zwar nicht in der Lage, „den Preisfrieden zu brechen“. Allerdings sei zu bedenken, daß es in den letzten Jahren trotz des stark rückläufigen Lieferanteils der Opec nicht zu einem großen Preiseinbruch gekommen sei.

Der Rückgang des Weltölverbrauchs seit 1979 gehe allein auf das Konto der OECD-Länder. Ihr Verbrauchsrückgang von knapp acht Millionen Faß täglich sei zu etwa 60 Prozent auf langfristig wirkende Faktoren wie ölsparende und -substituierende Investitionen zurückzuführen, zu rund 40 Prozent auf Rezession, Vorratsabbau und günstiges Wetter. Mit der Erholung der Weltkonjunktur rechnet Schneider *schon für 1984* mit einer „deutlichen“ Zunahme. Jedoch habe die Investitionstätigkeit die Ölabhängigkeit deutlich reduziert. Schätzungsweise führe ein dreiprozentiges Wirtschaftswachstum nur zu einem Ölverbrauchsanstieg um rund ein Prozent. Bei dieser Annahme werde der Ölverbrauch bis Mitte der neunziger Jahre wieder den Stand von 1979 erreichen.

Wenn langfristig Rohöl immer teurer werde, so vor allem deshalb, weil eine grundlegende Verbesserung der Reservesituation bei konventionellem Öl nicht zu erwarten sei und seine Erschließung in realer Rechnung immer teurer würde. Trotz gewaltiger Anstrengungen bei der Ölsuche im vergangenen Jahrzehnt sei der Erfolg vergleichsweise bescheiden geblieben.

Schneider begründet die Übernahmewelle bei Ölgesellschaften in den USA so: „Es ist zur Zeit um zwei Drittel billiger, neues Öl an der Wall Street zu suchen als in Alaska oder der Nordsee oberhalb des 62. Breitengrades.“ Er teilt die Befürchtung, daß die Konzentration zu einer Einschränkung der Explorationsbemühungen führen und sich dadurch negativ auf die Ressourcenbasis in den westlichen Ländern auswirken könnte.

Dennoch: Für Schneider ist ein Ende des Ölzeitalters „nicht in Sicht“. Es gelte, Öl ökonomisch sinnvoll zu nutzen, also vor allem dort, wo seine *Substitution sehr hohe Kosten* verursacht. Die undifferenzierte Forderung „Weg vom Öl“ sollte daher endlich aufgegeben werden.

Gegründet auf Berlin

Von PETER GILLIES

Bei mir stehen die Geldgeber „Schlange“ – welcher Unternehmer vermag derart Kühnes von sich zu behaupten? Norbert Schlimm, Diplom-Ingenieur, seit Juni 1983 mit der Ro-Ber GmbH selbständig, entwirft Spezialroboter und ist erkennbar vom Selbstbewußtsein infiziert, das man Berlin und den Berlinern zuschreibt. Der Gründergeist, der sich neuerdings an der Spree rührt, überrascht *nicht wenig*. Denn mit einem Berliner Unternehmer zu reden, geriet jahrelang zu einem Klagelied in mehreren Variationen.

Heute laufen Gespräche anders ab. Die Forderung nach mehr Geld aus Bonn wird bereits als peinlich empfunden – eine Feststellung, die durchaus beachtlich genannt werden darf. Nun wäre die Behauptung verwegen, in Berlin sei bereits eine neue Gründergeneration aufgebrochen, mit dem gleichen Geist und Biß wie vor gut einem Jahrhundert jene Unternehmer, deren Namen den Weltruf „Made in Germany“ begründeten. Aber Spurenelemente davon sind auszumachen – das mag wenig scheinen *und ist doch* so viel.

Nun sollen die Probleme der Stadt nicht verkleinert sein. Ihr Aderlaß an Menschen und Unternehmen, an Ideen und Aufbruchstimmung war beträchtlich, auch wenn die Konjunkturforscher am Berliner Arbeitsmarkt jetzt gerade erstaunliche Besserungstendenzen auszumachen glauben. Da aber die längste Reise mit dem ersten Schritt beginnt, entscheidet über die Qualität eines wirtschaftlichen Standortes die Idee, die zündet oder die doch zumindest einen Nährboden vorfindet, auf dem sie wachsen kann.

Elmar Pieroth, der umtriebige Wirtschaftssenator der Halbstadt *mit dem vollen Programm*, definiert es so: Die Zeit, da man mit Subventionen die Standortnachteile Berlins auszugleichen vermochte, ist vorbei. Heute kann der Staat nur Organisationshilfe für die Innovation leisten. „Wir müssen Menschen und Ideen zusammenspannen“, meint der Politiker, der nach schwierigem Einstieg jetzt allgemeine Akzeptanz findet. Dabei ist dieses Programm von marktwirtschaftlicher Schmerzlichkeit, bedeutet es doch für die Berliner das Zusammenbrechen altgewohnter Betriebe und Strukturen, dem das mühsame Aufforsten kleiner und kleinster Pflänzchen folgt.

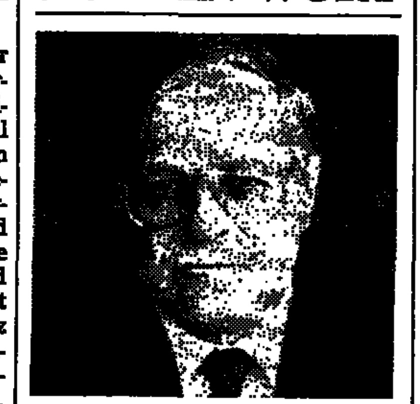
Der AEG-Komplex im Berliner Norden ist ein Denkmal der Gründerjahre und soll ein Exempel der zweiten Gründerwelle sein, Denkmal auch des Strukturwandels, sofern diesem überhaupt ein Denkmal gebührt. Hier gingen einige tausend Arbeitsplätze verloren, und hier sind Gründer eingezogen, Anfänger wie Arrivierte. Die Tüftler mit Chip und Roboter und vielen Ideen – vielleicht auch Flausen – sind die einen, Heinz Nixdorf, der andere, der einst im Keller mit dem „Labor für Impulstechnik“ anfing und so viel Impulse gab, daß er die Computer-Giganten das Fürchten lehrte.

Wirtschaftspolitisch gibt Berlin wieder Impulse. Der Transfer von den 182 Forschungs- und Entwicklungsinstituten der Stadt in die mittelständische Wirtschaft hinein wird erprobt. Berlin war zwar stets eine hochrangige Forschungsmetropole, aber lange Jahre gab es immer mehr Wissenschaftler, für die es einfach als unfein galt, mit einem Produkt oder einer Idee auch Umsatz oder gar Gewinn – Gipfel der Frivolität! – zu machen. Diese Berührungsängste werden langsam überwunden.

Als eine Kaderschmiede für die Jungunternehmer gilt Professor Günter Spur, Leiter des Fraunhofer-Instituts für Produktionsanlagen und Konstruktionstechnik und Impulsgeber für die gemeinsame Robotergesellschaft von BMW, Daimler, Siemens und VW in Berlin. Da gibt es Starthilfen mancherlei Art, die rege genutzt werden und nicht selten schon nach kurzer Zeit ihren Zweck erfüllt haben. Vielleicht gibt es sogar zuviel von diesen Töpfchen, die alle gutgemeint, aber deswegen noch lange nicht gut sind. Denn mancher Unternehmer zieht daraus den Trugschluß, der Staat müsse ihn nicht nur beim Start hätscheln, sondern auch während des gesamten Marathonlaufs.

„Hier bin ich wieder Unternehmer geworden“, resümiert Pieroth, einst erfolgreicher Weinhändler. Es scheint fast, als würde dieser Funke überspringen. So mag der touristische Werbeslogan „Berlin tut gut“ auch eine wirtschaftspolitische Anspielung enthalten.

AUF EIN WORT



„Vielfach sind in Einzelfällen unseriöse Werbemethoden von Versicherungsverträgen Auslöser pauschaler Angriffe gegen den Vertrieb. Ein negativ beeinflußtes Bild des Außendienstes wird vor allem von einigen Sonderorganisationen der Versicherungsvermittlung bestimmt. Wir dringen darauf, daß diese Organisationen der Mitarbeiterkontrolle durch die 'Auskunftstelle für den Versicherungsdienst' unterstellt werden.“

Prof. Dr. Robert Schwebler, Vorsitzender des Verbandes der Lebensversicherungs-Unternehmen

FOTO: DIE WELT

Kunden zahlten mehr bargeldlos

Py. Düsseldorf

Mit einer Zunahme von 13,1 auf rund 13,9 Billionen Mark hat der bargeldlose Zahlungsverkehr einen neuen Höchststand erreicht. Der Zahlungsverkehr der Banken untereinander ist darin nicht enthalten. Seit 1970 hat sich der Umfang verdreifacht. Die Banken begegnen dieser Entwicklung mit einem stärkeren Ausbau des beleglosen Zahlungsverkehrs. Gegenwärtig werden schon gut 80 Prozent des Lastschriftverkehrs und rund 40 Prozent des Überweisungsverkehrs beleglos abgewickelt.

EINKOMMENSTEUER

Stoltenberg: Tarifreform soll 1988 in Kraft treten

HEINZ HECK, **Bonn**

Finanzminister Gerhard Stoltenberg (CDU) ist sich auch mit seinen Kollegen aus den unionsregierten Ländern einig, daß die Reform des Lohn- und Einkommensteuertarifs 1988 in Kraft treten sollte. Stoltenberg hat gestern seine Kollegen aus den unionsregierten Ländern unterrichtet, nach einem Gespräch mit den Finanzministern der SPD-regierten Länder am Freitag.

Der vom Bundeskanzler offenbar im Prinzip bereits gebilligte Fahrplan für die Reform sieht die Verabschiedung des Gesetzespakets bis Ende 1985 vor. Die Verbesserung des Familienlastenausgleichs soll 1986 und die Tarifreform 1988 in Kraft treten. Dagegen gibt es jedoch Widerstand nicht nur von der FDP, sondern auch aus der Unionsfraktion.

Offen blieb auch in dem gestrigen Gespräch die Frage, wieviel des Entlastungsvolumens von rund 25 Mrd. DM durch Erhöhung indirekter Steuern gegenfinanziert werden muß. Stoltenberg neigt zu einer Größenordnung von 40 bis 50 Prozent, um auf der sicheren Seite zu sein, will aber bei günstiger Haushaltsentwicklung später auf einen niedrigeren Prozentsatz gehen.

Dietrich Austermann, Haushaltsexperte der Unionsfraktion, bezifferte gegenüber der WELT die vertretbare Steuerentlastung für 1986 auf etwa 15 Milliarden, 1987 sei sie „bereits erheblich größer“. Hierfür sei also keine Kompensation erforderlich. Für 1984 erwartet er eine Nettokreditaufnahme des Bundes von etwa 27 Milliarden oder mehr als sechs Milliarden unter dem Haushaltssoll. 1985 könne bereits die 20-Milliarden-Grenze unterschritten werden.

THYSSEN-HAUPTVERSAMMLUNG

Haltung einiger Banken ist „einmalig“ und „pikant“

rtr, **Frankfurt**

Als „einmalig“ in der deutschen Nachkriegs-Wirtschaftsgeschichte gilt in Bankenkreisen die Entscheidung einiger Großbanken-Vorstände, der Verwaltung des Stahlkonzerns Thyssen auf der Hauptversammlung am 30. März möglicherweise die Entlastung zu verweigern. Wie eine Umfrage unter Banken ergab, haben einige Institute ihren Aktiendepot-Kunden mitgeteilt, daß sie ihnen nicht empfehlen können, auf der Hauptversammlung im Sinne der Verwaltung zu stimmen. Als „pikant“ gilt bei diesem Vorgang die Tatsache, daß Deutsche und Dresdner Bank, die beide keine positive Empfehlung abgegeben haben, durch Wilfried Guth (Deutsche) und Helmut Haeusgen (Dresdner) selbst im Thyssen-Aufsichtsrat vertreten sind.

Zu den Banken, die keine positive Empfehlung nahelegen, gehören auch die Bank für Gemeinwirtschaft (BfG) und die Bayerische Vereinsbank. Die Commerzbank und die Westdeutsche Landesbank haben eine Abstimmung im Sinne der Verwaltung empfohlen. In Börsenkreisen gilt als sicher, daß die Entlastung von Vorstand und Aufsichtrat trotz allem „über die Bühne“ gehen wird.

Im Einzelnen schreibt die Deutsche Bank an ihre Depot-Kunden unter Bezugnahme auf den Gegenantrag der Schutzgemeinschaft – „... können wir Ihnen aus heutiger Sicht nicht empfehlen, den Vorschlägen der Verwaltung zuzustimmen. Daher werden wir das Stimmrecht aus Ihren Aktien zu diesem Punkt nur dann wahrnehmen, wenn sie uns die oben erbetenen Weisungen erteilen. Andernfalls werden wir uns der Stimme enthalten.“

WIRTSCHAFTS JOURNAL

Ausländer bevorzugten deutsche Rentenwerte

Frankfurt (cd). – Die Dollaraufwertung kann nach dem Urteil der Bundesbank nicht in erster Linie mit einem verstärkten privaten Kapitalexport erklärt werden, der 1983 mit 29 Mrd. Mark nur um drei Mrd. Mark *höher war als im Vorjahr. Gleichzeitig* haben Ausländer ihre langfristigen Anlagen in der Bundesrepublik von 14 auf 27 Mrd. Mark fast verdoppelt. Allein 10,8 Mrd. Mark netto und damit mehr als zuvor wurden in deutschen Rentenwerten angelegt, davon 6,3 Mrd. Mark in öffentlichen Anleihen. Die Auslandsengagements in deutschen Aktien (ohne Beteiligungserwerb) haben sich auf 2,8 Mrd. Mark etwa verfünffacht. Außerdem übernahmen Ausländer für 12,1 Mrd. Mark netto (Vorjahr 9,2 Mrd. DM) Schuldscheine.

Preisanstieg beschleunigt

Wiesbaden (dpa/VWD) – Der Preisanstieg für Industrieprodukte hat sich in den letzten Monaten beschleunigt. Die Erzeugerpreise gewerblicher Produkte verteuerten sich von Januar bis Februar um 0,2 Prozent und lagen damit um 2,6 Prozent höher als vor einem Jahr. Im Januar 1984 und Dezember 1983 hatte die jährliche Preissteigerungsrate für Industrieerzeugnisse noch bei 2,3 beziehungsweise 1,7 Prozent gelegen, berichtete das Statistische Bundesamt.

Neuer Vertrag mit China

Peking (AP) – Die Vereinigten Staaten streben nach den Worten von Finanzminister Donald Regan einen neuen mittelfristigen Vertrag mit der Volksrepublik China über die Lieferung von Weizen an. *Der gültige Vier*jahresvertrag läuft dieses Jahr aus.

Ansiedlung erleichtert

Peking (dpa/VWD) – China will Ausländern die Errichtung eigener Produktionsstätten erlauben. Wie die Pekinger Presse berichtet, kündigte dies der chinesische Parteichef Hu Yaobang an. Betriebe im alleinigen Kapitalbesitz ausländischer Firmen können danach in ausgewählten an Chinas Ostküste zugelassen werden. Der erste Betrieb dieser Art wird vermutlich eine Tonbänder und Isoliermaterial-Fabrik in Shanghai sein, die der amerikanischen Firma Minnesota Mining and Manufactoring Company (MMM) gehört. Bisher hatte die chinesische Regierung nur die Beteiligung ausländischen Kapitals an Gemeinschaftsunternehmen zugestanden.

Sektabsatz gestiegen

Wiesbaden (AFP) – Nach Mitteilung des Verbandes deutscher Sektkellereien wurden im vergangenen Jahr 270 (260,6) Mill. Flaschen Sekt abgesetzt. Damit wurde das Niveau von 1979 leicht übertroffen (268), nachdem 1981, dem Jahr vor der letzten Erhöhung der Sektsteuer, noch 285 Mill. Flaschen verkauft werden konnten. Im Vergleich zu 1981 haben die Sektkellereien 2600 Mitarbeiter oder 16 Prozent der Belegschaft abgebaut.

Uran noch billiger

London (VWD) – Aggressive Verkäufe von Herstellern und Verwendern haben den Uranpreis auf den niedrigsten Stand seit 18 Monaten gedrückt. Wegen der derzeitigen Überversorgung sei mit einem weiteren Nachgeben zu rechnen. Nuexco gibt den Preis derzeit mit 17,50 Dollar/lib an gegenüber 24 Dollar im September 1983. Der Spitzenpreis wurde mit 43 Dollar/lib im Juni 1979 erreicht. Begründet wird der Preisverfall zum Teil mit der Krise in der US-Kernkraftindustrie.

Kindermode gefragt

Düsseldorf (Py.) – Mit guten bis sehr guten Ordererergebnissen ist die 44. Internationale Messe Kind + Jugend in Köln zu Ende gegangen. Nach Angaben der Messeleitung sind die Preise für Standard-Sommerware 1984 stabil geblieben, während der Handel für betont modische Ware Preiserhöhungen zwischen zwei und drei, vereinzelt auch bis fünf Prozent, akzeptierte. Insgesamt besuchten 7900 Facheinkäufer aus 39 Ländern die Messe (plus 8 Prozent), die von 419 Ausstellern aus 14 Staaten beschickt worden war. Das Ausland stellte nicht nur 22 Prozent der Besucher, sondern auch 40 Prozent der Aussteller.

RWI

Mehr Verbrauch an Primärenergie

AP, Essen

Der Verbrauch von Primärenergie wird sich 1984 nach Schätzungen des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung (RWI), Essen, um 2,5 bis drei Prozent auf 372 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten (SKE) erhöhen. Ausschlaggebend für den Anstieg sei ein Wachstum der gesamtwirtschaftlichen Produktion um rund drei Prozent, wobei die energieintensiven Branchen des Grundstoff- und Produktionsgütergewerbes ihre Produktion überproportional steigerten, heißt es in der in Essen vorgelegten Studie.

Hinzu komme, daß sich der Einsatz von Energie in den Kraftwerken bei einer rund vierprozentigen Zunahme des Stromverbrauchs stärker erhöhen werde als der gesamte Energieverbrauch. „Das Bestreben, Energie zu sparen, wird wegen der nach wie vor hohen Preise zwar anhalten, voraussichtlich aber kaum zusätzliche Anstöße erhalten", vermuten die Wissenschaftler.

Der Verbrauch von Mineralöl werde kaum noch zurückgehen, da sich die Einsparmöglichkeiten weitgehend erschöpften und gleichzeitig der Bedarf an Kraftstoffen und Mineralölprodukten wachsen werde. Der Bedarf an Steinkohle wird der Untersuchung des RWI zufolge erneut zunehmen. Zurückzuführen sei dies überwiegend auf den Einsatz zur Stromerzeugung, wie ihn der Steinkohlenbergbau und die Elektrizitätswirtschaft vertraglich vereinbart hätten. Den weitaus höchsten Zuwachs sagt das Essener Institut der Kernenergie voraus. Der Verbrauch von Erdgas werde im Jahresverlauf ebenfalls nach oben weisen, weil vom verarbeitenden Gewerbe weitere Impulse ausgehen werden. Der Verbrauch von Braunkohle dürfte weiterhin stagnieren, da der Zuwachs beim Stromverbrauch weitgehend durch Kernenergie abgedeckt wird, heißt es in der RWI-Studie.

LASTENAUSGLEICHSBANK / Kräftige Ausweitung des Kreditgeschäfts – 16 500 Vorhaben wurden gefördert

Stürmische Nachfrage nach Gründungshilfen

HEINZ STÜWE, Bonn

Mit einer bemerkenswerten Erfolgsbilanz in ihrem Haupttätigkeitsfeld, den langfristigen Finanzierungshilfen bei Unternehmensgründungen, kann die Lastenausgleichsbank (LAB) in Bonn aufwarten. Noch nie seien die Programme der LAB so stark in Anspruch genommen worden wie 1983 und in den ersten Monaten dieses Jahres, berichtete der Vorstandsvorsitzende des Bundesinstituts, Wolfgang Rutschke.

Insgesamt 16 500 Gründungsvorhaben wurden 1983 mit 1,35 (0,7) Mrd. DM gefördert. Damit seien 80 000 Arbeitsplätze geschaffen oder gesichert worden, hieß es. Die stürmische Nachfrage setzt sich auch in diesem Jahr fort. Bis zum 15. März registrierte die LAB 4900 Anträge auf ERP-Darlehen, 14 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Bei der Eigenkapitalhilfe gab es sogar eine Steigerung um 50 Prozent auf 3300 Anträge.

Inwieweit sich in diesen Zahlen eine Zunahme von Firmengründungen widerspiegelt, können angesichts fehlender Daten auch die LAB-Experten nicht beziffern, zumal die Konditionen der Programme 1983 ganz erheblich verbessert wurden. Bereits im Oktober 1982 hatte die neue Bundesregierung den Zinssatz der ERP-Kredite (1983 mit 910 Mill. DM in Anspruch genommen) von 9,5 auf sieben Prozent gesenkt. Für die Darlehen der Eigenkapitalhilfe (370 Mill. DM) sind nach zwei zinsfreien Jahren zwei, drei und fünf Prozent, vom sechsten Jahr an schließlich der Marktzins (derzeit 9,1 Prozent) zu zahlen. Die Tilgungen setzen erst nach der Hälfte der Laufzeit von 20 Jahren ein.

An hohe Mitnahme-Effekte aufgrund dieser günstigen Ausgestaltung glaubt Vorstandsmitglied Klaus Nötzel dennoch nicht. Zudem seien die geförderten Firmen „besser gegründet" als andere; eine Aussage, die er mit einer Aufgabequote von nur zehn Prozent in den ersten fünf Jahren belegt.

Besonders gründungsfreudig zeigten sich 1983 die Handwerker, auf die über 40 Prozent der Kreditzusagen entfielen, gefolgt vom Handel mit etwa 30 und dem Beherbergungsgewerbe mit gut zehn Prozent.

In dem Entwurf des neuen LAB-Gesetzes, der eine Umbenennung des Instituts in Deutsche Ausgleichsbank vorsieht, sieht Rutschke „eine aktualisierte Umschreibung dessen, was die Bank heute macht". Die ursprüngliche Aufgabe, die Abwicklung des Lastenauslgeichs, beansprucht heute nur noch 14 Prozent der Bilanzsumme von 11,7 (11,6) Mrd. DM bei abnehmender Tendenz. Die LAB sieht sich selbst als Mittelstandsförderungs-Institut des Bundes. Ein Name, der sich angesichts des wachsenden Umfangs neu übernommener Aufgaben rechtfertigt. Die Finanzierung von Umweltschutzmaßnahmen (ERP-Abfallwirtschaftsprogramm) trug 260 (180) Mill. DM, Kredite für Betriebsverlagerungen (im Rahmen des ERP-Standortprogramms) steuerten 520 (250) Mill. DM zum gesamten Aktivgeschäft bei, das sich kräftig von 1,4 auf 2,3 Mrd. DM erhöhte. Um das seit 1954 unveränderte Grundkapital von 25 Mill. DM dem Geschäftsumfang anzupassen, ist eine Kapitalerhöhung eingeleitet. 70 Mill. DM hat der Bund bereits geleistet, 25 Mill. DM sollen nach der Neuregelung aus dem ERP-Sondervermögen kommen.

Spekulationen, daß die Novellierung auf eine Teilprivatisierung der LAB abziele, wies der Vorstandschef zurück. Zwar solle die Möglichkeit geschaffen werden, den Kreis der Anteilseigner um solche aus dem öffentlichen Bereich zu erweitern, konkrete Pläne gebe es jedoch nicht.

Übernahme mißlungen

rtr, New York

Der australische Verleger Rupert Murdoch hat seinen Versuch aufgegeben, die Kontrolle über den US-Unterhaltungskonzern Warner Communications Inc. zu erlangen und wird seine bislang erworbenen Anteile wieder an Warner abgeben. Warner wird nach eigenen Angaben die 8prozentige Beteiligung in Form von 5,57 Millionen Warner-Aktien im Besitz des Murdoch-Unternehmens News International plc, Tochter der Murdoch gehörenden News Corp. Ltd., zu einem Preis von 31 Dollar je Aktie zurückkaufen.

Murdoch hatte kürzlich die Kartellgenehmigung für einen Erwerb von 49,9 Prozent des Warner-Aktienkapitals erhalten und angekündigt, er wolle die Kontrolle über Warner erreichen. Doch seine in dieser Absicht unterbreitete Offerte an die BHC Inc., eine Tochter der New Yorker Fernseh- und Industriegesellschaft Chris-Craft Industries Inc., die von ihr gehaltenen Warner-Aktien abzukaufen, wurde von Chris-Craft abgelehnt.

Den Aktien-Rückkauf wird Chris-Craft nach eigenen Angaben durch Zeichnung von neuen Warner-Vorzugsaktien finanziell unterstützen; sie könnte dadurch ihren Anteil an Warner auf bis zu 29 Prozent erhöhen.

POLEN / Zahl der Agrarbetriebe sinkt

Probleme mit Staatsgütern

JOACHIM G. GÖRLICH, Bonn

Mit Blick auf die zur Diskussion stehende Westhilfe für die polnische Landwirtschaft hat das Organ der (ältesten polnischen) Bauernpartei im Exil „Tomorrow of Poland" (London) einen umfangreichen Überblick des Zustandes der polnischen Agrarwirtschaft veröffentlicht. Danach gibt es in Polen gegenwärtig 2 852 000 Privatbetriebe, die 19 Mill. Hektar (ha) Nutzfläche bewirtschaften und die 75,8 Prozent der gesamten Landwirtschaft ausmachen.

60 Prozent dieser Betriebe haben eine Größe von maximal fünf ha; dies besagt, daß die Männer meistens tagsüber in der Industrie ihr Geld verdienen. Nur 5,7 Prozent der Privatbetriebe sind größer als 15 ha. Traktoren sind Mangelware, auf 100 ha kommen 12,1 Pferde (1937: 15,2). Während gleich nach Kriegsende in Westeuropa die Zahl der Agrarbetriebe rapide zurückging, stieg ihre Zahl in Polen allein zwischen 1950 und 1960 von 2,9 auf 3,2 Mill. an. Erst seit den 80er Jahren geht die Zahl zurück: Weil die Nachkommen den Betrieb meistens nicht übernehmen wollen, treten die Bauern ihn für eine Staatsrente ab.

Auf Staatsbetriebe entfallen 19,7 Prozent der Agrarwirtschaft. 1200 gehören dem Landwirtschaftsministerium (Durchschnittsgröße 3400 ha) und 1311 unterstehen anderen Ressorts, vor allen Dingen dem Verteidigungsministerium (Durchschnittsgröße 187 ha). 30 Prozent können nur dank intensiver Staatshilfe existieren. Die KP-Wochenzeitung „Polityka" (Warschau) berichtete kürzlich, daß 80 Staatsgüter im vergangenen Jahr „mangels Kreditwürdigkeit" aufgelöst wurden, 180 schlossen das letzte Wirtschaftsjahr mit tiefroten Zahlen ab.

Es gibt in Polen 2359 Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (Durchschnittsgröße: 397 ha) sowie die lockere Form der Genossenschaft, die „Agrarzirkel". Davon nur 511 mit je rund 253 ha Größe. Insgesamt macht dieser genossenschaftliche Sektor 4,5 Prozent der gesamten Landwirtschaft aus.

Staats- und Genossenschaftssektor werden bevorzugt: bei der Besteuerung, bei der Zuteilung von Traktoren, Schädlingsbekämpfungsmitteln, Maschinen und Futter. Insgesamt 80 Prozent der staatlichen Agrarsubventionen gehen an diese beiden Sektoren. Der Rest an die „Privaten", die eigentlich der Pfeiler von Polens Landwirtschaft und Ernährung sind.

Flüssiggas hat sich gut behauptet

nl. Stuttgart

Auf dem Energiemarkt gut behauptet haben sich nach Einschätzung von Helmar Vortmann, Vorstandsmitglied im Deutscher Verband Flüssiggas e.V. (DVFG), die süddeutschen Flüssiggas-Versorgungsunternehmen. Der Absatz der 22 Mitgliedsfirmen ging in 1983 lediglich um 0,8 Prozent auf 293 608 Tonnen Flüssiggas zurück, während andere Energiearten teilweise stärker abfielen. Die süddeutschen Firmen repräsentieren rund 30 Prozent des Branchenumsatzes, der bundesweit bei 1,2 Mrd. DM liegt.

Da die Branche davon ausgeht, daß das wachsende Umweltbewußtsein die Vorteile des Flüssiggases stärker zur Geltung kommen läßt, herrscht im Hinblick auf die weitere Entwicklung eine gewisse Zuversicht. Für das laufende Jahr rechnet man mit einer 5prozentigen Absatzsteigerung. Für Europa sei die Versorgung, in der die Importe durch die zurückgehende inländische Raffinerieverarbeitung stärkeres Gewicht bekämen, gesichert. Wettbewerbsverzerrungen befürchtet die Branche von leitungsgebundenen Versorgungskonzepten mit Anschlußzwängen und durch den Einfluß von Subventionen für die Erdgasversorgung.

FRANKREICH / Metallverarbeitung im Rückstand

Es wird zu wenig investiert

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Der Rückstand der französischen Industrie gegenüber der deutschen ist in der mechanischen und metallverarbeitenden Industrie – hier im FIMTM-Verband zusammengeschlossen – besonders groß. „In der Produktion wie im Export besitzen wir das halbe Gewicht", erklärte Verbandspräsident Roland Koch gegenüber der WELT. Bei den Werkzeugmaschinen sei der deutsche Vorsprung noch größer.

Daran dürfte sich vorerst schon deshalb nicht viel ändern, weil die Investitionstätigkeit in Frankreich weiter nach unten gerichtet ist, während sie in der Bundesrepublik wieder zunimmt. Demzufolge erwartet der Verband für 1984 einen neuen auf drei Prozent veranschlagten Produktionsrückgang der Branche. Nachdem deren Index (1970 = 100) von 1976 bis 1980 zwischen 121,8 und 122,2 stagnierte, fiel er 1981 auf 119,5, 1982 auf 119,2 und 1983 auf 116,4 Punkte.

Der Branchenumsatz konnte 1983 auf 182 (173) Mrd. Franc gesteigert werden (weniger als die Inflation), womit er 12 Prozent des gesamten Industrieumsatzes ausmachte. Beim Export, der auf 93 (86,1) Mrd. Franc zunahm, hatte der Anteil 15 Prozent erreicht. Am Branchenumsatz gemessen wurde die Hälfte exportiert. Auch war der Ausfuhrüberschuß mit 19,5 (13,7) Mrd. Franc beachtlich. Die Belegschaft der Branche (553 000 Personen) erscheint im internationalen Vergleich überbesetzt.

Die Wettbewerbsfähigkeit konnte 1983 trotz Franc-Abwertung und Dollar-Hausse insgesamt nicht verbessert werden. Bei den wichtigsten Auslandskunden seien die Marktanteile der französischen Firmen zurückgegangen. Als größtes Handikap habe sich ihr Modernisierungsrückstand und ihre schlechte Finanzlage erwiesen. Für die Zukunft der Branche entscheidend sei vor allem die Belebung des Inlandsabsatzes. Stärkere Investitionen wären dringend erforderlich, weil der französische Maschinenpark immer mehr veraltet. Allerdings habe man auch schon technische Erfolge verbuchen können.

PARIBAS-BANK / Kontrolle in der Schweiz anvisiert

Tief scheint überwunden

JOACHIM SCHAUFUSS, Paris

Die zur französischen Finanzgruppe Paribas gehörende Banque de Paris et des Pays-Bas (Paribas-Bank) möchte ihre der sozialistischen Verstaatlichung entgangene Schweizer Tochter (Paribas Suisse) wieder unter eine beherrschende Kontrolle bringen. Bereits in den letzten zwei Jahren erhöhte sie ihre Beteiligung von ursprünglich 40 Prozent – der Rest verteilte sich auf zahlreiche Kleinaktionäre – auf 48 Prozent.

Hier steht als Mehrheitsaktionär die schweizerische Pargesa Holding gegenüber, die unmittelbar vor der Verstaatlichung durch ein Übernahmeangebot 51 Prozent des Kapitals erlangte. Nachdem sich die bankmäßigen Beziehungen zwischen beiden Ländern normalisiert haben, soll die Pargesa erwägen, ihren Anteil zugunsten der Pariser Bank auf unter 50 Prozent zu senken.

Inzwischen hat sich die Paribas-Bank auch von ihren Rückschlägen erholt. Der Reingewinn des Instituts stieg 1983 um 39,7 Prozent auf 175,6 (125,7) Mill. Franc und lag damit auch noch über dem Ergebnis des Jahres 1981 von 170,4 Mill. Franc. Bemerkenswert ist, daß die 1982 im Frankreich-Geschäft entstandenen Verluste von 117 Mill. Franc – zahlreiche Kunden waren zu den nicht verstaatlichten Banken übergelaufen – in ein Gewinn von 66,5 Mill. Franc verwandelt werden konnten. Im Auslandsgeschäft verminderte sich der Gewinn von 243 auf 109 Mill. Franc.

Offensichtlich hatte die Paribas-Bank stark unter der internationalen Verschuldungskrise zu leiden. Daher wurden auch die Rückstellungen (für dubiose Forderungen) erheblich erhöht – von 0,6 Mrd. Franc 1981 auf 1,2 Mrd. Franc 1982 und 1,7 Mrd. Franc 1983. Der Betriebsüberschuß stieg auf 4,13 (3,04) Mrd. Franc, das Geschäftsergebnis vor Abschreibungen, Rückstellungen und Steuern auf 2,3 (1,7) Mrd. Franc. Die Kreditvergabe des Instituts erhöhte sich um 23 Prozent auf 103,9 Mrd. Franc, dabei um 29,5 Prozent in Frankreich und um 15 Prozent im Ausland.

SIMONBANK / Erfolgreiche Neuorientierung

Erstmals wieder Dividende

HARALD POSNY, **Düsseldorf**

Die Neuorientierung der Geschäftspolitik – breitgefächerte Handels- und mittelständische Industriekundschaft im Kreditgeschäft, stärkere Hinwendung zur Großkundschaft im Dienstleistungsbereich und Auslandsgeschäft sowie Ausbau des Privatkundenbereichs machen's möglich: die Simonbank AG, Düsseldorf, zu 96 Prozent im Besitz der Bayerischen Vereinsbank, schüttet 1983 nach vier dividendenlosen Jahren für 6 Prozent auf 30 Mill. DM Grundkapital aus.

Wie schon im vergangenen Jahr hat die Ertragslage des Instituts einen beachtlichen Aufschwung genommen. Nach einer Steigerung des Zinsüberschusses auf 33,4 (26,9) Mill. DM und des Provisionsüberschusses auf 7,8 (6,6) Mill. DM hat sich das Betriebsergebnis auf 17,3 (10,1) Mill. DM verbessert. Auch die Risikovorsorge wurde nochmals erhöht, ohne die Stärkung der inneren Reserven zu vernachlässigen. Aus dem Jahresüberschuß von 3,8 (2,7) Mill. DM fließen 2 (2,7) Mill. DM den Rücklagen zu.

Die Eigenmittel der Bank machen mit 57 (54,7) Mill. DM weiterhin 3,8 Prozent der 1983 nur verhalten auf 1,52 (1,42) Mrd. DM gewachsenen Bilanzsumme aus. Das Geschäftsvolumen stieg um 5,8 Prozent auf 1,84 Mrd. DM. Das Gesamtkreditvolumen ging von 912 auf 902 Mill. DM zurück, u.a. eine Folge der Verringerung von Wechselkrediten (97 nach 131 Mill. DM). Die Kundenforderungen nahmen jedoch um 6,9 Prozent auf 644 Mill. DM zu. Die Gesamtliquidität hat sich auf 43,1 (28,9) Prozent erhöht. Ursächlich hierfür ist der hohe Bestand (380 nach 354 Mill. DM) an Anleihen und Schuldverschreibungen mit sehr kurzen Restlaufzeiten.

Für das laufende Jahr erwartet die Simonbank wieder einen befriedigenden Abschluß; das Ergebnis der beiden ersten Monate bewegt sich nach Angaben des Vorstands auf Vorjahresniveau. (Hauptversammlung am 23. Mai).

DEUTSCHE LEASING / „Ausfälle unter der Kalkulationsgrenze" – Skepsis zur Kooperation mit der DAL

Weiter steiler Wachstumskurs beim Neugeschäft

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Nur sehr skeptisch beurteilt Albrecht Dietz, Vorstand der Deutschen Leasing AG, Frankfurt, die Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit der im Herbst letzten Jahres in Schwierigkeiten geratenen Deutschen Anlagen-Leasing GmbH (DAL), Mainz. Allein eine Betreuung der DAL-Immobilienkunden im Mobilienbereich durch die DL könnte nach Ansicht von Dietz eine „sinnvolle Basis" für eine Zusammenarbeit sein, über die angesichts gewisser Übereinstimmungen im Gesellschafterkreis beider Leasing-Unternehmen (Westdeutsche und Bayerische Landesbank) immer wieder spekuliert wurde.

Dietz ist bei den wohl auf Wunsch einiger Gesellschafter zustandegekommenen ersten Gesprächen ohne Zweifel derzeit in der stärkeren Position. Denn im vergangenen Jahr, in dem die Leasing-Branche erstmals seit ihrem Bestehen einen Rückgang ihres Wachtums verbuchte, blieb DL mit ihrem Neugeschäft auf Kurs: Das Geschäftsjahr 1982/83 (30. 9.) schließt mit 734,1 Mill. DM Neugeschäft, 26,4 Prozent mehr als im Jahr zuvor.

In der Gruppe – einschließlich der DIF-Bank, vor allem Sammelbecken für die Refinanzierung des Sparkassengeschäfts, und der Auto-Service-Verträge – wuchs das Neugeschäft sogar um 35,6 Prozent auf 824,8 Mill. DM. Dietz nennt diesen Zuwachs, „der an beste Jahre des Leasing-Booms heranreicht" umso bemerkenswerter, als er im Zuge einer bewußt konservativen Risikopolitik erzielt worden sei. Diese seit langem gepflegte Linie habe im übrigen auch dafür gesorgt, daß Ausfälle weiterhin „unter der Kalkulationsgrenze" blieben.

Als „erfreulich" wertet der DL-Vorstand, daß alle Bereiche zum Wachstum beitrugen: Bei Industrieausrüstungen wuchs das Neugeschäft um 15 Prozent, Informationstechnik legte 29 Prozent zu, das Auto-Leasing (markenungebunden) sogar 35 Prozent. Hier habe man sich aber bewußt aus dem „teilweise ruinösen Preis- und Konditionen-Wettbewerb im Privatleasing" herausgehalten. „Betont konservativ" fahre man auch das Immobilien-Leasing, das in erster Linie als Ergänzung für jene Kunden geboten werde, die Wert auf ein komplettes Investitionsvorhaben aus einer Hand legen. Gut angelassen hat sich offenbar die Erschließung des Sparkassen-Leasingmarktes über die LGS Leasinggesellschaft der Sparkassen GmbH, was sich indirekt aus dem um 31 Prozent auf 266 Mill. DM gestiegenen Kreditvolumen der DIF-Bank ablesen läßt.

Das lebhafte Neugeschäft schlägt sich im Konzern in einem Bestandswachstum um 10,5 Prozent auf 2,96 (2,7) Mrd. DM (zu Anschaffungswerten) nieder. Die ausstehenden Mietforderungen stiegen auf 2,1 (1,9) Mrd. DM. Die Mieteinnahmen (Umsatz) im Konzern kletterten um 9,7 Prozent auf 774,7 (706) Mill. DM. Mit annähernd der gleichen Rate sei auch das Konzernergebnis gewachsen, unterstrich Dietz bei der Vorlage des Geschäftsberichts.

„Wie immer" habe man allen erkennbaren akuten und latenten Risiken Rechnung getragen, betont Dietz, und kann dabei unter anderem auf eine Aufstockung der freien Rücklagen um 8 (4) Mill. DM verweisen. Aus Gesellschaftsmitteln wird gleichzeitig das Grundkapital von 30 auf 35 Mill. DM aufgestockt, so daß die AG jetzt 65 Mill. DM Eigenmittel ausweist. Die Gesellschafter partizipieren mit gut 10 (12) Mill. DM Gewinnabführung. Für das neue Jahr, im dem die „Konsolidierung des Erzielten" im Vordergrund stehe, rechnet die DL mit rund 900 Mill. DM Neugeschäft; nach verhaltenem Start machten sich nun in allen Bereichen die Konjunkturimpulse bemerkbar.

JAGENBERG

Aufwärtstrend hält noch an

J. G. **Düsseldorf**

Um 5,6 Prozent auf 953 Mill. DM hat die mehrheitlich zum Rheinmetall-Konzern gehörende Jagenberg AG, Düsseldorf, 1983 ihren Weltumsatz gesteigert. Dies allerdings bei „knapp behauptetem" Geschäft des Maschinenbaus nur durch 15 Prozent Umsatzplus im Bereich Verpackungssysteme und insgesamt durch Ausdehnung des Auslandsanteils auf 63 (62) Prozent des Umsatzes. Der Vorstand spricht im ersten Rückblick auf 1983 von einem „deutlich" über dem Vorjahr (5,7 Mill. DM Gewinnausweis) liegenden Ertrag, der Risikovorsorge für den 1984/85 vorgesehenen Umzug von Produktion und Verwaltung aus dem Düsseldorfer Stadtkerngebiet erlaube. Weitere Besserung in Umsatz und Ertrag sei 1984 zu erwarten.

Letzteres wird damit begründet, daß der 1983 auf 963 (908) Mill. DM erhöhte Auftragseingang im Jahresverlauf steigende Tendenz zeigte. Die setze sich bisher fort, wenngleich auch der internationale Wettbewerb an Schärfe eher noch zunehmen dürfte. Die Belegschaftszahl der Gruppe wurde 1983 auf 5591 (5771) reduziert, davon 514 (464) im Ausland. Rückläufig waren auch die 32 (35,9) Mill. DM Sachinvestitionen bei 34,5 (32,5) Mill. DM Abschreibungen.

Dies sei ein Atemholen vor den offensichtlich wesentlich größeren Investitionen im Zuge der Umzugspläne. Bis zum ersten Halbjahr 1985 will Jagenberg nach dem Motto „Alles unter einem Dach" die gesamte Produktion im Werk Neuss konzentriert und in Düsseldorf ein neues Verwaltungsgebäude bezogen haben. Das alte Werksgelände (50 000 qm) soll verkauft werden.

BERLINER VOLKSBANK / Zinsüberschuß verbessert

Bankkredite stark gefragt

tb. **Berlin**

Über ein voll befriedigendes Geschäftsjahr 1983 berichtet die Berliner Volksbank. Der gute Abschluß 1983 liege im Banken-Trend, sagte Vorstandsvorsitzender Heinz-Dieter Prüske vor Journalisten in Berlin, „sogar noch etwas über dem Durchschnitt".

Dieses genossenschaftliche Kreditinstitut hat 1983 in allen Bereichen gute Zuwachsraten erzielt; das gilt auch für die Erträge. Die Bilanzsumme erhöhte sich um 13,4 Prozent auf 2,433 (2,144) Mrd. DM, das Geschäftsvolumen stieg um 12,9 Prozent auf 2,612 (2,314) Mrd. DM.

Wie schon im Vorjahr ging das Wachstum wieder von der Einlagenseite aus. Die gesamten Einlagen machen 2,923 Mrd. DM aus, davon stammen 1,82 Mrd. DM von Kunden. Als erfreulich bezeichnete Prüske den Anstieg der Spareinlagen um 7 Prozent auf 643,5 (601,2) Mill. DM. Größter Posten blieben aber die Termineinlagen mit 836,44 (747,89) Mill. DM.

Kräftig ausgeweitet wurde auch das Kreditvolumen, nämlich um 14,8 Prozent auf 1,352 (1,178) Mrd. DM. Allerdings kam die Nachfrage vorwiegend aus dem Baubereich. Der Zinsüberschuß verbesserte sich bei einer unveränderten Zinsspanne von durchschnittlich 3,25 Prozent auf 80 (71,1) Mill. DM. Der Provisionsüberschuß nahm um 1,7 Mill. DM zu. Diesen höheren Erträgen von 10,6 Mill. steht ein erhöhter Personal- und Sachaufwand von 4,5 Mill. DM gegenüber.

Der Bilanzgewinn von 11,9 Mill. DM liegt um 3 Mill. höher als 1982. Nach Zuführung von 120 Mill. zu den offenen Rücklagen (dann 70 Mill. DM) sollen die Anteilseigner wieder eine Bardividende von 5,76 Prozent (9 Prozent einschließlich Steuergutschriften) erhalten.

Alfa Romeo GmbH fuhr in Gewinnzone

VWD, **Frankfurt**

Bei einem Umsatzplus von 25,2 Prozent auf 212,3 Mill. DM ist die Alfa Romeo Deutschland GmbH im Geschäftsjahr 1983 erstmals seit zehn Jahren in „schwarze Zahlen" gefahren. Der Gewinn belief sich nach Angaben von Geschäftsführer Siegfried Huber auf 3,0 Mill. DM, während von der italienischen Mutter in den vorangegangenen Jahren kumulierte Verluste in der Größenordnung von über 10 Mill. DM abzudecken waren.

Huber führt die positive Entwicklung am deutschen Markt sowohl auf die wieder wachsende Nachfrage als auch auf Rationalisierungsmaßnahmen in der deutschen Vertriebsorganisation zurück. So ist die Zahl der Direkthändler von 360 auf 290 reduziert worden. Die Bereinigung sei damit aber noch nicht abgeschlossen. 1983 ereichte Alfa Romeo in der Bundesrepublik nach einer Steigerung der Neuzulassungen um 7,1 Prozent auf 12 068 Einheiten einen Marktanteil von 0,5 Prozent. Bis 1986 will die deutsche Alfa-Tochter auf einen Marktanteil von etwa einem Prozent (23 000 bis 25 000 Fahrzeuge) kommen.

KONKURSE

Konkurs eröffnet: Achim: Ernst Schnittker GmbH, Achim-Baden; **Berlin-Charlottenburg:** Nachl. d. Kurt Werle; Nachl. d. Senta Franke; **Bielefeld:** Nachl. d. Ursula Ethner geb. Turowski, Schloß-Holte-Stukenbrock; **Braunschweig:** Ulrich Stiem, Architekt, Meine; Gerd Visser, Holzkaufmann, Meine; **Cloppenburg:** Hermann Fangmann, Kaufmann; REAL Vermögensverwaltungs GmbH; **Deggendorf:** Karl Rößler, Kaufmann; **Düsseldorf:** Dipl.-Ing. Werner Brammertz Tief- u. Straßenbau GmbH & Co. KG, Mettmann; Robert Michel KG, früher Heiligenhaus, jetzt Ratingen 6; OCSL Overseas Container Shipping Lines GmbH, Hamburg; Nachl. d. Maria Jansen geb. Raszeja; **Duisburg:** Dachdekkermeister Eichner GmbH, Mülheim; **Göttingen:** Claudia Wenzel, Studentin, Inh. d. Discothek Palace; **Frankfurt:** Nachl. d. Elfriede Weidel; **Gütersloh:** Heino Krey & Co., Herzebrock; **Hannover:** GSP Electronic GmbH; Ihme-Bowling-GmbH; Nachl. d. Friedrich Esdar; **Hanau:** Braun Bedachungs GmbH, Maintal; **Karlsruhe:** Bernard Stencel; Nachl. d. Ursula Back-Schück; **Köln:** Stefan Pfeiffer; Henriette Pfeiffer; American-Autohaus GmbH; **Mannheim:** Manfred Spohr, Dackdeckerei, Ketsch; Nachl. d. Judith von Sallay, Mannheim-Almenhof; **Nordenham:** Nachl. d. Karl-Heinz Wessels, Kfz.-Mechanikermeister – Autohaus u. Fordvertragswerkstatt; **Schleswig:** Nachl. d. Helmuth Vogt, Kraftfahrzeughändler, Scheggerott, Ortsteil Brarupholz; **Schwäbisch Hall:** Nachlaß der Marie Katharine Kreß geb. Hettenbach, Forchtenberg; **Wiesbaden:** Werner Hans Heß, Wiesbaden-Auringen; **Wolfratshausen:** Klaus Devens, Makler, Inhaber eines Immobilienbüros, Rottach-Egern.

Anschlußkonkurs eröffnet: Ahrensburg: E. D. Rode GmbH & Co. KG, Reinbek.

Vergleich beantragt: Düsseldorf: Rohde & Dörrenberg KG; **Eschwege:** Alfred Hendrich, Kaufmann, Ringgau-Renda; Berkataler Rockfabrik GmbH, Berkatal-Frankershausen; **Iserlohn:** Theo Penris, Kaufmann; **Konstanz:** Udo Stöhr, Gastwirt.

UNTERNEHMEN UND BRANCHEN

G + H zahlt Dividende

Ludwigshafen (VWD) – Trotz eines offenbar schlechteren Ergebnisses wird die Grünzweig + Hartmann und Glasfaser AG (G + H), Ludwigshafen, für das Geschäftsjahr 1983 eine Dividende zahlen. Das Gesamtergebnis lasse eine Ausschüttung (zuletzt 4 DM je 50-DM-Aktie) zu, heißt es in einem Aktionärsbrief des zum französischen Saint-Gobain-Konzern gehörenden Unternehmens, der keine Zahlenangaben enthält.

Wieder 9 DM bei Rheinhyp

Frankfurt (VWD) – Der Hauptversammlung der Rheinischen Hypothekenbank AG, Frankfurt, am 7. Mai werden für das Geschäftsjahr 1983 aus 55 (Vorjahr 50) Mill. DM Jahresüberschuß wieder 9 DM Dividende je 50-DM-Aktie auf 85,3 Mill. DM Grundkapital vorgeschlagen. Den offenen Rücklagen sollen 40 (35) Mill. DM zugeführt werden, so daß die deckungsfähigen Eigenmittel sich auf 523 Mill. DM stellen.

Tochter in Australien

Oberhausen (VWD) – Die Deutsche Babcock AG hat gemeinsam mit der Clyde Industries Ltd. eine Joint-Venture-Gesellschaft in Australien gegründet. Die Clyde-Deutsche Babcock Pty. Ltd., St. Leonards, übernimmt den Vertrieb ausgewählter Babcock-Produkte auf dem australischen Markt. Schwerpunkte des neuen Unternehmens sollen Energie- und Prozeßtechnik sowie Umweltschutztechnologien sein.

Michelin steigert Ertrag

Karlsruhe (nl) – Die Michelin Reifenwerke KGaA, Karlsruhe, verbuchte nach vorläufigen Zahlen in 1983 einen Umsatz, der bei etwa 2 Mrd. DM liegt und somit um 6 Prozent unter dem Vorjahr bleibt. Ausschlaggebend war hierfür die rückläufige Exportentwicklung bei den Lkw-Herstellern. Ausgewiesen wird ein Jahresüberschuß von 57 Mill. DM, womit der aus 1981 stammende restliche Verlustvortrag von rund 41 Mill. DM getilgt werden kann.

Unveränderte Dividende

München (sz.) – Eine unveränderte Dividende von 10 DM je 50-DM-Aktie will die Bayerische Handelsbank für 1983 vorschlagen. Die jungen Aktien aus der Kapitalerhöhung 1983 auf 50 (44) Mill. DM sollen mit 5 DM bedient werden. Aus dem Jahresüberschuß von 21,4 (18,8) Mill. DM wurden vorab 10 Mill. DM in die offenen Rücklagen eingestellt; auf Beschluß der Hauptversammlung sollen ihnen weitere 2 Mill. DM zugeführt werden. Das Institut weist für 1983 eine Bilanzsumme von 16,05 Mrd. DM (plus 4,3 Prozent) aus. Zum stellvertretenden Vorstandsmitglied hat der Aufsichtsrat der Bank mit Wirkung vom 1. April 1984 Rudolf Heß berufen.

NAMEN

Dr. Alfons Kretzschmar, langjähriger geschäftsführender Gesellschafter der Telefonbau und Normalzeit Lehner & Co. und heutiger Aufsichtsratsvorsitzender der Telefonbau und Normalzeit GmbH, vollendet heute sein 70. Lebensjahr.

Walter Rebesky, Geschäftsführer der Storebest-Ladeneinrichtung GmbH, Lübeck, feiert am 21. März seinen 60. Geburtstag.

Eckhard Bollmann, Prokurist der Wieger GmbH & Co. KG, Getreide – Futtermittel, Düsseldorf, ist zum Vorsitzenden der Getreide- und Warenbörse Rhein-Ruhr, Duisburg-Essen, zu Duisburg, gewählt worden. Sein Vorgänger **Wilhelm Specht** wurde nach 17jähriger Amtszeit zum Ehrenvorsitzenden gewählt. **Hans Wiegershaus** (Getreide-Import-Gesellschaft mbH, Duisburg) und **Alex Hohmann**, Gelsenkirchen, wurden stellvertretende Vorsitzende.

Richard Wagner, seit 1967 Geschäftsführer des Berufsbildungswerks der Versicherungswirtschaft (BWV), München, wird heute 60 Jahre.

Dr. **Wilhelm Heemeyer**, früheres technisches Vorstandsmitglied der Klöckner-Werke AG, Duisburg, vollendet heute das 80. Lebensjahr.

STOREBEST-LADENEINRICHTUNGEN / Renovierungswelle im Handel

Spezielle Systeme für Apotheken

JAN BRECH, **Hamburg**

Im deutschen Handel gibt es zur Zeit eine Renovierungswelle. Da Standorte rar geworden sind und das Ladennetz insgesamt gut bestückt ist, nehmen Neueinrichtungen ab, während der Erneuerungsbedarf steigt. In den Städten, so sieht es Walter Rebesky, Geschäftsführer der Storebest-Ladeneinrichtung GmbH & Co, Lübeck, werden selbst kleine Läden nicht mehr bedenkenlos geschlossen und Läden in den Wohngebieten wieder mehr gepflegt. Die Großbetriebsformen des Handels erhofften sich durch die Renovierung und Umstellung jene Umsatzausweitung, die früher die Verkaufsflächenexpansion brachte.

Von diesem Trend hat Storebest, die 1955 mit der Produktion und dem Vertrieb von Ladeneinrichtungs-Systemen begann und inzwischen zu einem führenden Hersteller in Europa avanciert ist, deutlich profitiert. Nach Angaben von Rebesky erzielte das Unternehmen 1983 ein reales Wachstum von 6 Prozent. Der Inlandsumsatz lag bei knapp 80 Mill. DM. Rechnet man die Verkäufe der ausländischen Vertriebstöchter in Holland/Belgien, Frankreich, Österreich und der Schweiz hinzu, kommt die Gruppe auf fast 105 Mill. DM.

Die Anteile von Neueinrichtungen und Renovierungen am Gesamtumsatz haben sich dabei gegenüber früher verkehrt. Während in den Jahren zuvor 60 Prozent auf Neueinrichtungen entfielen, sind es heute nur noch knapp 40 Prozent. Der Anteil von Renovierungen stieg dagegen auf 60 Prozent. Zu den wichtigsten Kunden von Storebest, das ein Serienprogramm mit rund 7000 Artikeln vorhält, gehören vor allem die großen Filialisten, SB-Warenhäuser und Supermärkte.

Das Umsatzwachstum, so betont Rebesky, habe auch 1983 ausgereicht, um die Kostensteigerungen zu kompensieren. Preiserhöhungen habe das Unternehmen seit drei Jahren nicht mehr vornehmen können. Dies verhindere der scharfe Wettbewerb am Markt, um den sich neben Storebest noch zehn weitere überregional tätige Firmen streiten. Das Volumen des Gesamtmarktes einschließlich der Leistungen von Tischlereien, die vorwiegend den Innenausbau von Fachhandelsgeschäften betreiben, schätzt Rebesky auf etwa 1 Mrd. DM.

Auch gemessen am Ergebnis sei Storebest gut über die Runden gekommen, meint Rebesky. Dabei dürfte das Unternehmen eine Brutto-Rendite von 5 Prozent gehalten haben. Die Mittel verbleiben im Unternehmen. An die Gesellschafter, so Rebesky, sei noch nie eine Ausschüttung vorgenommen worden. Das Stammkapital von inzwischen 7 Mill. DM hält die Familie Hanning, die im Raum Bielefeld eine Industriegruppe mit vier weiteren Unternehmen betreibt.

Für Storebest sieht Rebesky weiterhin Wachstumschancen. Ein neuer interessanter Markt entwickelt sich bei arbeitsplatzfreundlichen Kassenstellen, die schon heute fast 10 Prozent vom Umsatz beisteuern. Unverändert große Bedeutung haben ferner Do-it-yourself-Märkte sowie Blumen- und Gartencenter. Schließlich tue sich, so Rebesky, bei den Apotheken ein ganz neuer Markt auf. Zur Aktivierung des Geschäfts würden in zunehmendem Maße im Vorraum der Verkaufstheke SB-Artikel angeboten, die der allgemeinen Gesundheit dienten, Sortimente etwa, wie sie die Reformhäuser und Drogerien führten. Für die „Apotheken-Freiwahl" hat Storebest spezielle Systeme entwickelt. Rebesky erwartet für 1984 einen Umsatz der Inlandswerke von mehr als 80 Mill. DM. Preiserhöhungen wird es wieder nicht geben.





Enttäuschung am Aktienmarkt

Die erwartete Kaufwelle blieb aus

DW. – Der weitere Anstieg des Dollar und die Anhebung der Zinsen in den USA ließen die noch am Freitag vorherrschende euphorische Stimmung am deutschen Aktienmarkt abkühlen. Nach der Analyse der vom US-Präsidenten Reagan verkündeten „Sparmaßnahmen" wird überwiegend die Meinung vertreten, daß sie keineswegs ausreichen werden, um eine Senkung der Zinsen in den USA herbeizuführen. Deshalb sahen die inländischen Anleger auch keinen Grund, die am Freitag zu steigenden Kursen begonnenen Aktienkäufe fortzusetzen. Gewinnmitnahmen der Börsenkulisse lösten verbreitet leicht rückläufige Notierungen aus.

Zu den wenigen Papieren, die noch von Meinungskäufen profitierten, zählten Lufthansa-Vorzugsaktien. Auch im Maschinenbaubereich gab es überwiegend stabile Notierungen. Bei der Großchemie kam es zwar zu einer Reaktion auf die vorangegangenen sehr kräftigen Steigerungen, aber nach Abschlägen von 2 DM lebte die Anlagebereitschaft wieder auf. Deutlicher war der Rückgang bei Schering, wobei zu berücksichtigen ist, daß dieses Papier am Freitag um 15 DM heraufgesetzt worden war.

Düsseldorf: Bilfinger gaben um 5 DM auf 192 DM nach, DAT verminderten sich um 4 DM auf 395 DM und Pegulan St. fielen um 4,50 DM auf 220,50 DM. Bonner Zement zogen um 5 DM auf 195 DM an, Kochs Adler erhöhten sich um 5 DM auf 390 DM und Aachener Münchener Vers. befestigten sich um 9 DM auf 321 DM.

Frankfurt: Von Nebenwerten blieben Deutsche Conti-Rückversicherung Inhaberaktien 2600 DM (minus 107 DM), dergleichen Namensaktien 1300 DM (minus 50 DM). Bayer-Bezüge für die Optionsanleihe stellten sich auf 1,65 DM bei zwei Millionen Stück Umsatz. Bei den Maschinenwerten wurden MAN Roland um 11,50 DM auf 375 DM zurückgenommen, Buderus gaben um 10 DM auf 440 DM nach. Von Bau- und Chemieaktien waren Deutsche Steinzeug um 10 DM auf 240 DM verbessert.

Hamburg: Beiersdorf wurden mit 350 minus 3 DM, Triton mit 138 DM minus 3,90 DM umgesetzt. Bremer Vulkan gaben nach anfangs 59 DM auf 57,50 DM um 1,50 DM nach. Je 1 DM leichter lagen Reichelt bei 133 DM und Phoenix Gummi bei 144 DM. Markt und Kühlhallen kamen auf 307 DM plus 2 DM.

München: Agrob St. verminderten sich um 3 DM auf 320 DM, Audi NSU gaben um 1 DM auf 267 DM nach und Otto Stumpf sanken um 3 DM auf 132 DM. Etienne Aigner erhöhten sich um 0,20 DM auf 286,50 DM, Dywidag zogen um 1 DM auf 195 DM an und Flachglas konnten sich um 2 DM auf 270 DM verbessern.

Berlin: Kempinski erholten sich um 4 DM und Berthold um 2,50 DM. Herlitz Vorzüge büßten 5,50 DM ein. Berliner Kindl lagen um 1,50 DM, Herlitz Stämme und Schering um je 1 DM leichter.

Nachbörse: abwartend

WELT-Aktienindex vom 19. 3.: 151,1 (152,1); WELT-Umsatzindex vom 19. 3.: 2829 (2468)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze

Inlandszertifikate

Ungeregelt. Freiverkehr

Freiverkehr

Unnotierte Werte

Ausländische DM-Anleihen

Auslandszertifikate (DM)

Fremde Währungen

Ausland

New York

Toronto

Mailand

London

Amsterdam

Wien

Kopenhagen

Tokio

Zürich

Brüssel

Madrid

Hongkong

Singapur

Paris

Sydney

Optionshandel

Goldmünzen

In Frankfurt wurden am 19. März folgende Goldmünzenpreise genannt (in DM):

Gesetzliche Zahlungsmittel*)	Ankauf	Verkauf
20 US-Dollar	1775,00	2137,50
10 US-Dollar (Indian)**)	1158,00	1456,93
5 US-Dollar (Liberty)	490,00	649,80
1 £ Sovereign alt	241,00	297,54
1 £ Sovereign Elizabeth II.	235,00	290,70
20 belgische Franken	184,00	239,40
10 Rubel Tscherwonez	255,00	318,06
2 südafrikanische Rand	236,00	290,70
Krüger Rand, neu	1056,00	1243,74
Maple Leaf	1056,00	1243,74
Platin Noble Man	1077,00	1267,68
Außer Kurs gesetzte Münzen*)		
20 Goldmark	264,00	328,32
20 schweiz Franken „Vreneli"	207,00	299,92
20 franz. Franken „Napoléon"	198,00	249,66
100 österr. Kronen (Neuprägung)	974,00	1174,20
20 österr. Kronen (Neuprägung)	194,00	243,96
10 österr. Kronen (Neuprägung)	104,00	135,66
4 österr. Dukaten (Neuprägung)	461,00	565,44
1 österr. Dukaten (Neuprägung)	109,00	147,06

*) Verkauf inkl. 14 % Mehrwertsteuer
**) Verkauf inkl. 7 % Mehrwertsteuer

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 19. 3.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr
1 Monat	10⅛–10⅜	5½–5⅝	3⅝–3⅞
3 Monate	10⅝–10⅞	5⅝–5⅞	3⅝–3⅞
6 Monate	10⅞–10⅞	5⅞–6	3⅞–4⅛
12 Monate	11⅛–11⅜	6 –6⅛	4⅛–4⅜

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxembourg.

Devisen und Sorten

Devisen

Vor dem Hintergrund des EG-Gipfeltreffens in Brüssel und der weiter vorhandenen unsicheren US-Dollar-Zinsentwicklung setzte sich der Anstieg des US-Dollarkurses auch zu Beginn der neuen Woche fort und eröffnete in Europa mit dem Tageshöchstkurs von 2,6525. Im Tagesverlauf gab der Kurs tiefst bis 2,6325 nach. Der amtliche Mittelkurs lag mit 2,6365 fast auf die Stelle genau um 3 Pf. über dem Freitagskurs. Die Anhebung der Prime-Rate um ½ Prozent durch verschiedene Geschäftsbanken am Nachmittag hatten nur minimalen Kurseinfluß. Die D-Mark mußte gegenüber allen anderen amtlich notierten Währungen Kursverluste hinnehmen. Das britische Pfund befestigte sich mit dem höchsten Tagesgewinn von 0,6 Prozent auf 3,803. Die Schwedische Krone profitierte ebenfalls vom Anstieg des US-Dollars und notierte um 17,5 Pf fester mit 33,795. US-Dollar in: Amsterdam 2,9750; Brüssel 53,82; Paris 8,1250; Mailand 1636,00; Wien 1863,00; Zürich 2,1680; Ir. Pfund/Dollar 3,059; Pfund/Dollar 1,4424; Pfund/DM 3,803.

Ostmarkkurs am 19. 3. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 19,50; Verkauf 22,50 DM West; Frankfurt: Ankauf 19,00; Verkauf 22,00 DM West.

Devisenterminmarkt

Die feste Verfassung der Eurodollar-Sätze gegen D-Mark führte am 19. März zu einer erneuten Erweiterung der Dollar-Terminabschläge.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	1,17/1,07	3,24/2,14	6,45/6,25
Pfund/Dollar	0,2125/0,2325	0,67/0,70	1,46/1,50
Pfund/DM	1,70/0,30	3,80/2,20	6,30/4,90
FF/DM	33/17	86/70	180/144

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 19. 3.: Tagesgeld [illegible] Prozent; Monatsgeld 5,7–5,8 Prozent; Dreimonatsgeld 5,75–5,85 Prozent.

Privatdiskontsätze am 19. 3.: 10 bis 29 Tage 3,55G–3,40B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,55G–3,40B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 19. 3.: 4 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. März 1984 an) Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer): Ausgabe 1984/3 (Typ A) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,23) – 7,50 (6,62) – 7,75 (6,88) – 8,00 (7,07) – 9,00 (7,34). Ausgabe 1984/4 (Typ B) 5,50 (5,50) – 7,00 (6,25) – 7,50 (6,66) – 7,75 (6,93) – 8,00 (7,15) – 9,00 (7,45) – 9,00 (7,67) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent): 1 Jahr 5,54, 2 Jahre 6,68. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent): Zins 7,50, Kurs 100, Rendite 7,50.

Bundesanleihen

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Bankschuldverschreib.

[illegible]

Zurückhaltung bei den Renten

Der Rentenmarkt litt unter dem überraschenden Anstieg der Renditen für langlaufende Dollarbonds. Sie hatten am Wochenende in New York einen neuen Jahreshöchststand erreicht. Offenbar wird erwartet, daß steigende Zinsen in den USA letztlich auch die Rententendenz in der Bundesrepublik beeinflussen werden. Deshalb wurden im öffentlichen Bereich kaum noch Anschaffungen vorgenommen. Die kurspflegenden Stellen setzten die Kurse bis zu einem Viertelpunkt herab. Die neue achtprozentige Schleswig-Holstein-Anleihe wurde unter Banken mit einem Abschlag bis zu dreiviertel Prozentpunkten gehandelt. Der Pfandbriefmarkt blieb nahezu geschäftslos.

	19. 3.	16. 3.
M 5½ Bayer.Hapo Pf 14	92,5TG	92,5TG
6 dgl. Pf 20	82G	82G
6¾ dgl. Pf. 2	96,25G	96,25G
7 dgl. Pf 3	98G	98G
7 dgl. Pf 27	100,2G	100,2G
6½ dgl. KS 14	98G	98G
7½ dgl. KS 27	89,25bG	89,25bG
M 5 Bayer. Hypo Pf 33	125G	125G
5½ dgl. Pf 11	131G	131G
6 dgl. Pf 34	78,5G	78,5G
6 dgl. KO Pf 50	100G	100G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	19. 3.	16. 3.
H 5 Hbg. Lbk. Pf 2	118G	118G
6 dgl. 14	91,5	89,5G
6 dgl. 47	79	79
F 5 Helaba Pf 8	109G	109G
5 dgl. Pf 80	94,85G	94,85G
8 dgl. Pf 73	101,8G	101,8G
4 dgl. KO 5	102,5G	102,5G
H 6 Hyp.LHbg. Pf 98	82,5G	82,5
6½ dgl. Pf 80	91,15	91,15
[illegible]	[illegible]	[illegible]

	19. 3.	16. 3.
M 5 Verbank Mbg. Pf 55	117,5G	117,5G
6 dgl. Pf 95	78TG	78TG
7 dgl. Pf 100	101G	101bG
D 8 WestLB Pf 350	101,55G	101,55G
6½ dgl. Pf 403	97,7G	97,7G
9½ dgl. Pf 1007	106,7G	106,7G
8 dgl. Pf 1015	99,9bG	99,9G
7 dgl. KO 556	100,55G	100,55G
6¾ dgl. KS 420	98,2G	98,2G
9¼ dgl. KO 1301	105,75G	105,75G
[illegible]	[illegible]	[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Ausländische Aktien in DM

[illegible]

Warenpreise – Termine

Geringfügig fester notierten am Montag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Dagegen kam es bei Kupfer durchweg zu Verlusten. Keine einheitliche Tendenz ergab sich bei Kaffee. Kakao tendierte schwächer.

Getreide und Getreideprodukte

	19. 3.	16. 3.
Weizen Chicago (c/bush)		
März	355,75	357,50
Mai	350,50	353,00
Juli	341,00	343,00
Weizen Winnipeg (can. $/t)		
Wheat Board cif.		
St. Lawrence 1 CW	259,85	261,30
Amber Durum	247,20	233,84
Roggen Winnipeg (can. $/t)		
März	136,00	136,50
Mai	137,50	138,00
Juli	141,40	141,40
Hafer Winnipeg (can. $/t)		
März	133,00	133,50
Mai	125,50	126,00
Juli	123,10	124,00
Hafer Chicago (c/bush)		
März	184,00	181,00
Mai	177,25	178,25
Juli	175,25	176,25
Mais Chicago (c/bush)		
März	351,00	349,00
Mai	347,75	347,75
Juli	344,75	344,75
Gerste Winnipeg (can. $/t)		
März	129,80	130,00
Mai	130,00	130,10
Juli	130,10	129,70

Genußmittel

	19. 3.	16. 3.
Kaffee New York (c/lb)		
Terminkontr. März	151,40	149,00
Mai	144,10	144,60
Juli	138,25	138,60
Kakao New York ($/t)		
Terminkontr. März	2510	2617
Mai	2490	2548
Juli	2480	2520
Umsatz	4033	6130
Zucker New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 11 Mai	7,03	7,00
Juli	7,51	7,51
Sept.	7,85	7,90
Okt.	8,10	8,12
Jan.	8,65	8,65
Umsatz	9 989	15 825
Isa-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb)	6,48	6,39
Kaffee London (£/t) Robusta-		
Kontrakt März	2135–2145	2125–2140
Mai	1970–1972	1966–1967
Juli	1919–1920	1912–1914
Umsatz	1692	3239
Kakao London (£/t)		
Terminkontrakt März	1785–1787	1770–1790
Mai	1795–1796	1816–1818
Juli	1785–1787	1814–1815
Umsatz	5397	7427
Zucker London ($/t), Nr. 6		
Mai	unerhältlich	179,80–180,00
Aug.	unerhältlich	195,80–196,20
Okt.	unerhältlich	206,60–207,00
Umsatz	0	3640
Pfeffer Singapur (Straits-Sing.-$/100 kg)		
schw. Sarawak spez.	355,00	345,00
weißer Sarawak	632,50	637,50
weißer Muntok	640,00	635,00
Orangensaft New York (c/lb)		
März	169,00	168,70
Mai	165,90	164,15
Juli	163,20	162,25
Sept.	161,80	161,20
Okt.	160,25	159,50
Umsatz	1500	900

Öle, Fette, Tierprodukte

	19. 3.	16. 3.
Erdnußöl New York (c/lb)		
Südstaaten fob Werk	49,50	40,50
Maisöl New York (c/lb)		
US-Mittelweststaaten fob Werk	27,75	27,50
Sojaöl		
Chicago (c/lb) März	29,65	29,77
Mai	29,75	29,78
Juli	29,60	29,50
Aug.	28,40	28,45
Sept.	27,45	27,45
Okt.	25,95	25,95
Dez.	25,45	25,55
Baumwollsaatöl New York (c/lb)		
Mississippi-Tal	30,50	30,00
Schmalz Chicago (c/lb)		
loco lose	28,50	28,50
Choice white hog 4% fr. F.	21,75	21,75
Talg New York (c/lb)		
top white	20,00	20,25
fancy	19,50	20,00
bleichfähig	19,00	19,25
yellow max. 10% fr. F.	16,75	17,00
Schweine Chicago (c/lb)		
Apr.	48,10	48,60
Juni	54,20	54,20
Juli	55,55	55,75
Schweinebäuche Chicago (c/lb)		
März	63,80	63,40
Mai	64,70	64,65
Juli	65,30	65,20
Häute Chicago (c/lb)		
Ochsen einh. schwere River Northern	61,00	61,00
Kühe einh. schwere River Northern	54,00	58,00
Sojabohnen Chicago (c/bush)		
März	777,00	773,00
Mai	785,00	784,00
Juli	794,00	791,00
Aug.	783,00	782,00
Sept.	751,00	752,00
Nov.	725,00	730,00
Jan.	736,00	740,50
Sojaschrot Chicago ($/sht)		
März	199,00	198,80
Mai	202,50	202,30
Juli	207,00	206,50
Aug.	207,00	206,20
Sept.	204,50	204,50
Okt.	199,00	199,00
Dez.	200,50	200,50
Leinsaat Winnip. (can. $/t)		
März	355,50	358,50
Mai	355,20	356,50
Juli	360,50	361,50
Kokosöl New York (c/lb)		
Westküste fob Werk	53,00	53,00
Erdnußöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. cif	1030,00	1095,00
Leinöl Rotterdam ($/t)		
jegl. Herk. ex Tank	500,00	490,00
Palmöl Rotterdam ($/lgt)		
Sumatra cif	960,00	960,00
Sojaöl Rotterd. (hfl/100 kg)		
roh Niederl. fob Werk	214,00	217,00
Kokosöl Rotterdam ($/lgt)		
Philippinen cif	1185,00	1180,00
Leinsaat Rotterdam ($/t)		
Kanada Nr. 1 cif Rotterdam	297,50	300,50

Wolle, Fasern, Kautschuk

	19. 3.	16. 3.
Baumwolle New York (c/lb)		
Kontrakt Nr. 2:		
Mai	80,02	80,20
Juli	80,51	80,60
Okt.	76,65	76,75
Dez.	74,80	74,70
März	75,75	75,80
Mai	76,35	76,20
Kautschuk New York (c/lb): Händlerpreis		
loco RSS–1:	58,00	58,00
Wolle Lond. (Neusl. c/kg)		
Kreuzz. Nr. 2:		
März	423–430	421–427
Mai	432–436	429–431
Aug.	456–458	455–458
Umsatz	51	107
Wolle Roubaix (F/kg)		
Kammzüge:		
März	49,70	49,70
Mai	49,20	49,20
Juli	49,60	49,60
Okt.	49,90	49,90
Umsatz	–	–
Tendenz		stetig
Wolle Sydney (austr. c/kg)		
Merino-Schweißwolle		
Standardtype		
März	563,0–567,0	580,0–585,0
Mai	574,5–576,0	573,0–574,0
Juli	585,5–586,0	582,0–583,0
Umsatz	60	37
Sisal London ($/t)		
cif eur. Haupthäfen		
East African 3 long	670,00	670,00
undergraded	640,00	640,00
Seide Yokoh. (Y/kg)		
AAA, ab Lager		
März	13 900	13 903
April	13 746	13 773
Kautschuk London (p/kg)		
Nr. 1 RSS loco	79,00–83,50	80,00–82,50
April	86,00	80,00–81,50
Mai	78,00–81,00	80,50–81,50
April/Juni	78,50–80,00	80,50–81,50
Tendenz: leichter		
Kautschuk Malaysia (mal. c/kg)		
April	282,50–283,50	282,50–283,50
Mai	287,00–288,50	287,00–288,50
Nr. 2 RSS April	256,50–257,50	257,50–258,50
Nr. 3 RSS April	252,00–253,00	253,00–254,00
Nr. 4 RSS April	245,00–246,00	246,00–247,00
Tendenz: ruhig		
Jute London (£/lgt)		
BWC	512,00	512,00
BWD	500,00	500,00
BTC	512,00	512,00
BTD	500,00	500,00

Erläuterungen – Rohstoffpreise

Mengen-Angaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g, 1 lb = 0,4536 kg; 1 Fl. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–).

Westdeutsche Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	19. 3.	16. 3.
Blei: Basis London		
laufend. Monat	120,97–121,16	118,60–118,97
drittfolg. Monat	123,25–123,44	120,88–120,87
Zink: Basis London		
laufend. Monat	275,08–275,46	272,81–273,19
drittfolg. Monat	287,84–288,22	285,23–285,42
Produz.-Preis	277,25	274,13
Reinzinn 99,9%	3633–3659	3587–3623

NE-Metalle

(DM je 100 kg)	19. 3.	16. 3.
Elektrolytkupfer für Leitzwecke (DEL-Notiz*)	404,81–406,72	398,04–399,93
Blei in Kabeln	128,75–129,75	126,50–127,50
Aluminium für Leitzwecke (VAW)		
Rundbarren	455,00–458,50	455,00–458,50
Vorziehdraht	464,00–464,50	464,00–464,50

*Auf der Grundlage der Meldungen über höchsten und niedrigsten Kaufpreis durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller.

Messingnotierungen

	19. 3.	16. 3.
MS 58, 1. Verarbeitungsstufe	390–396	384–392
MS 58, 2. Verarbeitungsstufe	429–435	424–430
MS 63	426–428	419–423

Zinn-Preis Penang

	19. 3.	16. 3.
Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring./kg)	29,15	29,15

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM je 100 kg)	19. 3.	16. 3.
Leg. 225	439–460	435–458
Leg. 226	441–462	437–460
Leg. 231	471–472	467–480
Leg. 233	481–502	477–490

Die Preise verstehen sich für Abnahmemengen von 1 bis 5 t frei Werk.

Edelmetalle

	19. 3.	16. 3.
Platin (DM je g)	35,508	35,30
Gold (DM je kg Feingold)		
Banken-Vkpr.	33 850	33 350
Rücknahmepr.	33 100	32 600
Gold (DM je kg Feingold) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	33 780	33 270
Rücknahmepr.	33 230	32 740
verarbeitet	35 430	34 910
Gold (Frankfurter Börsenkurs) (DM je kg)	33 510	32 980
Silber (DM je kg Feinsilber) (Basis Lond. Fixing)		
Degussa-Vkpr.	815,10	803,20
Rücknahmepr.	798,70	786,90
verarbeitet	851,30	838,80

Internationale Edelmetalle

	19. 3.	16. 3.
Gold (US-$/Feinunze) London		
10.30	392,15	392,80
15.00	393,60	392,75
Zürich mittags	393,25–393,75	392,75–393,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	102 400	101 450
Silber (p/Feinunze)		
London Kasse	655,35	649,70
3 Monate	669,65	663,35
6 Monate	682,35	677,45
12 Monate	709,35	705,45
Platin (£-Feinunze) London fr. Markt	274,40	275,05
Palladium (£-Feinunze) London f. Händlerpr.	110,55	110,50
New Yorker Preise		
Gold H & H Ankauf	393,80	392,75
Silber H & H Ankauf	957,00	947,50
Platin fr. Händlerpr.	400,00–402,25	400,00–402,25
Produz.-Preis	475,00	475,00
Palladium fr. Händlerpr.	159,00–161,00	159,00–161,00
Produz.-Preis	130,00	130,00
Silber (c/Feinunze)		
März	963,00	949,20
April	962,30	953,00
Mai	957,00	958,00
Juli	985,00	976,00
Sept.	1003,00	997,00
Dez.	1025,00	1022,00
Jan.	1040,50	1030,50
Umsatz	30 000	34 500

New Yorker Metallbörse

	19. 3.	16. 3.
Kupfer (c/lb)		
März	67,95	68,15
April	68,05	68,40
Mai	68,50	68,90
Juli	69,90	70,20
Sept.	71,10	71,45
Dez.	73,20	73,50
Jan.	73,85	74,10
Umsatz	12 000	6 500

Londoner Metallbörse

	19. 3.	16. 3.
Aluminium (£/t)		
Kasse	1017,0–1018,0	1017,0–1018,0
3 Monate	1039,0–1040,0	1040,0–1041,0
Blei (£/t) Kasse	319,50–320,50	314,00–315,00
3 Monate	325,50–326,50	320,00–321,00
Kupfer Highergrade (£/t)		
mittags Kasse	1049,5–1050,5	1037,5–1038,5
3 Monate	1066,5–1067,0	1053,5–1054,0
abends Kasse	1054,0–1055,0	1044,0–1045,0
3 Monate	1071,0–1071,5	1060,0–1061,0
(Kupfer-Standard) Kasse	1052,0–1054,0	1041,0–1045,0
3 Monate	1061,5–1062,5	1050,0–1052,0
Zink (£/t) Kasse	723,00–725,00	717,00–719,00
3 Monate	706,50–707,00	699,50–700,00
Zinn (£/t) Kasse	8485–8495	8535–8545
3 Monate	8635–8640	8665–8670
Quecksilber ($/Fl.)	295–305	295–305
Wolfram-Erz ($/T-Einh.)	85–90	80–85

Erwin Max Boser

* 25. Januar 1912 † 12. März 1984

In tiefer Trauer geben wir bekannt, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Schwiegervater und Opa, mein einziger Bruder, Onkel und Schwager heute nach langer, schwerer, sehr schmerzvoller Krankheit viel zu früh von uns gegangen ist.

Margot Boser
Dr. Ascan Boser
und Frau Monika
Stephan, Martin und Maren
Helmut Boser
und Frau Ina
Mathias und Oliver
Elli Tennert geb. Boser
Manfred Tennert
und Frau Karin
Ewald Klenz
Micaela Gillieson

3175 Leiferde, Gilderweg 2
früher Hannover, Arnswaldtstraße 16

Trauerfeier und Beisetzung am Dienstag, dem 20. März 1984, 13.30 Uhr.
Kleine Kapelle des Stadtfriedhofes Ricklingen.
Von Beileidsbesuchen bitten wir Abstand zu nehmen.
Ausführung: Bestattungswesen Wöbbeking, 3016 Seelze-1, Marienstraße 6, Tel. 0 51 37 / 24 34

Wir erfüllen die schmerzliche Pflicht, das Ableben von Frau

Christel Mundorf

* 4. 11. 1928 † 17. 3. 1984

bekanntzugeben.

Die liebe Verstorbene hat am Aufbau unserer Unternehmen unter großem Einsatz mitgewirkt und erheblich zu deren heutigen Bedeutung beigetragen.

In Trauer, Dankbarkeit und Verehrung nehmen wir von ihr Abschied.

Wir werden sie nicht vergessen.

Geschäftsleitung und Mitarbeiter der
Unternehmensgruppe Walter Mundorf
Luisenstraße 127–131, 5200 Siegburg

Trauerfeier am Donnerstag, dem 22. 3. 1984, 9 Uhr, in der katholischen Kirche St. Anno, Weierstraße, 5200 Siegburg.
Beisetzung anschließend um 10.45 Uhr auf dem Nordfriedhof, Alte Lohmarer Straße, 5200 Siegburg.

Für uns alle unerwartet starb nach einem langen, erfüllten und von überzeugendem Pflichtbewußtsein geprägten Leben im Frieden mit unserem Gott mein geliebter Mann, unser guter Vater, Großvater, Urgroßvater und mein Bruder

Anton v. Below

14. Mai 1900 in Serpenten, Ostpreußen
16. März 1984 in Hamburg

In großer Dankbarkeit
Edith v. Below geb. Becker
Eberhard v. Below
Cecilie v. Below geb. v. Quistorp
Felicitas v. Below
Uwe v. Below
Henriette v. Below geb. Bekker
Anke Freifrau v. Cornberg geb. v. Below
Jobst-Christian Freiherr v. Cornberg
Gisela Siefert geb. v. Below
Dr. Hans-Martin Siefert
Will v. Below
Ingeburg v. Below geb. Martensen
Renate Stoltenberg geb. v. Below
Jochim Stoltenberg
Marie Hedemann geb. v. Below
fünfzehn Enkelkinder, ein Urenkel
Maria-Louisen-Straße 119, Haus Birkengrund
2000 Hamburg 60

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, dem 23. März 1984, um 14.30 Uhr in der Matthäuskirche in Hamburg-Winterhude, Krohnskamp.

Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende zugunsten der „Hamburgische Gesellschaft für private Sozialarbeit e. V." gebeten. Konto-Nr. 387 843 beim Bankhaus M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Wir haben die traurige Pflicht, den Tod unseres Firmengründers und Seniorpartners

Anton v. Below

bekanntzugeben, der am 16. März im Alter von 83 Jahren verstarb.

Anton v. Below hat die Firma nach dem Krieg in Hamburg mit großem Einsatz aufgebaut. Seine aufrechte Haltung war die wesentliche Voraussetzung für die vom gegenseitigen Vertrauen getragene Entwicklung. Mit viel Geschick hat er immer wieder neue Geschäftsmöglichkeiten erkannt und aufgenommen.

Sein Wirken wird uns stets verpflichten.

Inhaber und Mitarbeiter
der Firma
Anton v. Below

Die Trauerfeier findet statt am Freitag, den 23. März 1984, um 14.30 Uhr in der Matthäuskirche in Hamburg-Winterhude, Krohnskamp. Anstelle zugedachter Blumen wird um eine Spende zugunsten der „Hamburgische Gesellschaft für private Sozialarbeit e. V." gebeten. Konto-Nr. 387 843 beim Bankhaus M. M. Warburg-Brinckmann, Wirtz & Co.

Herausgeber:
Axel Springer, Matthias Walden
Berlin

Chefredakteure: Wilfried Hertz-Eichenrode, Dr. Herbert Kremp

Stellv. Chefredakteure: Peter Gillies, Bruno Waltert, Dr. Günter Zehm

Berater der Chefredaktion: Heinz Barth

Hamburg-Ausgabe: Diethart Goos

Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Heinz Kluge-Lübke, Jens-Martin Lüddeke (WELT-Report), Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Norbert Koch, Rüdiger v. Wolkowsky (stellv.); Internationale Politik: Manfred Neuber; Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Meinungen: Enno von Loewenstern (verantw.), Horst Stein; Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Bundesgerichte/Europa: Ulrich Lüke; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Gerd Brüggemann; Industriepolitik: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Dr. Brigitte Helfer; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Ulrich Bieger, Knut Teske (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz-Rudolf Scheller (stellv.); Auslandsbeilagen: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Werner Schmidt

Weitere leitende Redakteure: Dr. Leo Fischer, Peter Jentsch, Werner Kahl, Walter H. Rueb, Lothar Schmidt-Mühlisch

Fotoredaktion: Bettina Rathje; Schlußredaktion: Armin Reck

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Manfred Schell (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Günther Bading, Stefan G. Heydeck, Evi Keil, Hans-Jürgen Mahnke, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps, Gisela Reiners

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Korrespondent für Technologie: Adalbert Bärwolf

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Klaus Geitel, Peter Weertz; Düsseldorf: Dr. Wilm Herlyn, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Klära Warnecke MA; Hannover/Kiel: Christoph Graf Schwerin von Schwanenfeld (Politik); Hannover: Dominik Schmidt (Wirtschaft); München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Xing-Hu Kuo, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Fritz Wirth, Wilhelm Furler; Moskau: Friedrich H. Neumann; Paris: August Graf Kageneck, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Stockholm: Reiner Gatermann; Washington: Thomas L. Kielinger, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Bogotá: Prof. Dr. Günter Friedländer; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt, Bodo Radke; Jerusalem: Ephraim Lahav, Heinz Schewe; London: Helmut Voss, Christian Ferber, Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Mexico City: Werner Thomas; New York: Alfred von Krusenstiern, Gitta Bauer, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz; Zürich: Pierre Rothschild.

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 184 611, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 611

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104
Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919
Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09
Telex 92 30 106

4000 Düsseldorf, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main), Westendstraße 8, Tel. (06 11) 71 73 11, Telex 4 12 449
Anzeigen: Tel. (06 11) 77 90 11–13
Telex 4 185 525

7000 Stuttgart, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966
Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39–43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813
Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39
Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 25,60 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 35,– einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 62, und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 12 und Ergänzungsblatt 5 gültig ab 1. 1. 1984, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 48.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Reinhard Prechelt

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Dietrich Windberg

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Str. 6.

Blut ist doch dicker

gas – Drei Wochen lang lag der Leichnam des berühmten Schriftstellers Uwe Johnson in seinem Haus in Kent, bis er durch Zufall entdeckt wurde. Der Mann war offenbar entbehrlich – und hatte doch so viele Freunde! In den Nachrufen drängelten sie sich förmlich, zirpten von Liebe und Treue, daß man ordentlich weinen mußte. Aber zu einem aufmunternden Anruf noch zu Lebzeiten reichte es anscheinend nicht. Oder niemand scheint sich gewundert zu haben, daß der Hörer in jenem englischen Inselhaus nicht mehr abgenommen wurde. Und schon gar niemand scheint gefragt zu haben, daß hier einer dem Tode nahe war, daß man sich jedenfalls hätte „kümmern" müssen.

Zum Naserümpfen ist freilich kein Anlaß, denn wer hätte auf dem Feld des Sich-Kümmerns kein schlechtes Gewissen! Wie viele – bei fast jedem – aus Bequemlichkeit nicht geschriebene Briefe, wie viele verschlampte Telefonanrufe, wie viele immer wieder aufgeschobene Besuche! Aber ein wenig staunen darf man schon im Falle Johnson. Schließlich wußten sein Verleger und seine vielen Schriftstellerfreunde, wie bedroht er war, wie verbissen er sich einer gefährlichen Einsamkeit ergeben hatte. Das hätte hellhörig machen können. Doch es machte nur gleichgültig.

Im wirklichen Leben, so lernt man hier, dort also, wo es hautnah um Ich und Du geht, im ganz unemphatischen Sinne um Sein oder Nichtsein, dort sind eine zänkische Xanthippe oder wenigstens zwei zickige Tanten oder Nichten allemal besser als die hehrste Kollegenliebe. Goethe wußte schon, was er an seiner Christiane und später an seiner Ottilie hatte. Ein Mensch ohne Sippe, ohne direkte Verwandtschaft oder ohne einen Mitmenschen, der sich ganz und gar auf seine persönlichsten Dinge einläßt, ist verloren. Blut ist dicker als Wasser, dicker auch als literarisches Weihwasser.

Vielleicht sollte einmal einer eine Kulturgeschichte der Genies schreiben unter dem Gesichtspunkt: „Wer sich um sie gekümmert hat". Das ergäbe wohl eine merkwürdige, auch rührende Heldengalerie, deren Kochtopf- und Wäschereigeruch aber in erfrischendem Kontrast stünde zum Parfüm der gängigen Literaturgeschichten.

Humor ohne Kantinengeschmack – Das Beispiel der Wiener Kammeroper

Wenn Lohengrün gelb wird

Als im Wiener Burgtheater dieser Tage das „Alte Land", ein Problemstück des Deutschen Klaus Pohl, Premiere hatte, als dort dem Wiener Publikum die Not und Verzweiflung der schlesischen und ostpreußischen Flüchtlinge vorgeführt wurde, wie sie nach 1945 im Alten Land, der fruchtbaren Landschaft vor Hamburg, um eine neue Existenz rangen – da wuselten zur gleichen Zeit Richard Wagners Knappen und Ritter über die Bühne der nicht allzuweit entfernten „Kammeroper" im alten Griechenviertel. Man gab den „Lohengelb", eine wahrhaft nestroyanische Wagnerparodie mit Franz von Suppès musikalischem Spaß im Orchestergraben, und wenn einer fragt, was das eine mit dem anderen zu tun habe, so kann man sagen: sehr viel, denn beides lief in Wien, und derselbe Mime, der dem norddeutschen Stück in der Burg mit seiner bäuerlichen Kraft- und Saftrolle Konturen gab, hatte, wie das Leben so spielt, den „Lohengelb" inszeniert: Fritz Muliar, der bekannte Burg- und Volksschauspieler.

Wer also in diesen Tagen in Wien den Weg zur „Burg" findet, der sollte die „Kammeroper" nicht auslassen. Sie ist leicht zu finden. Es gilt, im Griechenviertel die Hauptpost anzupeilen und den Fleischmarkt und sich in den kleinen Gäßchen umzuschauen. Wer vielleicht stehen bleibt im Gedenken an Leopold und Amadeus Mozart, Vater und Sohn, die in dem Hotel an der Ecke einstens genächtigt hatten, der ist dann eigentlich auch schon halb drin in der Kammeroper des guten Professors Gabor.

Das ist eine Institution, die den Keller eines vormals böhmischen Vereins in ein frisch vergoldetes Jugendstiltheater umwandelte, mit gut und gern 300 schönen Sesseln und mit einem Klein-Bayreuther Orchestergraben, in dem auch wirklich hervorragende Musiker wirken. Denn – Parodie her, Parodie hin – dieses Haus ist eine Oper, sie nimmt Musik so ernst, daß sie sie sogar parodieren kann, ohne Schaden zu nehmen oder die Musik zuschanden zu machen. Das Singen zwischen Gag und Gegengag wird hier gepflegt von Sängerinnen mit geradezu wagnerischem Stimmband – und um Wagner geht es ja diesmal auch: „Lohengelb", wie gesagt, vormals „Lohengrün".

Als Wagners Urfassung 1858 gerademal über die Bühne gegangen war, saß Johann Nestroy schon am Pult und machte seinen eigenen Lohengrün, später gelangte der in die Hände von Franz von Suppè und schon von 1870 an hieß die Parodie „Lohengelb oder die Jungfrau von Dragant", wobei man wissen sollte, daß Dragant eine Art Marzipan ist, auf alle Fälle etwas zum Naschen.

Nicht nur Wagner übrigens erlebt in der Kammeroper putzige Urstände. Da hat sich zum Beispiel kürzlich auch Schillers „Kabale und Liebe" in „Die verhängnisvolle Limonade" verwandelt, und der „Mohr von Venedig" geisterte im Opern-Keller als „Otthello, der Mohr von Wien" umeinand. Der „Barbier von Sevilla" schließlich ist über die Kammeroper nach Sievering versetzt worden. Man sagt dazu Singspiel, sagt Parodie, sagt wohl auch zusammenfassend „Parodierendes Singspiel", aber im Grunde genommen ist gerade der „Lohengelb" eine glänzende Revue mit hörenswertem Gesang, mit sehenswerten Bühnenspäßen, mit sehr viel liebevollen Details („Valeurs" sagte man früher darauf), kurz: Man kann dem Wagner dankbar sein, daß er auch solch ein Spiel möglich gemacht hat. Klammer auf für Wagner-Fans: Richard Wagner hat den „Lohengelb" in Wien gesehen und betont, er habe Freude an ihm gehabt, also bitte, Klammer zu.

Seien wir ehrlich, kaum geht das Singspiel an, als schon die ersten Kalauer über die Bühne purzeln. Seien wir aber auch darin ehrlich, daß wir Tränen gelacht haben, ohne unter Niveau zu gehen. Denn hier war nicht „Wien, wie es singt und lacht" zugange, sondern ein Ensemble ausgezeichneter Darsteller und Sänger, die keinen Humor hinschluderten, sondern die Freude des Publikums mit ausgefeiltem Handwerk bedienten. Es gab nicht eine Geste, die überflüssig gewesen wäre oder anders denkbar, es gab auch nicht einen Schwachpunkt, der länger gedauert hätte als ein kräftiges Durchatmen. Humor ist eben zu schade, um ihn den Humoristen zu überlassen. In Wien machen ihn gestandene Schauspieler.

Es wäre weiß Gott viel zu der Problematik der Parodie zu sagen, zum Beispiel, daß Wagner sich geradezu anbietet (und, wie wir wissen, mit Erfolg, Slezak sei Dank). Aber das ist nicht der Punkt am Fleischmarkt im Wiener Griechenviertel. Es ist das Überschreiten der Parodie-Grenze in die schiere Phantasie. Nehmen wir ein Beispiel: Als der Regisseur sah, daß in dem Chor, den der Prinzipal engagiert hatte, ein junges Paar fernöstlicher Herkunft war, beließ er es nicht dabei, beide durch Ritterhelm und Schleier zu okzidentalisieren, denn er hat Phantasie. Mitten zwischen den Akten des Spiels, also vor den dräuenden Papptürmen und dem teutonischen Waldesraunen auf dem Prospekt, erschien plötzlich der Kaiser von China nebst Lieblingsfrau, beide trippelten interessiert durch die Dekoration, schauten sich um, wie ihre japanischen Landsleute vor dem Stephansdom, trippelten hin und trippelten her und zogen dann gnädig nickend über die Fallbrücke davon. Niemand erfährt je, was die gelben Majestäten da zu suchen hatten, aber jedermann war es zufrieden, sie gesehen zu haben und fragte nicht weiter: Weil, Spaß möcht' schon sein im Theater!

Das ist, was man so den unnützen Einfall nennt, der das Leben interessant macht, meistens.

Die Musik ist meist von Suppè (mit accent grave, bitte schön) mit Anleihen bei sich selber, wer würde denn an Lohengrün vorbeigehen, ohne der Leichten Kavallerie zu gedenken! Aber auch Wagner, der Meister aller Klassen, ist musikalisch präsent. Wie hieß es doch vor genau 100 Jahren im Wiener „Kikiriki" als angeblicher Rat Wagners an die Engel im Himmel: „Meine lieben Engeln! Ohne Pauken und Trompeten werden sie nie eine Wirkung erzielen." Also Suppè erzielte sie und der Bearbeiter.

Kurz gesagt: Es gibt noch Fröhlichkeit ohne Proletengewieher auf dieser Welt. Es gibt noch Gerichte, die nicht aus der Kantine stammen, aber jedermann schmecken. Und es gibt noch Theater, die das Leichte ernst nehmen, um es ganz leicht servieren zu können. Da ist ein Cancan gerade recht, um an die unsterbliche Melodie von „Nie sollst du mich befragen..." zu erinnern, und da darf der mythische Transportschwan des Ritters Lohengrin getrost sich beim Herannurren an die Rampe als das weiße Schaf des Ritters Lohengelb entpuppen: Nun sei bedankt, mein liebes Schaf.

Honi soit, und Wien ist Wien, und nicht ohne Grund steht gegenüber vom Theater eine Warntafel am abschüssigen Gäßchen: „Schwerfuhrwerkskutscher haben die Pferde am Zügel zu führen." Die Leichtfuhrwerker brauchen's nicht, Gott sei Dank.
VALENTIN POLCUCH



Der Doppelkopf des Unterrichtsministers Dr. Zilk: Claus Helmut Drese (rechts), der die Wiener Staatsoper übernimmt, und Claus Peymann, der neuer Burgtheater-Direktor wird FOTOS: DPA

Peymann an die Burg, Drese an die Staatsoper

Das Wiener Revirement

Die Wiener sind schnell. Von österreichischer Gemütlichkeit keine Spur. Lorin Maazels Abschiedsbrief als Staatsoperndirektor (siehe WELT v. 16. März) ist noch nicht abgelegt, da präsentiert der österreichische Unterrichtsminister Helmut Zilk schon den neuen Chef für das Haus am Ring: Claus Helmut Drese. Und einen neuen Burgtheater-Direktor dazu: Claus Peymann. Und weil aller guten Dinge drei sind, auch noch einen neuen Chef für die Volksoper: Eberhard Waechter.

Eine Nacht-und-Nebel-Aktion dürfte das kaum gewesen sein. Zilk, der frühere Wiener Kultur-Stadtrat und Festwochen-Chef, seit Kreiskys Revirement Unterrichtsminister im Bundeskabinett, hat lange und zäh in der Stille verhandelt, seit abzusehen war, daß Achim Benning an der Burg und Maazel in der Oper nicht mehr auf Dauer zu halten sein würden. Er hatte die paraphierten Verträge längst in der Schublade. Sein Coup, auf den man nur neidisch werden kann, angesichts der hilflosen Aufgeregtheit hierzulande, wenn es wie jetzt in Köln und Frankfurt um neue Theaterchefs geht, dieser Coup ist das Resultat bester Geheimdiplomatie in Metternichs Stil.

Mit Claus Helmut Drese (61) hat Zilk für die Oper wohl das große Los gezogen. Der gebürtige Aachener kennt sich im Opernmetier aus seit Jahrzehnten. Schon seine Intendanz in Wiesbaden war durch die Internationalen Maifestspiele durchweht vom Wind der großen Oper. Anschließend brachte er das Kölner Haus ins internationale Geschäft. Zürich rief ihn schließlich, und dort konnte er erst recht reüssieren. Er machte das alte Haus am Bellevue zu einem Belcanto-Tempel der ersten Güteklasse.

Er brachte mit dem Dirigenten Nikolaus Harnoncourt und dem Regisseur Jean-Pierre Ponnelle einen Mozart- und einen Monteverdi-Zyklus auf den Weg, der im Fernsehen, im Kino und bei Gastspielen längst von aller Welt bestaunt wird.

Aber mehr noch: Drese gewann in Zürich eine Volksabstimmung, als es darum ging, die 70 Millionen Franken für die Renovierung des Hauses loszueisen. Das will einiges heißen. Unter anderem, daß ihm kein Gespräch zu mühsam, kein Arbeitstag zu lang wird, wenn es um die Sache seines Hauses geht. Ein solches Arbeitstier aber braucht die Wiener Oper. Und einen Menschen von jener schon parsifalhaften Integrität, der über keinen der ausgelegten Fallstricke stolpert. Das traut man Drese zu.

Bei Peymann, dem Bremer vom Jahrgang 1936, ist man etwas skeptischer. Wie wird er mit der Hundertschaft verdienter und notorisch unterbeschäftigter Burgschauspieler zurechtkommen? Wie werden sich die Wiener, die das „Schauspielertheater" nie für sich abgeschrieben haben, mit einem eher von der Regie geprägten Theater einrichten? Wie wird ein doch primär konservatives Publikum auf Peymanns gesellschaftspolitischen Elan mit Linksdrall reagieren?

Aber gar nicht unwahrscheinlich *ist ja auch dies: Peymann, im Gegen*satz zu den intellektuellen Dramaturgengemütern in seiner Umgebung, ist ein Theater-Vollblut. Vielleicht war er es schon eine ganze Weile leid, wie derzeit in Bochum, immer und immer wieder das Wolfsgeheul des Jahres 1968 anzustimmen. Auch er ist älter geworden. Er könnte Lust verspüren, nun einmal ein paar Jahre lang einfach großes und gutes Theater zu machen. Das Zeug dazu hat er. Und die „Burg" ist der Ort dafür.

1986 ist Umzugstag nach Wien, für Drese wie für Peymann. Nun dürfen Zürich und Bochum auf die Suche gehen.
REINHARD BEUTH

JOURNAL

Autorenprotest gegen sowjetische Verurteilung

dpa, Kiew

Die Schriftsteller Heinrich Böll, Günter Grass, Sarah Kirsch, Peter Schneider und Hans Christoph Buch haben gegen die Verurteilung des ukrainischen Autors Walery Martschenko protestiert. Martschenko war vom Stadtgericht Kiew zur Höchststrafe von 15 Jahren Lager und Verbannung wegen „antisowjetischer Agitation" verurteilt worden. Wie der Vorsitzende des Verbandes deutscher Schriftsteller (VS) in Berlin, Buch, mitteilte, wandten sie sich in gleichlautenden Telegrammen an den sowjetischen Generalstaatsanwalt und an den Vorsitzenden des sowjetischen Schriftstellerverbandes, Georgi Markow.

Neues Max-Planck-Institut für Institutionenanalyse

DW. Göttingen

Die Max-Planck-Gesellschaft, Göttingen, hat beschlossen, ein neues Institut zu gründen. Es soll sich den Forschungen auf dem Gebiet der gesellschaftlichen Institutionenanalyse widmen. Verbände, Parteien, Behörden, Unternehmen, Schulen und Familien sollen Gegenstand der sozialwissenschaftlichen Untersuchungen sein. Zum Leiter des neuen Instituts ist die Kölner Soziologin Renate Mayntz bestellt worden.

Juri Ljubimow wurde aus der Partei ausgeschlossen

AP, Moskau

Der sowjetische Theaterregisseur Juri Ljubimow, der sich seit Sommer 1983 in London aufhält, ist aus der KPdSU ausgeschlossen worden, angeblich weil er seine Mitgliedsbeiträge nicht gezahlt hatte. Das berichtete der Moskau-Korrespondent des Dänischen Rundfunks. Ljubimow war kürzlich als Direktor des Moskauer Taganka-Theaters abgesetzt worden. Wie weiter bekannt wurde, soll der neue Direktor, der früher mit Ljubimow eng befreundete Anatoli Efros, seine Funktion heute übernehmen. Eine Mehrheit der Schauspieler sei jedoch gegen ihn, so daß mit einem „längeren Konflik" zu rechnen sei.

Kurzfilme aus 30 Ländern in Oberhausen

dpa, Oberhausen

Mehr als 90 Filme aus rund 30 Ländern werden bei den 30. Westdeutschen Kurzfilmtagen vom 25. bis zum 30. März in Oberhausen im internationalen Wettbewerb gezeigt. Auch in diesem Jahr sollen Filme aus der Dritten Welt wieder besondere Akzente setzen. Erstmals werden in einem ganzen Programm Kurzfilme aus der „DDR" gezeigt. Neben den Dokumentarfilmen bietet das Festival auch wieder eine Plattform für Filmkunst, für Trick- und Experimentalfilme.

Schönbergs unvollendete Symphonie uraufgeführt

dpa, Berlin

Die unvollendete symphonische Dichtung „Frühlings Tod" (nach einem Gedicht von Nikolaus Lenau) von Arnold Schönberg (1874-1951) wurde im Großen Sendesaal des Senders Freies Berlin uraufgeführt. Es spielte das Berliner Radio-Symphonie-Orchester unter der Leitung seines Chefdirigenten Riccardo Chailly. Das Fragment, geschrieben für großes Orchester, war 1898 abgeschlossen worden. Das Jugendwerk des damals 24jährigen Wiener Tonkünstlers entstand als Folge einer Auseinandersetzung mit den symphonischen Dichtungen von Gustav Mahler und Richard Strauss.

Ernst Topitsch 65

Er ist ein unerbittlicher Rationalist, dieser Wiener Quadratschädel mit dem Röntgenblick, der so gründlich bei Hans Kelsen in die Schule gegangen ist. Was man nicht klar und mit naturwissenschaftlicher Genauigkeit ausdrücken kann, das ist für ihn Schall und Rauch, *und zwar gefährlicher Schall*, erstickender Rauch, mit einem Wort: „Metaphysik". Ernst Topitsch, der heute 65 Jahre alt wird, ist sein Lebtag gegen die „Metaphysik" zu Felde gezogen. Seine Bücher sind allesamt furiose Demonstrationen über die verhängnisvollen Folgen der „Metaphysik".

Dabei hat im Lauf der Jahre die Frontstellung gewechselt. Stritt Topitsch früher mit Verve gegen die Rechtshegelianer und gegen „abendländischen Quas", so seit gut fünfzehn Jahren mit nicht geringerer Verve gegen die Mythen der Linkshegelianer und ihrer marxistischen Nachbeter. Wortgewaltig warnt er vor dem Verhängnis, das unausweichlich wird, sobald man die „Spinner" an die Schalthebel der Politik läßt. Mag sein, der Wiener auf dem Grazer Lehrstuhl schießt dabei manchmal über das Ziel hinaus, verfehlt wichtige Strukturen des Menschseins. Aber seine Kassandrarufen bleiben immer wertvoll und wichtig. Die Stimme von Topitsch wird gebraucht im Konzert der Meinungen.
gaz

Neu im Kino: John Carpenters Film „Christine"

Ein Auto nimmt Rache

Seit 1974 schreibt Stephen King (35) seine höchst erfolgreichen Horrorbücher. Anfang 1984 war das erste Dutzend voll. Neun von seinen Romanen wurden – oder werden soeben – verfilmt. 1983 drehte John Carpenter „Christine".

Christine ist ein Plymouth Fury von 1958, ein leuchtendrot lackierter, prachtvoll altmodisch chromgeschmückter, weißwandbereifter Straßenkreuzer, ein teuflisch bösartiges Auto, das seine und seines Besitzers Feinde rachsüchtig und effektvoll verfolgt. Im Buch übernimmt Christine den üblen Charakter von ihrem Erstbesitzer. Der Film verzichtet auf diese Vorgeschichte und geht davon aus, daß sie von Anfang an böse ist. Schon auf dem Fließband tötet sie einen Mann, der achtlos Zigarrenasche auf einen ihrer Sitze fallen ließ.

20 Jahre später kauft der Highschüler Arnie Cunningham, 17 Jahre alt, sie einem alten Mann ab, dessen Bruder, Schwägerin und Nichte durch Christine zu Tode kamen. Die Faszination, die Arnie ergreift, wird schnell zur Besessenheit. Und er verändert sich, er wächst vom freundlich sanften, schüchternen, tolpatschigen Mustersohn zum selbstbewußten, mehr und mehr unsympathischen Schnösel, entfremdet sich den Freunden, wird blaß und blässer, schaut aus wie Dracula.

Christine zeigt ihre schwarze Seele immer offener. Einmal versucht sie, Freundin Leigh zu erwürgen, die schlecht über sie sprach; drei Schulfeinde Arnies, die sie demolierten, verfolgt sie selbstfahrend und bringt sie brutal zur Strecke; den Garagier, der sie bedrohte, quetscht sie zwischen Fahrersitzlehne und Lenkrad tot. Erst als Leigh und Dennis ihr mit Hilfe eines Raupenschleppers zu Leibe rücken und sie schließlich schrottgepreßt auf dem Autofriedhof liegt, ist sie besiegt.

Christine hat eine Gabe, um die man ihren Herrn beneiden muß: Sie vermag sich selbst zu reparieren. Ob sie mit Brechstangen und Äxten zertrümmert wurde, ob sie nach Exekutionsausflügen ausgebrannt, zerbeult, verschrammt in die Garage heimkehrt – am andern Morgen steht sie wieder makellos, rotglänzend und in alter Schönheit da. Wie das geschieht, wie sich die Stoßstange ächzend geradebiegt, wie die Schrammen verschwinden und sich vor den Augen des Zuschauers die Beulen glätten, das ist eine wahre Augenweide; diese Fähigkeit wünschte man dem eigenen Automobil von Herzen.

Außerdem kann Christine: die Türschlösser selbständig von innen verriegeln, Hände in der Motorhaube zwicken, den Fahrersitz nach vorne schieben, mit Tankstellen und Feindautos karambolieren und ihre Gegner chauffeurlos durch die Nacht verfolgen und überfahren – insbesondere wenn die so dumm sind, auf der Straße davonzulaufen. Ein Schritt vom Wege, ein Hupf über eine kleine Mauer, und sie wären gerettet; denn Christine kann, seltsamerweise, nichts, was Stuntautos sonst können: Sie springt nicht über Lastwagen, fährt nicht auf zwei Rädern – und zwinkert niemals mit den Augen; sie ist kein Herbie, und sie hat, natürlich, keinerlei Humor.

Trickfilm- und kfz-handwerklich ist „Christine" faszinierend. Der eigentliche Horrorgrusel, die bedrohliche Unheimlichkeit – wie sie etwa der scheußliche Lastwagen im „Duell" ausstrahlt – kommen nur in seltenen Momenten auf. Aber bei Christine weiß man eben nie so genau, woran man ist. Zwar ist sie am Ende zum Schrottpaket geworden, jedoch die letzte Kameraeinstellung zeigt: Tot ist sie nicht. Neues Leben regt sich schon in den verbogenen Chromresten ihres Kühlergrills. Wer weiß, vielleicht jagt sie bald wieder rot und chromschön und mit aufgerissenen Scheinwerferaugen durch die nächtlichen Straßen, um solche zu vernichten, die sich abfällig über sie geäußert haben.
LUDWIG MERKLE

KULTURNOTIZEN

Zu den „Ludwigsburger Schloßfestspielen" (Mai bis Oktober) ist ein Ost-Berliner Inszenierungsteam (Regie Fritz Marquardt, Bühne Pieter Hein) eingeladen worden, Lessings „Nathan der Weise" aufzuführen.

Der Filmfestival-Palast von Cannes, dessen Bunker-Charakter verschiedentlich kritisiert worden ist, ist umgebaut worden.

Die in Dresden gezeigte Ludwig-Richter-Ausstellung soll nach dem Wunsch der Landesregierung in Hannover auch in Niedersachsen gezeigt werden.

Neuer Theaterchef in Ulm wird Günter Pavel Fieber, derzeit Schauspieler am Berliner Theater des Westens. Er löst 1985 Volkmar Clauß ab, der nach Kiel geht.

Nach André Malraux ist ein neuer französischer Literaturpreis benannt worden, der am 23. März erstmals vergeben wird.

Der Psychologe Burrhus F. Skinner wird 80 Jahre

Die Ratten in Walden 2

Als zu Anfang der siebziger Jahre eine populäre Zeitschrift in den USA nach den hundert wichtigsten Persönlichkeiten fragte, die je gelebt haben, stand selbstverständlich Jesus Christus an der Spitze der Liste, ungefähr auf Platz 40 aber folgte der Harvard-Psychologe Burrhus Frederic Skinner, der heute seinen 80. Geburtstag feiert.

Für einen strengen Empiriker, der seit seinem Buch über „The behavior of organisms" von 1938 zu den führenden Vertretern der Lernpsychologie zählt, mag diese Resonanz nicht unbedingt erfreulich gewesen sein. Trotzdem wußte er sie doch wohl auch ein wenig zu schätzen, denn sie bestätigte das, worauf es ihm bei all seinen Arbeiten in erster Linie ankam: seinen Einfluß auf die moderne Lebensgestaltung.

Die Richtlinien dafür hat er, der ursprünglich Schriftsteller und nicht Wissenschaftler werden wollte, zuerst in dem utopischen Roman „Walden two" (1948; in deutscher Übersetzung: „Futurum zwei", 1970) geschildert, dessen Titel an die Einsiedelei Thoreaus am Waldensee in Massachusetts erinnert. Auf den Roman folgte dann 1953 in „Science and human behavior" die wissenschaftliche Darstellung einer auf der Lernpsychologie basierenden Sozialreform.

Der Walden-Roman wurde schnell zum Kultbuch und zum Rezept der Kommunen in den Vereinigten Staaten; er war in doppelter Hinsicht ein Versuch: Einmal ging es um die Übertragung der in Experimenten – hauptsächlich an Ratten und Tauben – festgestellten Gesetzmäßigkeiten auf den Menschen, zum anderen um die Erprobung der Aufnahmebereitschaft für einen anti-individualistischen Kollektivismus, welcher der amerikanischen Tradition genau zuwider lief.

Fast ein Vierteljahrhundert später fanden die Leitideen des Romans ihren programmatischen Niederschlag in dem Buch „Jenseits von Freiheit und Würde" (1971), das als eine Provokation gemeint war und so auch verstanden wurde. „Es ist der autonome innere Mensch, der abgeschafft wird, und das ist ein großer Schritt voran", heißt es da.

Theorien taugen nach Skinners Ansicht nicht viel zur Regulierung des menschlichen Lebens. Sie seien bloßer „Mentalismus", der Schaden stifte, indem er „die wissenschaftliche Neugierde unterdrücke". In Wirklichkeit – so Skinner – gehe es einzig und allein um die Steuerung des Verhaltens durch die Konsequenzen bzw. die „Kontingenzen", die man ihm zuordnet, d. h. darum, daß mit angenehmen Folgen ausgestattetes Verhalten „verstärkt" wird und daher immer häufiger vorkommt, während nicht-belohnte Verhaltensweisen allmählich aus dem Repertoire verschwinden bzw. „gelöscht" werden. Das aber ist auch schon alles, denn „ein Selbst oder eine Persönlichkeit ist bestenfalls ein Verhaltensrepertoire, das einem Menschen durch eine organisierte Reihe von Kontingenzen mitgeteilt worden ist".

Wer Skinner in seinen Vorlesungen erlebt hat, weiß, wie ernst es ihm mit seinen Reformplänen ist. Hier bricht immer wieder ein leidenschaftliches Engagement durch, das in seinem Menschenbild eigentlich gar keinen Platz haben dürfte: „Ich habe in meinem ganzen Leben nur eine einzige Idee gehabt – eine fixe Idee –, die Idee, mich durchzusetzen. Das Wort 'Kontrolle' drückt das aus, die Kontrolle des menschlichen Verhaltens...", bekennt die Zentralgestalt des Romans, in dem Skinner – wie er 1959 eingeräumt hat – damals „viele Dinge sagte, die ich als Wissenschaftler noch nicht zu sagen bereit war".

Skinner mußte mit seinem Ansatz zur Veränderung der Welt auf Widerstand stoßen, gerade dadurch aber trug er zur Klärung der geistigen Situation wesentlich bei. Die Kompromißlosigkeit, mit der er seine Ideen darlegt, hat ihn auch für diejenigen, die ihm nicht zustimmen, in der Psychologie zur interessantesten Gestalt seit Freuds Tod werden lassen.
PETER R. HOFSTÄTTER



Mit Luther und Calvin auf Platz 40 der Weltrangliste: der Schriftsteller und Psychologe Burrhus Frederic Skinner FOTO: CAMERA PRESS

Die „West Side Story" endlich auch in der „DDR"

Ein Zuschlag für Leipzig

Nacht senkt sich über das Ufer des Hudson River, an Tonys Leiche knien die Gang-Mitglieder, ein Benzin-Feuerzeug flammt auf – nein, in der Stadt der Kerzen-Demo von Friedensfreunden im November 1983 brennen solche Symbole denn doch nicht: Aber in Leipzig spielt man, verdienstvoll genug, endlich die „West Side Story" von Leonard Bernstein – knapp 27 Jahre nach der Broadway-Premiere und zum ersten Mal in der „DDR". Mehr als zwanzig Minuten lang hallte am Schluß der Beifall für *„Maria, Maria" und „Schön ist es hier in Amerika"*.

Dankbarkeit für einen Messe-Abend gepflegter Musical-Klassik – denn zwischen „Alt-Heidelberg", Singspiel und großer Oper siedelte die „DDR"-Premiere das jugendbewegte Romeo-und-Julia-Stück an. Nicht die „Komische Oper" oder das „Metropol-Theater" in Ost-Berlin, sondern die Leipziger hatten das Rennen gemacht, und das mit Bordmitteln sozusagen. Denn im Orchestergraben musizierten die Gewandhaus-Mannen mit hörbarem Spaß an ungewohnter Rhythmik, oben sangen und tanzten Ensemblemitglieder aus Oper und Theater sowie Studiosi lokaler Fachschulen.

Daß die „Story" erst jetzt erzählt werden konnte, hat Gründe. Noch immer ist vielen Kulturfunktionären nicht geheuer, durch Musicals den amerikanischen Lebensstil, das „Feeling" der westlichen Welt, auf sozialistischen Bühnen vorgeführt zu sehen. Nach „My Fair Lady", „Hallo Dolly", „Oklahoma", wo gesellschaftiche Bezüge kaum nachzuvollziehen sind, wagte man sich nun aber doch auf das schwierigere Terrain der „West Side". Jugendkriminalität, Punks und Weltansichten eines eigenen Nachwuchses, der sich westlich färbt, kleidet und schminkt, ließen es geraten erscheinen, das Musical wie eine musikhistorische Ausgrabung zu inszenieren. So spielen vierzigjährige Profis – wie Erwachsene eben –, was einem inszenatorischen „Jugendobjekt" angemessen gewesen wäre. Günter Lohse und Dietmar Seyffert setzten den Klassiker mit seinen hispano-amerikanischen Ohrwürmern unverbindlich-klassisch ins *Bild. Selbst die Punks, die „Halb*starken" der 50er Jahre, benahmen sich höchst zivil. Zudem lieferte man die Eindeutschung des Textes wortgetreu vomBlatt. „Verblühe, kleine Lady" – so sprachen die jugendlichen Straßenkämpfer.

Ein wenig betulich-tantenhaft geht es nicht nur im Textbuch zu: Tony-Darsteller Stephan Spiewok bewegt sich wie Jung-Siegfried, der um Brünhilde freit. Auch das Temperament der jungen Dagmar Schellenberger als Maria hält sich an eine hier gar nicht gefragte Wohlanständigkeit. Selbst die Bettszene im Schlafgemach spielt man so genant, als säße Walter Ulbricht, der Leiziger, im Parkett. Tony und Maria himmeln sich auf einem Balkon à la Verona an, aber der Musical-Himmel, er will nicht einstürzen.

Dafür mischt sich, an diesem Abend zu Leipzig, ein lustiges Völkchen als Publikum: junge Leute mit „Ted"-Frisur, rosa-hellblau gestreiften Fliegen, T-Shirts, aber auch auf altdeutsch-festliche Weise der SED-Mann samt Ehefrau in großer Gala. Auch das ein Stückchen „East Side Story". HANS-RÜDIGER KARUTZ



Für ein Industriemuseum haben die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe 80 Millionen Mark bereitgestellt. Damit sollen wertvolle Industriedenkmäler erhalten werden. Hinter Glas werden Firmen wie Ermen und Engels (rechts) oder der Eisenbahnhebeturm in Homberg (links) aber auch in Zukunft nicht zu betrachten sein. FOTOS: DIE WELT

Im Revier werden Fabriken und Zechen zu Museen

MICHAEL KLEFF, Köln

Mit einem Kostenaufwand von rund 80 Millionen Mark wollen die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe bis 1990 in den beiden Landesteilen ein Industriemuseum aufbauen. Zeugnisse der Technik-, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte des Rheinlandes und Westfalens sollen hier zusammengefaßt werden, wie aus einer in Köln vom Kulturdezernenten des Landschaftsverbandes Rheinland, Hans-Rudolf Hartung, vorgelegten Studie hervorgeht. Zu diesen Zeugnissen gehören neben den Fabrikgebäuden auch Maschinen, Geräte, Werkzeuge, Mobiliar und Haushaltsgegenstände. Hartung geht es um die Rettung dieser „stummen Zeitzeugen", die ihm nur durch die rasche Verwirklichung des geplanten Museums gewährleistet scheint.

Die Notwendigkeit für die Gründung eines Industriemuseums begründet Hartung mit der Bedeutung der industriellen Entwicklungsgeschichte seit dem frühen 19. Jahrhundert. „Seine erhebliche Wirtschaftskraft, seine überdurchschnittliche Bevölkerungsdichte und die hieraus erwachsende eigenständige und vielfältige Kultur" basierten im wesentlichen auf diesen Wurzeln. Unglücklicherweise gingen mit dem technischen Forschritt in der Industrie und der damit verbundenen Preisgabe alter Gebäude und Einrichtungen „beinah täglich" mehr und mehr Häuser, Maschinen und Gerätschaften verloren.

Das „Herzstück" des geplanten Museums ist für Kulturchef Hartung die ehemalige Fabrik Ermen und Engels im bergischen Engelskirchen. Einer ihrer Gründer war 1837 Friedrich Engels senior. Auch sein Sohn war am Firmengewinn beteiligt und schrieb hier sein bedeutendes Werk „Die Lage der arbeitenden Klasse in England". In Teilen der ehemaligen Zwirnerei soll nun eine Informationsstätte zur Geschichte der Arbeiterbewegung untergebracht werden.

Hartung und seine Mitarbeiter streben eine „dezentrale Museumskonzeption" an, bei der die Entstehung einzelner Industriezweige an verschiedenen Standorten veranschaulicht wird. Im Zinkwalzwerk Altenberg in Oberhausen etwa soll die Geschichte der metallverarbeitenden Industrie dargestellt werden. Um die Geschichte der Textilindustrie geht es in der ehemaligen Textilfabrik Cromford in Ratingen. Und in Essen-Deilbachtal soll eine Hämmer-, Mühlen- und Zechenanlage in das Programm einbezogen werden.

„So hat mein Opa gelebt, so mein Großvater gearbeitet. Wenn unsere Kinder einmal sehen sollen, wie Großeltern und Urgroßeltern in ihrer Jugend wohnten und arbeiteten, wie sie gekleidet waren und ihre Sonntage verbrachten, müssen wir jetzt beginnen, unsere Vergangenheit der letzten 150 Jahre museal darzustellen", mahnte Herbert Neseker, Direktor des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe, schon bei der Einrichtung des Westfälischen Museums für Industriekultur.

Rheinländer und Westfalen sind indessen nicht die einzigen, die damit begonnen haben, sich um die Geschichte der Industrialisierung und deren Auswirkung auf die Lebensweise „einfacher" Leute zu kümmern. Bereits Ende der 70er Jahre führte die Aufmerksamkeit für technische Denkmäler und für Industrie- und Sozialgeschichte schlagartig gleich zu mehreren Museumsgründungen in Berlin, Mannheim, Hamburg und Nürnberg. Gemeinsam ist allen Projekten eines: Sie wollen die Auswirkungen der Industrialisierung auf das Leben des einzelnen und auf das Zusammenleben in der Gesellschaft darstellen.

Soldaten haben Anspruch auf Schmerzensgeld

DW. Karlsruhe

Einem bei einer Wehrübung verletzten Soldaten steht unter Umständen ein Schmerzensgeld zu. Voraussetzung ist, daß die Schädigung vorsätzlich geschah und gegen eine Vorschrift verstoßen wurde. Dies hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden.

Ein Wehrpflichtiger hatte an einer Brückenbauübung teilgenommen. Er gehörte zu einer Gruppe von Soldaten, die das mehr als tausend Kilogramm schwere Mittelteil eines Pontons anheben, auf die Schulter nehmen und wieder absetzen sollten. Beim Absetzen erlitt er einen Verrenkungsbruch des zwölften Brustwirbels, der zu einer Querschnittlähmung und weiteren schweren Körperschäden führte.

Der Verletzte forderte die Zahlung von Schmerzensgeld in Höhe von mindestens 140 000 Mark mit der Begründung, bei der Übung hätten sich seine Vorgesetzten ebenso wie der Truppenarzt nach dem Unfall bewußt über einschlägige Dienstvorschriften hinweggesetzt und damit eine vorsätzliche Amtspflichtverletzung begangen. Das Oberlandesgericht Celle, das die Klage des Verletzten abgelehnt hatte, muß jetzt nach den Kriterien des BGH nochmals entscheiden. Das OLG Celle hatte ausgeführt: Der Kläger könne, da er wegen einer Wehrdienstbeschädigung Leistungen nach dem Soldatenversorgungsgesetz (SVG) und dem Bundesversorgungsgesetz (BVG) erhalte, kein Schmerzensgeld mehr verlangen. (AZ: III Zr 72 aus 82)

Offener Brief an Kohl

dpa, Bonn

Fünf Frauen, in deren Muttermilch das Seveso-Gift Dioxin nachgewiesen wurde, haben sofortige Maßnahmen gegen eine weitere Vergiftung gefordert. Auf einer Pressekonferenz der Grünen und des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) verlangten die Mütter gestern in Bonn in offenen Briefen an Bundeskanzler Helmut Kohl und Nordrhein-Westfalens Ministerpräsidenten Johannes Rau, sie sollten unverzüglich handeln.

Drogenkurier verhaftet

dpa, Düsseldorf

Mit 675 Gramm Kokain im Magen, das in 135 Latex-Fingerlingen verpackt war, ist ein 27jähriger Barkeeper aus Kolumbien auf dem Flughafen Düsseldorf festgenommen worden. Der Rauschgift-Kurier sollte die Ware im Wert von 250 000 Mark nach eigenem Geständnis im Intercity-Zug nach Lüttich an den Mann bringen.

Bilanz der Flugunfälle

AP, Bonn

Bei insgesamt 597 Flugunfällen in der Bundesrepublik Deutschland sind im vergangenen Jahr 112 Personen getötet worden. Das sind 14 weniger als im Vorjahr. Dagegen nahm die Zahl der Unfälle um 29 zu.

Rekordgewinn

SAD, New York

Ein unbekannter Lottospieler hat mit einem Einsatz von einem Dollar den höchsten in den USA von einer Einzelperson erzielten Lottogewinn geschafft: zehn Millionen Dollar (etwa 26 Millionen Mark). Davon bleiben ihm nach Abzug der Steuern runde 20 Millionen Mark.

Großfahndung in Japan

dpa, Tokio

Mit einer landesweiten Fahndung jagte die japanische Polizei gestern die Entführer eines Großindustriellen aus Osaka. Auch nach Ablauf einer von den Kidnappern geforderten Zahlungsfrist fehlt von ihnen jede Spur. Die Gangster fordern umgerechnet zwölf Millionen Mark Lösegeld.

Schleierverbot am Steuer

AFP, Kuwait

Kuwaits Frauen dürfen nach einem Erlaß des Innenministeriums nicht mehr verschleiert Auto fahren. Das Verbot soll verhindern, daß Attentäter als Frauen verkleidet und verschleiert, der Polizei entkommen, wie das im Dezember vergangenen Jahres bei einer Reihe von Anschlägen der Fall war.

Der Krieg machte eine Stadt zum Steuerparadies

Im südlibanesischen Jezzine kassiert niemand mehr

E. LAHAV, Jezzine

In dem Städtchen mit 12 500 Einwohnern überwiegend maronitisch-christlichen Glaubens, etwa 50 Kilometer von der israelischen Grenze entfernt, herrschen Zustände, die für manchen von Steuern geplagten Europäer geradezu paradiesisch erscheinen müssen. In Jezzine zahlt man weder Einkommensteuern – noch irgendwelche andere Steuern oder Abgaben. Auf dem Papier gibt es zwar eine Steuerpflicht, aber niemanden, der sie eintreiben könnte.

Dennoch werden die Gelder für die städtischen Beamten pünktlich jeden Monat von der Zentralregierung in Beirut nach Jezzine überwiesen. Nicht mit der Post, denn die funktioniert schon lange nicht mehr. Sie werden von einem Boten geliefert, der als Moslem oder Druse verkleidet durch den von den Drusen beherrschten Schuf fährt. Das Geld kommt per Scheck, der von einer lokalen Bank in Jezzine eingelöst wird. Woher die Bank das Bargeld nimmt, ist auch eines der Geheimnisse, über die man in diesem unergründlichen Land nicht spricht.

Auch andere Abgaben werden nicht erhoben. Elektrizität und Wasserversorgung etwa sind in ganz Südlibanon frei. Die Regierung finanziert die Kraft- und Wasserwerke. Gebühren ließen sich dafür auch gar nicht kassieren. Auch die Handvoll von Gendarmen in der Stadt benehmen sich wie Figuren aus einer komischen Operette. Sie brauchen sich aber auch nicht übermäßig anstrengen, um in diesem reizenden und gesitteten Städtchen die Ordnung aufrechtzuhalten. Einer der führenden Honoratioren erzählt: „Wenn man einen Dieb faßt, so stecken ihn die Gendarmen ein paar Tage ins Gefängnis. Und wenn es ein angesehener Mann ist, so kommt er ohne Strafe davon." Wer durch Jezzine spaziert, könnte sich im tiefsten Frieden wähnen. Die Geschäfte sind voller Waren, auch Treibstoff für die Autos ist unbeschränkt zu haben. Nach den Kämpfen im vorigen Herbst kamen „einige tausend" christliche Flüchtlinge nach Jezzine. „Wir gaben ihnen Essen und Kleidung, denn sie besaßen buchstäblich nichts. Aber nur eine Familie ist hier geblieben, die meisten anderen sind wieder nach Beirut gezogen."

Die israelische Anwesenheit in Jezzine ist unauffällig. Israelis, die herkommen, werden freundlichen begrüßt, nicht wie in manchen anderen Ortschaften, wo das einstige Willkommen zur Pflicht wurde, der man nur mürrisch nachkommt. Das Städtchen liegt auf einem Berghang, auf dessen schneebedecktem Gipfel sich eine Kirche mit einem weithin sichtbaren Kreuz erhebt. Dieser Berg wird wahrscheinlich der Angelpunkt der neuen israelischen Linie nach dem nächsten Teilrückzug sein. Denn Jezzine gehört zum südlichen Ausläufer des so heiß umstrittenen Schufgebirges, dessen sich die Drusen nach dem vorigen Teilrückzug bemächtigt haben.

Die Bevölkerung hat ein lebenswichtiges Interesse an israelischem Schutz. Die Menschen in der Stadt sind nahezu einhellig der Meinung: „Wenn die Israelis weggehen, dann gibt es ein Gemetzel." Auf die Frage, vor wem sie sich am meisten fürchten – den Syrern, den Drusen, den Schiiten oder den Palästinensern, ist die Antwort heute schon beklommenes Schweigen. (SAD)

LEUTE HEUTE

Schauspiel-Rekord

Mit einer 20stündigen Kettenaufführung des Stückes „The Acting Life" haben am Wochenende zehn australische Schauspieler die Aufnahme ins „Guinness-Buch der Rekorde" geschafft. Den bisherigen Rekord im Dauerschauspielern von 18 Stunden und 15 Minuten hielt ein Londoner Ensemble. Die Tatsche, daß nur fünf Zuschauer durchhielten, erklärte Schauspieler **Lionel Long** mit einer nahen Protestkundgebung.

Nurejews Dank

Für eine einzige Vorstellung in New York hat der Tänzer **Rudolf Nurejew** „Phaedras Traum" einstudiert. Damit ehrte der Künstler **Martha Graham**, die Komponistin dieses Stückes und Begründerin der modernen amerikanischen Tanzschule. Mit dem Benefiz-Abend revanchierte er sich für die Hilfe „der Graham" nach seiner Aussiedlung aus der Sowjetunion in die USA.



Zu langsam

Die 91jährige **Lilian Sloman** wurde gestern von einem Richter in britischen Arundel für 70 Jahre unfallfreien Fahrens beglückwünscht. Dann sprach er ihr den Führerschein ab. Sie hatte durch langsames Fahren den Verkehr behindert.

Im Schatten des Stromboli schlug die Polizei zu

Italiener brachten mit Waffen vollgestopften Frachter auf

FRIEDRICH MEICHSNER, Rom

Die italienische Finanzpolizei brachte am Wochenende vor den Äolischen Inseln den unter panamaischer Flagge fahrenden Frachter „Viking" (321 BRT) auf. Das Schiff hatte eine illegale Waffenladung an Bord. Der griechische Kapitän des Schiffes und seine sechs Mann Besatzung (4 Filipinos, 1 Inder und 1 Grieche) weigerten sich bisher, glaubwürdige Angaben über die Herkunft und den Bestimmungsort der Ladung zu machen.

Nach den Schiffspapieren kommt der Frachter aus dem türkischen Hafen Derince, sein Bestimmungsort ist angeblich Rio de Janeiro. Diese nur mit Bleistift eingetragenen Angaben werden aber von der Finanzpolizei für völlig unglaubwürdig gehalten. Man befürchtet vielmehr, daß es sich um ein Waffenschmuggelschiff handelt, dessen Ladung für ein Mittelmeerland bestimmt ist – entweder als Bestandteil eines Waffen-Drogen-Tauschhandels oder zur Versorgung einer Terrororganisation.

Das Schiff erregte Verdacht, weil es – obwohl seit Tagen in italienischen Gewässern – jeden Funkverkehr mit den Küstenstationen abgebrochen hatte. Es wurde deshalb gesucht. Ein Patrouillenboot der Finanzpolizei spürte es schließlich vor Stromboli auf und zwang den Kapitän, den Inselhafen anzulaufen. Dort gingen die „Finanzieri" an Bord und stellten fest, daß im Bug große Mengen Geschützmunition, Gewehre, Maschinengewehre und Pistolen versteckt waren. An Deck befanden sich außerdem zwei versiegelte Container mit leichten Waffen amerikanischer Herkunft.

Der 1958 in den Niederlanden gebaute, kaum noch seetüchtige Frachter, der einer in London registrierten Reederei (Marimad Shipping) gehört, hatte nicht die für Explosivstoff transportierende Schiffe vorgeschriebene rote Flagge gehißt.

Das Schiff hatte entgegen den in den Schiffspapieren vorgenommenen Eintragungen weder zum Bunkern den sizilianischen Hafen Augusta angelaufen, noch in Catania den Kapitän gewechselt. Der griechische Kapitän Skamnelis sollte dort von dem Engländer Wendith abgelöst werden. Dieser wurde in Catania aufgespürt und erklärte: „Meine Reederei hat mich beauftragt, in Catania auf das Schiff zu warten. Dann habe ich keine Nachricht mehr erhalten. Was das Schiff geladen hat, weiß ich nicht. Auch sein Bestimmungsort ist mir unbekannt." In den Schiffsdokumenten ist als nächste „technische" Zwischenstation der Hafen von Civitavecchia angegeben. Dort war der Frachter aber nicht avisiert.

Nach den bisherigen Ermittlungen wird von den italienischen Behörden ausgeschlossen, daß das Schiff – wie von seinem Kapitän behauptet – nach Brasilien unterwegs und seine Ladung für die brasilianische Armee bestimmt war. Es ist für eine Atlantiküberquerung völlig untauglich, und zu seiner Besatzung gehört nicht einmal ein Funker. Außerdem spricht die in den Schiffspapieren eingetragene Route gegen diese Behauptung des Kapitäns. Civitavecchia liegt weitab von der Direktroute Türkei-Südatlantik. Der wahrscheinliche Bestimmungsort des Schiffes war somit nach Überzeugung der italienischen Behörden ein Mittelmeerhafen.

Der Frühling kommt mit einer „Blütenexplosion"

H. H. KANNENBERG, Frankfurt

Der Deutsche Wetterdienst hat zum heutigen Frühlingsbeginn das „blaue Band" gehißt: In der zweiten Wochenhälfte soll ein von den Kanarischen Inseln nach Spanien ziehendes Tief die Luftmassen über Europa so durcheinanderwirbeln, daß die seit Wochen über Deutschland wetterbestimmende russische Kaltluft mit einem kräftigen meteorologischen Tritt aus Mitteleuropa herausbefördert wird. Die Zugrichtung der Luftmassen dreht endlich auf Süd und damit auf Frühling.

Allzu hochgespannte Erwartungen auf eine „Explosion" des Frühlings werden von den Meteorologen freilich gedämpft. Der Deutsche Wetterdienst in Offenbach: „Die herangeführte Mittelmeerluft ist feucht. Deshalb gibt es Wolken." Wahrscheinlich aber auch Regen. Und der wird besonders südlich der Main-Linie dringend gebraucht. Die Folgen: Die linden Frühlingslüfte aus dem Süden werden sich hauptsächlich nachts bemerkbar machen. Tagsüber werden die Temperaturen wegen der Wolkendecke kaum höher steigen als 15 Grad.

Der strahlende Spätwinter der ersten Märzwochen hat die Obstbaumblüte weiter in Verzug gebracht. Zur Zeit liegt der Rückstand der Blütenentwicklung bei 14 Tagen. Neueste Hochrechnung der agrarmeteorologischen Forschungsstelle des Deutschen Wetterdienstes in Geisenheim/Rheingau vom Montag: Blühbeginn an Bergstraße und Weinstraße bei Südkirschen 19. April, bei Pflaumen 24. April, bei Birnen 26. April und bei Äpfeln 1. Mai. Die Mandelblüte wird an den Südhängen des Rheintales vermutlich im Laufe der kommenden Woche aufbrechen. Alle vier Tage klettert dann der Blütenflor um 100 Meter höher.

Der erwartete Wärmeschub aus den Mittelmeerregionen kann im Laufe der kommenden Tage das floristische Entwicklungstempo jedoch so beschleunigen, daß die Blüten noch Anschluß bekommen an ihren gewohnten Frühlingsfahrplan. Die Geisenheimer Blütenbeobachter: „Im Grunde hat die Kälte der letzten Wochen eine klassische Ausgangsposition geschaffen für eine sogenannte Blütenexplosion!"

Den entscheidenden „Tick" zum Blütestart werden durch den Wärmeeinbruch aus Süden zweifellos die Forsythien bekommen. Geisenheim: „Ab Ende der Woche kann man auf das Gelb der Blüten warten!" Während die Wettercharakteristika der letzten Wochen (zuwenig Wärme, zuwenig Niederschlag, zuviel Sonne) die Obstgehölze über die Zeit hinaus im Winterschlaf hielten, hat sich in der „Krautzone", also in Bodennähe, der Frühling programmgemäß entwickelt. Die Geisenheimer Agrarmeteorologen: „Die starke Sonneneinstrahlung hat den Boden so erwärmt, daß die Entwicklung der bodennahen Kräuter im langjährigen Terminsoll liegt."

WETTER: Sonnig

Wetterlage: Ein Hoch mit Schwerpunkt über Polen bestimmt mit trockener Festlandluft, die von Südosten und Osten her einfließt, das Wetter in Deutschland.

Deutscher Wetterdienst 19. März 1984, nachm.

Vorhersage für Dienstag:

Bundesgebiet und Raum Berlin: Frühmorgens örtlich dunstig. Am Tage sonnig und trocken. Höchsttemperaturen im Norden um 6 Grad, sonst 8 bis 12 Grad. Tiefstwerte in der Nacht zum Mittwoch null bis minus 5 Grad. Schwacher bis mäßiger Wind aus Südost.

Weitere Aussichten:

Im Westen aufkommende Bewölkung und dort kaum noch Nachtfrost, sonst wenig Änderung.

Temperaturen am Sonntag, 12 Uhr:

Berlin	1°	Kairo	19°
Bonn	7°	Kopenh.	1°
Dresden	–1°	Las Palmas	20°
Essen	8°	London	5°
Frankfurt	6°	Madrid	9°
Hamburg	2°	Mailand	8°
List/Sylt	1°	Mallorca	14°
München	2°	Moskau	–6°
Stuttgart	5°	Nizza	14°
Algier	16°	Oslo	–2°
Amsterdam	4°	Paris	4°
Athen	13°	Prag	–2°
Barcelona	13°	Rom	11°
Brüssel	6°	Stockholm	–1°
Budapest	1°	Tel Aviv	18°
Bukarest	–1°	Tunis	16°
Helsinki	–5°	Wien	0°
Istanbul	10°	Zürich	4°

* Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.22 Uhr, Untergang: 18.37 Uhr, Mondaufgang: –.– Uhr, Untergang: 8.20 Uhr.
* in MEZ, zentraler Ort Kassel

Seltener Blick in eine verborgene Welt

HANS J. STÜCK, New York

New York hat keine Katakomben wie das Rom der Antike, dafür aber ein Labyrinth von U-Bahntunnels, das voller Überraschungen steckt. Ausnahmsweise sind damit einmal nicht die Gangster gemeint. Die zum Teil seit dem Zweiten Weltkrieg stillgelegten Stationen bieten nostalgische Einblicke, obwohl täglich Hunderte von Zügen mit Hunderttausenden von Passagieren durch sie hindurchdonnern. Niemand hebt den Kopf, wenn die Waggons durch das Stück Vergangenheit zischen, das selbst den meisten New Yorkern unbekannt ist. Sieben solcher verwaister Stationen gibt es unter den Wolkenkratzern Manhattens – teils bestens erhalten und mit verblüffendem architektonischen Schwung erbaut, teils gespenstisch heruntergekommen.

Eine der meist wegen Streckenänderungen stillgelegten Stationen liegt direkt unter dem Rathaus im Süden Manhattens. 1914 schritten hier befrackte Herren auf Marmorstufen hinab in eine neue technisierte Unterwelt, um ein gigantisches, alle fünf Stadtteile verbindendes U-Bahn-Netz einzuweihen.

Eine andere Station ist die „City Hall" mit ihrem prachtvollen schwarzen und weißen Marmor. Die hohen Kreuzgewölbe erinnern an gotische Kathedralen. Der Kontrast zu den häufig völlig verwahrlosten Stationen der Gegenwart könnte nicht größer sein.

Die beeindruckendsten Zeugen jener längst vergangenen Zeit sind jedoch die Plakate, die dort immer noch an den Wänden hängen. Ein überraschender Eindruck, so etwa, als würde man in einem deutschen U-Bahnhof unversehens auf ein Plakat aus der Kriegszeit mit den Worten „Feind hört mit" stoßen.

Da zeigt ein US-Soldat auf einen Text, der die Opferbereitschaft seiner Landsleute ansprechen sollte. „Stärkt die Heimatfront", heißt es auf dem vergilbten Papier, „zahlt Eure Spenden in den New Yorker Kriegsfond ein". Ein anderes Plakat mahnt die Regierung zu sparsamem Umgang mit Papier, da „uns jede eingesparte Tonne Rohstoff dem Endsieg näherbringt". Oder aber man wird an längst vergangene Broadway-Musicals und berühmte Zeitungen wie die „New York Herald Tribune" erinnert, die es schon lange nicht mehr gibt.

Weniger nostalgisch, dafür umso trostloser sind kilometerlange U-Bahn-Schächte unter Manhattans Second Avenue. Hier, wo Stadtstreicher mit ihren Siebensachen eine Unterkunft finden, gibt es nicht einmal mehr Schienen. Ein gescheitertes Projekt. Die Schächte wurden in den siebziger Jahren mit einem Kostenaufwand von mehr als 100 Millionen Dollar ausgehoben, bis das Geld für die neue Linie ausging. Und dabei ist es geblieben.

Die Zugänge zu diesen Schächten sind verriegelt. Doch Matratzen in den Nischen und Graffiti-Kritzeleien überall an den Wänden verraten, daß Obdachlose immer wieder den Weg nach dort unten gefunden haben.

Bislang sind alle Pläne, die nutzlosen Schächte kommerziell zu nutzen, gescheitert. Nur die Götter wissen, ob nicht eines Tages in den kühlen Kellern nicht doch riesige Speisepilzkulturen für New Yorks Gastronomie entstehen werden oder aber Supermärkte, Kinos und Diskos. Solange aber bleibt es eine stumme und leere Gegenwelt, an der Millionen Menschen täglich achtlos vorüberfahren.

ZU GUTER LETZT

„Eine neue Methode zur Beschreibung und Behandlung von Sprachen - Dem Computer eine Sprache lehren" Aus „Die Computer Zeitung"